

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Rhombenmark: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verordnungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 4798.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verkauflungs-Anzeigen 30 Pf. Interate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Emil L. Nr. 4180.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 1. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Ein Bild aus den Dresdener „Ferienkolonien“.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ übergibt der Öffentlichkeit folgende Schriftstücke, welche geeignet sein dürften, einen werthvollen Beitrag zur Frage der Militärvermehrung zu bieten.

Emil L., Sohn eines Schneidermeisters in Fl. in Sachsen, genügte seit vorigem Jahre in hiesiger Garnison seiner Militärpflicht und erhielt seine militärische Ausbildung, indem er den größten Theil seiner Zeit als Schneider beschäftigt wurde. Am 3. März 1893 erhielt der Vater desselben in Fl. folgenden Brief:

Dresden, am 3. März 1893.

Garnison-Lazareth Dresden.

Herrn Schneidermeister L.

Sie werden hierdurch ergebenst benachrichtigt, daß Ihr Sohn, der Dekorationshandwerker Karl Oswald L. . . an Zucker-ruhr bedenklich erkrankt ist.

J. A.: Neubert, Lazareth-Oberinspektor.

Am folgenden Tage erhielt Schneidermeister L. folgendes Telegramm: „Sohn Emil heute früh verstorben Garnison-Lazareth.“

Wie selbstverständlich, versetzte diese Nachricht Vater und Mutter des jungen Mannes, den sie vor wenigen Monaten frisch und kräftig in die Kaserne hatten ziehen sehen, in schweren Schreden. Sofort machte sich die Mutter bereit, nach Dresden zu fahren, um den verstorbenen Sohn wenigstens nochmals zu sehen und ihm die letzte Liebe zu erweisen. Unterwegs zur Bahn traf die Mutter den Telegraphenboten, der ihr folgendes Telegramm übergab:

„Bezüglich gestrigen Schreibens über schwere Erkrankung Ihres Sohnes liegt Namensverwechslung vor. Sohn Emil wohl. Garnison-Lazareth.“

Die Mutter fuhr trotzdem nach Dresden; es bestätigte sich, daß die vielberühmte „militärische Ordnung und Pünktlichkeit“ einen argen Fehler begangen hatte; aber auch das zweite Telegramm erwies sich nicht als richtig, denn der Sohn war nicht wohl, sondern ebenfalls krank und lag im Lazareth. Ein Brief vom 4. März an den Schneidermeister L. in Fl. theilte dann mit, daß zwei Kranke desselben Namens — nur des Hauptnamens, nicht des gleichen Vornamens — deren Väter beide Schneidermeister sind, sich im Garnison-Lazareth in Behandlung befunden hätten. Der andere L. sei verstorben. Ueber den aus Fl. gebürtigen L. wurde gesagt: „Ihr Sohn wurde gestern, den 3. d. M., Vormittags wegen hohem Fieber und Lungenentzündung hier in Lazarethbehandlung abgegeben und ist dessen gegenwärtiger Zustand nicht bedenklich.“

Es folgten dann folgende zwei Briefe:

Feuilleton.

(Abdruck verboten.)

113

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

„Ah was?“ fragte der Doktor gelehrt, und zog die Augenbrauen überrascht in die Höhe. „Das laß ich gelten, allen Respekt, gut, gut, sehr gut. Wollen hoffen, daß die Sache für den jungen Mann glimpflich abläuft. Aber Sie — ein junges Mädchen — wo wollen Sie denn bleiben? Im „Blauen Engel“? — geht nicht.“

„Warum nicht? Auf kurze Zeit.“

„Ich möchte Ihnen mein Haus anbieten; aber sehen Sie —“ er kratzte sich verlegen hinter dem Ohr — „ich weiß nicht, was meine Frau —“

„O, Herr Doktor, ich würde Ihre Güte garnicht annehmen,“ fiel ihm Waleksa ins Wort. „Nach dem, was ich erduldet, muß ich frei — frei sein, und frei ist man nur, wenn man auf eigenen Füßen steht und niemand zu danken hat.“

Der Doktor sah sie mit leuchtenden Augen an. „Na, ich sehe, Sie sind die rechte Frau für einen Mann, der für seine Ideen kämpft, mögen sie nun falsch oder richtig sein. Herr Dettinger kann sich beim Schicksal bedanken. Wenn er es ehrlich meint, woran ich nicht zweifle, so hat er ein schweres Leben vor sich, und da ist der Muth der Frau von großem Werth! Aber Sie müssen die Sache ruhiger nehmen, sonst reiben Sie sich auf; haben ganz das Zeug dazu.“

Waleksa schaute stumm in die Ferne. Es that ihr wohl, daß Dettingers Benehmen selbst bei diesem politischen Gegner Billigung fand. Sie besaß nur Stolz

Dresden, am 10. März 1893.

Garnison-Lazareth Dresden.

Herrn Anton Karl L.
Im Anschluß an das diesseitige Schreiben vom 4. d. M. theilt Ihnen das Garnison-Lazareth ergebenst mit, daß sich der Zustand Ihres Sohnes Anton Emil L. . . . leider bedenklich verschlimmert hat.

J. A.: Neubert, Lazareth-Oberinspektor.

Dresden, 12. März 1893.

Garnison-Lazareth Dresden.

Herrn Schneidermeister A. R. L.
Das Garnison-Lazareth theilt Ihnen mit dem Ausdruck des Bedauerns ergebenst mit, daß Ihr Sohn, der Dekorations-

Friedrich Anton Emil L.
des Korps-Belletrationsamtes, heute Vormittag 11 Uhr 50 Minuten an Herzlähmung infolge Lungenentzündung verstorben ist. Die Beerdigung wird, wenn Sie nicht andere Wünsche haben sollten, nächsten Mittwoch, den 15. d. M., Nachmittags 3 Uhr von hier aus auf dem St. Pauli-Friedhofe stattfinden. Hierbei wird Ihnen noch ergebenst mitgeteilt, daß nach der hier bestehenden Begräbnis-Einrichtung gemeinschaftlich Gräber zu dreifacher Tiefe hergestellt werden. Sollten Sie daher für Ihren verstorbenen Sohn ein Grab allein hergestellt zu haben wünschen, so würden Sie hierfür den Mehrbetrag von 22,50 M. zu entrichten haben

Dr. Stelzer als Chirurk.

So haben die Eltern binnen wenigen Tagen infolge der militärischen Exaktheit ihren Sohn einmal todt, dann wieder wohl geglaubt, schließlich doch krank und bald verstorben sehen müssen. Bei solcher sonderbaren militärischen Ordnungsliebe war es nicht verwunderlich, daß der Feldwebel der Kompagnie, welcher Emil L. angehörte, den Vater bat, doch ja keine Bemerkung weiter von diesen Vorkommnissen machen zu wollen, und daß der Oberst des Regiments, als er von dem Vater erfuhr, daß der Sohn kurz vorher einen Brief voll bitterer Klagen über die Zustände und Behandlung, der er ausgesetzt war, geschrieben hatte, um Uebergabe dieses Briefes dringend ersuchte. Der Vater hat diesen Brief, das letzte Lebenszeichen seines Sohnes, nicht herausgegeben. Dafür wollen wir denselben zu Ruh und Frommen für Jedermann mittheilen:

„Liebe Eltern und Geschwister!“

Entschuldigt mich, daß ich Euch so lange mit einem Briefe warten habe lassen. Das geht ganz besonders zu, erkens habe ich mich vorige Woche sehr unwohl befunden, ich wollte immer eine Postkarte schreiben, aber ich wollte warten bis ich einen Brief schreiben konnte, ich dachte nicht anders ich müßte in die Schulküche gehen, aber ich will mich nicht gern schmeißen lassen. Es ist bei uns gar nicht mehr schön, arbeiten müssen wir wie ein Stück Vieh, der Obermeister treibt uns furchtbar, denn die bekommen nicht genug; die Kameraden lamentiren nicht schlecht; desto wärmer es nun wird, wird es

für den Geliebten, das ihr selbst gespendete Lob ließ sie kalt.

„Das Erste, was ich nun zu thun habe, ist, daß ich meinen Bericht einliefere,“ nahm der Arzt wieder das Wort, „das heißt, nachdem ich meine Patienten besorgt habe. Sie werden sich an den Bürgermeister wenden müssen, um Auskunft zu erhalten. Nachmittags spreche ich im „Blauen Engel“ vor und höre, wie es mit Ihnen steht. Ja, ja, gewiß, mein Fräulein,“ sagte er treuherzig, indem er Waleksa's Hand, die sie ihm dankbar entgegenstreckte, herzlich schüttelte. „Ich werde Sie nicht verlassen, aber Abends muß ich wieder hinaus zu unserm Patienten.“

Ganz Neukirch hatte bereits am frühen Morgen das Gerücht von etwas Ungeheuerlichem durchschwirrt, welches sich gestern auf dem Kries'schen Gute zgetragen haben sollte. Der reitende Bote und der Knecht, der den Doktor geholt, waren die Kolportage gewesen, freilich ohne selbst von dem Vorgange recht unterrichtet zu sein. So wußte nun auch niemand genau, wie die Geschichte eigentlich zusammenhing, nur soviel stand fest, daß der Gutsherr schwer verwundet oder vielleicht gar schon todt und der seit einigen Tagen hier weilende Agitator, wenn nicht direkt der Mörder, so doch sehr nahe bei der That beteiligt sei. Dettinger wäre spät in der Nacht sehr verstimmt nach dem „Blauen Engel“ zurückgekehrt, den er zu Pferde gegen Abend verlassen, und hätte, indem er seine Rechnung berichtigte, sich bei Adpfe, dem Wirth, nach dem Bürgermeisteramt erkundigt, als plötzlich zwei Gendarmen erschienen wären, die ihn verhaftet und in's Polizeigefängniß abgeführt hätten. Dies stimmte genau mit der Wahrheit überein.

Heute früh vor den Bürgermeister geführt, welcher der Wichtigkeit der Sache sogar seine Feiertagsruhe geopfert, hatte Dettinger die Erklärung abgegeben, daß er in der Selbstvertheidigung von seiner Waffe Gebrauch gemacht und in der Absicht nach Neukirch zurückgekehrt sei, den Fall selbst zur Anzeige zu bringen. Das würdige Stadtoberhaupt

nun schlechter auf die Säle (das sind die drei großen Schneidertische, wo je 80 Mann in einem Saale arbeiten. Ann. d. Red.), es ist ein furchtbarer schlechter Gestank auf die Säle, daß es kein Wunder ist, wenn die Kameraden krank werden. Jetzt wollen sie nun noch mitten auf den Saal einen Bängelosen mit Gasmotor setzen, da wird es doch noch viel schlimmer. Bei uns sind sehr viele krank, bei uns kann man jetzt weiter nichts alle Tage sehen, als wie das weiche in's Lazareth geschafft werden, vorigen Freitag habe ich auch einen mit in's Lazareth müssen tragen helfen, Sonnabend wieder einen naußgeschafft, Sonntag wieder und heute nachmittag noch einen, heute früh mußten wir einen Kameraden auf dem Arbeitsaal auf den Bängelosen legen, der auch krank wurde, er ist umgefallen, welcher sich schon gestern krank gemeldet hatte, und sie haben ihn nicht angenommen, und heute da konnten die Vorgesetzten alle schnell pausen. Wir werden tüchtig tarvirt (turbit, gepeinigt) und verlohnt, wo wir den ganzen Tag 80 Mann arbeiten, wo so schon eine schlechte Luft ist, wo man gerne Abends froh ist, wenn man freie Zeit hat und man gern in die Stadt gehen will, um bischen frische Luft zu holen, da verlohnen einen die Unteroffiziere, denen wird es immer zu wohl. Wenn die Korporalschaftsführer die Korporalschaft ärgern wollen, lassen sie gleich die Kameraden die Woche Abends viermal nicht ausgehen; vorigen Sonntag war einer fortgegangen, ohne sich abzumelden, was in anderen Regimentern überhaupt nicht Mode ist, hat ihn der Unteroffizier gemeldet, was nämlich eine ganz traurige Nudel ist, und hat zwei Tage Kasten gekriegt; also sie zwingen uns, bei jedem Ausgang abzumelden, sie wissen nemlich gar nicht mehr was sie noch rausstrecken sollen, sie denken mit die Schneider können sie ihren Mist anbringen, wo man manchmal nicht schreiben kann, oder muß man etwas anderes machen. Das Padet und Postkarte habe ich erhalten, trocken Brot wird wieder geklopft. Während unserem Bau sollen wir kommandirt werden in die Regimenter. Alles nähere schreibe ich später, wo ich hin komme. Ich will nun schliefen, denn ich muß heute Abend noch in meinem Kahn die Bettwäsche überziehen.

Grußt alle Bekannte.

Vorigen Sonnabend war großes Gegerieren.

Es grüßt Euer dankbarer Sohn Emil.

Die ganze Schreibart dieses Briefes zeigt, daß wir es hier mit einem ganz „unverdorbenen“, d. h. nicht etwa sozialdemokratisch angehauchten Soldaten zu thun haben. Und doch trieben die Verhältnisse den jungen Mann zu solchen bitteren Klagen. Einer weiteren Kritik bedürfen die obigen Schriftstücke wohl nicht. Jedermann wird sich wohl überlegen, ob er ein System, das solche widerwärtige Erscheinungen hervorbringt, noch weiter stärken soll, oder ob er durch einen sozialdemokratischen Stimmgabel Protest gegen diesen ganzen menschenunwürdigen Zustand des Militarismus einlegen soll.

Der Schneidermeister L. in Fl. war bisher ein gutgläubiger Anhänger der „Ordnungsparteien“. Seitdem er

nahm diese Erklärung indessen mit sichtlichem Unglauben auf und kündigte Dettinger an, daß er ihn sofort nach dem nächsten Bezirksgericht transportiren lassen müßte. Und so war denn Dettinger noch vor Anfang der Kirche, damit den gottesfürchtigen Einwohnern das erbauliche Schauspiel nicht verloren ginge, wie ein gemeiner Verbrecher mit gefesselten Händen auf einem Leiterwagen und in Begleitung eines Gendarmen durch die verblüffte Menge zur Stadt hingefahren. Einige Schreier und Pfeifer wurden von Leuten, die Dettinger reden gehört hatten und respektvoll den Hut vor ihm zogen, zur Ruhe verwiesen.

Als nun der Arzt und Waleksa vor dem Gasthause hielten, sammelte sich schnell ein Haufen Neugieriger um den Wagen, denn an dem Doktor sah man, woher sie kamen, und das Gerücht munkelte auch etwas von einer Dame, welche hinter der Affäre stak. Das mußte diese auf alle Fälle sein. Jeder wollte sie sehen, und das Gedränge um den Wagen ward so stark, daß der Doktor mit einem Heiligentrendonnerwetter den in der Thür erscheinenden Wirth aufforderte, Raum zu schaffen.

Herr Adpfe hatte die Dame schon öfter in Begleitung der Fräulein von Kries gesehen und baunte ihr dienstfertig mit gehörigen Pfiffen nach rechts und links den Weg ins Haus.

Als Waleksa die mit Wein- und Bierdünsten erfüllte und überheizte Gaststube betrat, wäre sie beinahe in Ohnmacht gesunken, aber sie besaß eine gewaltige Selbstbeherrschung. Es ging vorüber.

„Können Sie der Dame eine anständige Stube geben?“ fragte der Arzt, der hinter ihr eingetreten war.

„Gewiß, Herr Doktor. Es ist eben eine frei geworden, die beste. Aber die möchte ich doch lieber der Dame nicht geben.“

„Warum nicht?“

„Weil der vermaledeite Sozialdemokrat, der doch heute Nacht das Verbrechen begangen hat, darin logirt hat.“

seinen Sohn in solcher Weise verloren hat, hat er erklärt: Nun bleibt mir nichts weiter übrig, als sozialdemokratisch zu wählen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Mai.

Regierungswünsche. In offiziellen Blättern liest man, der neue Reichstag werde am 27. Juni zu einer kurzen Tagung zusammentreten. Man hoffe, daß der neue Reichstag die erste Lesung der Militärvorlage sofort vornehmen werde, da jeder Abgeordnete deren Inhalt längst kenne und ein Zwischenraum von mehreren Tagen oder einer Woche zwischen der Einreichung der neuen Vorlage und dem Beginn der materiellen Verhandlung, wie er sonst üblich sei, in diesem Falle nicht notwendig erscheine. Eine Kommissionsberatung sei nicht nötig, da ja die Wahlen zeigen würden, ob eine Kuratils-Mehrheit vorhanden wäre oder nicht. Ein Abhandeln an den Zahlen der Vorlage sei nicht mehr möglich; sollten jedoch von der Mehrheit etwaige nebensächliche Änderungen gewünscht werden, so werde es zur Entscheidung darüber keiner Kommissionsverhandlung bedürfen, da die Regierung sich „nach Kräften entgegenkommend“ zeigen wird. Man rechnet auf eine Erledigung der Vorlage in einem Zuge, so daß die Tagung auch bei eingehenden Debatten im Plenum in 10 bis 14 Tagen beendigt sein könnte. Von den Finanzvorlagen zur Deckung der Mehrausgaben ist hierbei abgesehen. Die frommen Wünsche der Herrschenden werden hoffentlich ehen an dem entscheidenden Meil! des Volkes zu Schanden werden. Es wäre freilich sehr angenehm für die Caprioli-Deute, wenn der Reichstag im Handumdrehen die unerhörten Forderungen bewilligte und die wichtige Kostenfrage vorläufig ignorirte. Die Wähler müssen dafür sorgen, daß eine Reichstagsmehrheit, die zu so volksfeindlichen Plänen ihre Hand bietet, nicht zu Stande kommt. —

Selbstmorde im deutschen Heere. Im März 1893 starben in der deutschen Armee 99 Mann, davon 17 durch Selbstmord, das heißt über siebenzehn Prozent. Welche Reize besitzt doch die „Ferienkolonie“! —

Die „große Fortbildungsschule“. Man wissen wir es, Herr Pindter verkündet es laut:

Es ist wohl bekannt, daß gerade die deutsche Militärverwaltung früher, als dies in anderen Staaten geschehen ist, und in viel umfassenderer Weise als in diesen, die Ausnutzung aller wirtschaftlichen Fortschritte und die Hebung des Bildungsstandes der Offiziere und Mannschaften als ihre wesentliche Aufgabe erkannt und allezeit pflichtmäßig gefördert hat. Das deutsche Heer ist die große Fortbildungsschule des deutschen Volkes, deren Wirkung sich in der Regel für das ganze spätere Leben der aus dem Heere in die bürgerlichen Berufe zurückgetretenen jungen Männer erstreckt und in mannigfacher Weise für deren weiteres Fortkommen förderlich erweist.

Ein erschreckendes Armuthszeugniß kann dem Volk der Dichter und Denker gar nicht ausgestellt werden. Thatsächlich steht die deutsche Volksschule auf einem sehr niedrigen Niveau, und ihre Aufgabe ist nicht, die Massen zu bilden und aufzuklären, sondern gegen die Freiheit und den sozialen Fortschritt Dämme und Deiche aufzurichten. Was sie den Schülern giebt, ist durchaus unzulänglich. Anstatt nun die Volksschule kulturgemäß auszubauen und die Massen aufzuklären, spannt man sie in die spanischen Stiefel des Kaiserindrills und brüsst sich damit, daß man die Soldaten in der Dienstzeit „fortbilde“. Dieser Unterricht ist eine Satire auf die Volkserziehung und zugleich ein unfreiwilliges Eingeständniß der Unzulänglichkeit der Volksschule. Wenn die Kinder, wenn die jungen Leute gut geschult werden, bedarf es keiner militärischen Fortbildungsschule. Die jämmerlichkeit der preussischen Volksschulverhältnisse, die Hungerlöhne der Lehrer, die Mäglichkeit der Lehrgelde und Lehrmittel, das Vischen Schreiben, Lesen, Rechnen und in erster Reihe Beten, der Mangel an Lehrkräften und Schulräumen, die Ueberfüllung der Schulen, sie sind solche schreiende Mißstände, daß nur die offiziöse Unverfrorenheit der Norddeutschen von den großen Ausgaben des Reichs und der Einzelstaaten für Bildungszwecke jabeln kann. Die Druckerzwänge ist kaum trocken

„Was faheln Sie da —“ begann der Arzt, aber Baleska fiel ihm ins Wort.

„Wo ist der Herr, der dort logirt hat?“ fragte sie in gebieterischem Tone.

„Bestimmten und heute Morgen nach M. transportirt.“

„Wie? Nicht mehr hier — nicht in Reutkirch?“ sie trat einen Schritt auf Köpfe zu und es war, als ob ihre Augen aus den Höhlen springen wollten.

„Köpfe wich schlichtern zurück.“

„Neben Sie, Köpfe,“ befahl Doktor Böllner. „Wie ist das gekommen?“

„Ich weiß nichts, Herr Doktor, als daß der Herr, gleich als er nach Hause kam, verhasst wurde und daß er vom Bürgermeisteramt aus auf einem Leiterwagen, von einem Genbarmen begleitet und —“ er umspannte abwechselnd sein rechtes und linkes Handgelenk mit einem bedeutungsvollen Blick gegen den Arzt — er wagte nicht weiter zu reden.

„Was, was?“ fragte Baleska, welche die Pantomime bemerkt hatte, vom höchsten Entsetzen ergriffen. „Soll das heißen, daß man ihn gefesselt hat? Mann, reden Sie!“

„Ja — ja, leider, gnädiges Fräulein.“

Baleska schwankte; Todtenblässe bedeckte ihr Gesicht, die Augen schlossen sich. Schon hatte der Arzt sie im Arm und befahl Wasser und ein Glas Portwein. Sie erholte sich, noch ehe beides gebracht war.

„Gefesselt,“ war ihr erstes Wort, das schmerzlich klagend über ihre Lippen kam und dem ein trampfhaftes thrauenloses Schluchzen folgte.

Doktor Böllner hatte lange kein so inniges Mitleid empfunden, wie mit diesem, ihm vor wenigen Stunden noch fremden Mädchen. Er zwang ihr etwas Wein auf und tröstete sie, wie er es in dieser Situation vermochte.

Es würde sich aufklären, Dettinger's Unschuld an den Tag kommen. Man hätte vorschnell gehandelt, aus Parteileidenschaft. Der Bürgermeister wäre ein verbissener Konservativ, hätte schon die Versammlungen mit scheelen

geworden, die nach amtlichen Quellschriften verrieth, wie in Preußen über anderthalb Millionen Schüler in überfüllten Klassen hausen müssen, wie über zwölftausend Klassen keine eigenen Lehrkräfte besitzen, wie der preussische Staat, der für den Militarismus viele hunderte von Millionen übrig hat, den gewerblichen Fortbildungsschulen 44 000 Mark, 10 Prozent ihres Etats, abknappst. Thut nichts, der Militärstaat Preussisch-Deutschland ist ein „Intelligenzstaat“ nach der Auffassung des Pindter. —

Die Wahlkreis-Eintheilung. Wie voranzusehen, hat die sächsische Regierung ihre verfassungswidrige Verfügung zurücknehmen müssen. Aus Dresden meldet Wolff's Telegraphenbureau:

„Das Ministerium des Innern hat die Verordnung betreffend die anderweitige Eintheilung des 12. und 13. sächsischen Wahlkreises dahin abgeändert, daß es bei der früheren Eintheilung verbleibt.“

Daß die Gelehrten des sächsischen Ministeriums in dieser klarliegenden Sache überhaupt haben schwanzen können, erscheint zum mindesten recht eigenartig. Wenn ein einfacher Mann aus dem Volke gegen irgend eine verkniffene Bestimmung eines im verdamigsten, das heißt unverständlichen Juristendeutsch abgefaßten Gesetzes verfährt, läßt man ihn ohne Gnade in den Fingern und Selbstschüssen, er muß büßen. Wenn aber die vortragenden, die geheimen, die wirklichen geheimen Rätthe, die Ministerialdirektoren und Minister ein größliches und folgenschweres Versehen sich zu Schulden kommen lassen, — ja, Bauer, das ist ganz was Anderes. —

Die Quenelinge fallen offen vom Centrum ab, sie treten aus, so der Graf Matuschka, wie es heißt der Schwiegerjohn des Grafen Ballestrem, so der Freiherr von Quene. In der „Germania“ kommen nun alle bösen Humore zum Ausdruck und sie kämpft mit einer Struppigkeit des Tones gegen die früheren Fraktionsgenossen, die an fanatischer Urvöckigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die kaum noch Geseierten sind heute arme Sünder, die am Schandpfehl stehen, und ein Platzregen handgreiflicher Liebeswürdigkeiten ergießt sich über sie. Wie schlechten Schauspielern ergeht es ihnen, sie werden ausgepiffen, und auch an wurmstichigen Aepfeln fehlt es nicht. So heißt es über das Gräflein Matuschka, der, wie unsere Leser wissen, seinen noblen Schmerz am Busen des „Kreuz-Beitungs“-Hammerstein ausgeschlachtet hat:

„Das ist die Sprache eines jungen Herrn, der vor wenigen Jahren noch das Studentenmähen trug und auf den Namen „Wind“ hörte, jetzt aber schon Männern, denen er nicht die Schuhamen aufzulösen würdig ist, z. B. dem Herrn von Heeremann und Graf Preysing „kurzsichtige Verblendung“ und noch Schlimmeres vorzuwerfen die Stirne hat. Inhalt und Sprache der ganzen Erklärung entbinden auch und von jeder Rücksicht, und da sagen wir kurz: der junge Herr Graf ist „ungezogen“, unreif, servil nach oben und leidet an krankhafter Ueberhebung!“

So zu lesen in der „Germania“ Nr. 123, Drittes Blatt, vom 31. Mai 1893. Aber solche junge Herrchen, die noch vor wenigen Jahren als buntbemähte Studenten umherstolzten und auf den Namen „Wind“ hörten, die ungezogen, unreif, servil nach oben sind und an krankhafter Ueberhebung leiden, hat die Partei der „Germania“, hat das Centrum vor wenigen Jahren, nämlich 1890, in den Reichstag geschickt. Wind, Wind, Wind! Von dem Führer der Quenelinge, dem von Poisingen, genannt Quene, sagt das leitende Zentralblatt:

„Mit der allmähigen Milde rung des Kulturkampf trat seine sozialistische und governmentale Neigung immer mehr hervor, und auf gewissen Gebieten konnte man ihn in den letzten Jahren nicht mehr so wie früher zu der selbständigen Volkspartei des Centrums rechnen, sondern man wußte, daß er dort zuweilen governmentale Neigungen hatte. . . . Kurz aber — wie Herr von Quene selbst, kann er keinen Centrums-Wahlkreis erhalten und muß, wo er austritt, belämpft werden!“

Die „selbständige Volkspartei des Centrums“ hat den Militarismus aufgezüchtet, hat uns die Hölle und indirekten Steuern, die Liebesgabe für die Brenner, die Innungsgesetze, die reaktionäre Ausgestaltung der Versicherungsgesetze, den Arbeitertrag gebracht. Sie ist der Junker vom Schlage der Quene und Matuschka würdig. Ein grundsätzlicher Unterschied besteht nicht, und es ist ihr sehr

Augen angesehen und wäre sehr erklärlicher Weise ganz außer sich gerathen.

Baleska starrte mit großen Augen vor sich hin.

„Das Zimmer hier brauche ich jetzt nicht mehr,“ fuhr sie plötzlich auf. „Wo ist der Wirth? Ich muß sofort einen Wagen haben.“

Herr Köpfe hatte sich im Hintergrunde gehalten und trat nun wieder vor.

„Einen Wagen, heut am zweiten Feiertag, das wird schwer halten,“ wandte er ein.

„Es wird nur mehr kosten,“ sagte Baleska rasch, darauf kommt es nicht an. Nur schnell. Oder geht eine Post dorthin?“

„Ja wohl, meine Dame, aber erst Nachmittag.“

„Das kann mir nichts nützen, ich muß gleich fort.“

„Also, Köpfe, sehen Sie zu, daß innerhalb einer halben Stunde ein Wagen vor der Thür steht,“ sagte der Arzt in entschiedenem Tone. „Nur nicht viel Nebensarten. Die Dame ist die Braut von Herrn Dettinger, der keineswegs ein Verbrecher ist; sie hat die Beweise, und muß zu ihm. Machen Sie rasch.“

Baleska sah den Arzt dankbar an, der sein Taschennbuch hervorzog, ein Blatt heraustrieb und zu schreiben begann.

„Ich will Ihnen nur ein paar Zeilen an einen mir bekannten Rechtsanwalt mitgeben,“ sagte er. „Sind Sie genügend mit Geld versehen?“ fragte er nach einer Weile, wie beiläufig.

„Für's Erste, ja; nachher werde ich das Nöthige verdienen.“

„Gut. Lassen Sie sich nach dem Schwarzen Adler“ fahren. Es ist ein solides, anständiges Hotel,“ fuhr Doktor Böllner während des Schreibens fort. „So, und nun muß ich Sie leider verlassen. Meine Patienten warten auf mich, Trinken Sie noch einen Schluck Wein, Sie haben heut gewiß noch nichts geöffnet. Zwingen Sie sich auch einen Bissen zu essen. Das Schlimmste schaut sich besser an, wenn das Thier im Menschen befriedigt ist. Aha, da sind Sie ja, Köpfe.“ (Fortsetzung folgt.)

peinlich, daß die abligen Herrn ihr, der „Volkspartei“ den Lauspaß geben. Denn auf Pfaffen- und Junkerhülse ist sie angewiesen, die Arbeiter und Bauern weichen mehr und mehr von ihr. Und die großen Worte von 1893 wiegen nicht schwerer als die von 1887 vor der Septennalswahl. —

Der „große Unbekannte“, der zahllose Druckschriften zu Gunsten des Militarismus verbreiten läßt, der Millionen von Flugblättern in alle Welt schleudert, die nicht bloß die Firma von Hofbuchdruckern, sondern auch als harmlosere Deckadresse die Firma von anderen Druckereien tragen, scheint einen wahren Nibelungenhort für Wahlzwecke zu besitzen. Immer neue Bestände, immer neue fliegende Makulatur wird auf den Markt gemorfen, Fabrikanten und Behörden, Landräthe und Postdirektoren schöpfen mit vollen Händen aus dem papierernen Schatz, in den staatlichen Betrieben erhalten die Arbeiter eine Drucksache nach der anderen. Hülse, was helfen mag, die Fonds sind da, auch nachdem der Belsen-Fonds dem Cumberländer übergeben worden ist. Die Schwindelhuber und Feuilleter der Reaktion schreiben wie unter Bismarck, wie unter Metternich, wie unter Napoleon III. sich die Finger wund, um ihren Sold sich zu verdienen. Da erscheinen Broschüren, wie: „Das allgemeine Wahlrecht muß dem deutschen Volk erhalten bleiben“, gedruckt und zu haben in der Buchdruckerei eines königlich preussischen Hofbuchhändlers, morin ein Piffikus, der sich den Namen eines Erzengels beigelegt hat, die unverfrorensten und böhartigsten Angriffe gegen das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht richtet. Da erzählt ein „Parteiloser“, will sagen ein Bestimmungloser, der als Landknecht des „neuen Kurzes“ ins Feld zieht, dem deutschen Volk, was es wolle. Als ob das deutsche Volk sich das sagen zu lassen brauchte von den Spießgesellen des Rückschritts. Ob Caprioli oder Bismarck, die Stimmungsmache ist die alte. Am 15. Juni wird auch über diesen schänden Bauernfang das Urtheil gesprochen werden. —

Sammlungen zu Wahlzwecken in Gotha. Gegenüber der Verfügung der gothaischen Regierung, deren Chef der liberale Herr Strenge Jählershäuser Angeordnetens ist, öffentliche Sammlungen zu Wahlzwecken nicht zu genehmigen, hat unser Genosse Landtags-Abgeordneter Voß beim Landtag den dringlichen Antrag gestellt, die Aufhebung gedachter Verfügung zu fordern. Der Landtag lehnte aber zunächst die Dringlichkeit des Antrages ab. Die Landtags-Mehrheit ist deutschfreisinnig. Die Wähler im Reich werden daraus wiederum lernen, wie es mit den „freiheitsfreundlichen“ Grundfragen des Deutschfreisinn bestellt ist. In Gotha kämpft Voß gegen den Deutschfreisinn um das Reichstags-Mandat. Mag also die Regierung die Wahlen durch ihre Verbote beeinflussen, der Deutschfreisinn rührt sich nicht. So wenig wie damals, als der Landtag gegen die Jählershäuser Gefängniszustände sich hätte wenden müssen. Auch damals, vor etlichen Monaten, fiel er kläglich um. —

Die dümmsten Mittel mendet das Preßbureau an, um Simpel in sein Netz zu locken. Wie unter Bismarck so benutzt man auch heute ausländische Blättchen, in die regierungsfreundliche Artikel „Jancit“ werden, die man dann wieder als „ausländische Preßstimmen“ mit behaglichem Schmunzeln verzeichnet. So führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aus einer Maibenetrachtung des „Stadtboten“ in Zürich eine Stelle an, worin es heißt: „Soviel steht fest, daß Deutschland sich in einer wichtigen Krisis befindet, und daß es sich bald zeigen muß, ob Vaterlandsliebe und Reichstreue nicht im Stande sind, Partikularismus und Vaterlandslosigkeit zu überwinden.“ Weiter des „Stadtboten“ war und soll heute noch der berufene Major Aitenhofer sein, der unter dem Sozialistengesetz das schofelste, für Bismarck und gegen die Sozialdemokratie nicht ohne zureichenden Grund agitierende Standalblättchen der Schweiz, die Züricher „Limmat“, herausgab. Der Aitenhofer, dessen innige Beziehungen zu deutschen Polizeispielen notorisch waren, wühlhuberte als eifriger Heuler gegen das schweizerische Asylrecht, das dem „Sozialdemokrat“ und seinen Vertretern eine Heimstatt gewährt hatte, er war der gewerbsmäßige publizistische Rebrichtsammler vom Abhub der Bismarckischen Reptilienpresse. Derselbe Aitenhofer trieb und treibt vielleicht noch heuer im „Stadtboten“ sein Wesen. Und wenn ein hiesiges Blatt meint, das Zürcherische Blatt habe sich mit unseren Offiziösen nur ein Späßchen erlaubt, so irrt es eben. Dem „Stadtboten“ ist es lutiger, dringender, klingender Ernst mit seinen Schreibungen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat heute das Wahlgesetz in der Fassung des Herrenhauses angenommen, es hat also die von ihm selbst festgelegten Bestimmungen mangesmuthig geopfert und den Großkapitalisten und Latifundienbesitzern zu Liebe die Richtanrechnung der Einkommensteuer über 2000 Mark, dieses Kreuz der rheinisch-westfälischen Gentlemen, der freikonservativen und konservativen Magnaten, und auch die von der Regierung beantragte Zwölfstelung glattweg gestrichen.

Das Centrum blieb mit seinem Antrag, es bei der Richtanrechnung zu belassen, allein; nur drei Deutschfreisinnige standen zu ihm. Der Besetzungswurf wegen Aufhebung direkter Staatssteuern wird gegen die Stimmen des Centrums und der Deutschfreisinnigen angenommen. Der Besetzungswurf betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens wird in seiner veralteten Form angenommen. Das Haus hat unter Ablehnung der Vorlage zu diesem Gejege einen einzigen Paragraphen beschlossen, wonach aus den Ueberflüssen des Einkommensteuer- und Ergänzungssteuer-Gesetzes für die Jahre 1893/94 und 1894/95 je 2 Millionen Mark zu Weihen an Schulgemeinden oder Schulverbände zu Volksschulbauten bereit zu stellen sind, d. h. es hat einen Tropfen Wasser auf einen glühenden Stein gespielt. —

Die „Magdeburgerische Zeitung“ war von uns auf ihre von Unwissenheit und Ignoranz zeugende Beurtheilung des Bedel'schen Bäder-Schristens festgenagelt worden. Jetzt stammelt der Berliner Schmock der „Magdeburger Zeitung“ kleinlaut:

„Auf Herrn Bedel's Schriften „Zur Lage der Arbeiter in den Bädereien“ einzugehen, nachdem es schon gleich nach seinem Erscheinen im Jahre 1890 ausführlich besprochen ist, liegt keine Veranlassung vor. Es genügt, zu wiederholen, daß in ihm auf grund von einseitigen Angaben über 663 einzelne Bädereien ein Urtheil über das gesammte Bädereigewerbe, das 88 477 Betriebe umfaßt, gefällt wurde.“

Dies ist nicht mehr die Rede von Bedel's "berühmtesten Enquete", worin er "gezeigt hat, wie er bei der Feststellung von Zehntfachen zu Werke geht". Und da wir sogar einem stehenden Schmod goldene Brücken bauen, so sei festgestellt, daß er in einem verspäteten Anfall von Bescheidenheit der Wahrheit sich genähert hat, soweit das seine Schmod-Natur, seine Schmod-Ausgabe und seine Schmod-Sprache zulassen. —

Die Cholera. Man liest in der Nordd. Allg. Ztg.: "Der aus Hamburg signalisierte vereinzelte Cholerafall bietet zu außerordentlichen sanitären Vorkehrungen der Behörden keinerlei Veranlassung. Vergleichene Einzelerkrankungen sind alljährlich zu verzeichnen, ohne daß sie sich zu besonderer Tragweite entwickelten. Für den Fall eines epidemischen Ausbreitens der Seuche sind selbstverständlich vom Reich wie von den Einzelstaaten die umfassendsten Vorbeugungs- und Einschränkungsmassnahmen getroffen, wie sie dem heutigen Stande der wissenschaftlichen Forschung und praktischen Erfahrung entsprechen; ein unmittelbares Einschreiten aber ist zur Zeit nicht in Aussicht genommen. Wenn insbesondere an dem am 29. d. M. erfolgten Zusammenritt der Reichs-Cholera-Kommission von manchen Seiten Kommentare geknüpft werden, die ihn in ursächlichen Zusammenhang mit dem Hamburger Cholerafall bringen, so können die "Berl. Pol. Nachr." auf Grund zuverlässiger Information versichern, daß die Einberufung der Kommission bereits vor länger als acht Tagen beschlossene Sache war, als von dem Hamburger Erkrankungsfall noch gar keine Rede sein konnte, und daß der Zusammenritt der Kommission den Rahmen der in normalen Zeiten vorgesehenen, periodisch wiederkehrenden Ausübung ihrer ordnungsmässigen Thätigkeit nicht überschreitet." —

Vom Junzbruder Studentenstreik. Der akademische Senat zu Junzbrud erklärt auf Grund des ihm vom Viktor vorgelegten Materials, daß die bekannte Militärverfügung das Vereinsrecht der Studenten beschränkt, und er an maßgebender Stelle auf das Nachdrücklichste für die Rechte der Studenten eintreten werde. Es wird zu diesem Zwecke eine Kommission eingesetzt. —

Belgisches. Bei den Industrierraths-Wahlen in Gent siegten die Sozialisten mit der überraschenden Zahl von 6237 Stimmen. Die Katholiken erhielten 4071, die Liberalen 1332 Stimmen. — Das Justizpolizeigericht von Mons verurtheilte sechs Frauen wegen "Plünderung von Handelskarten" während der Revisionbewegung zu fünf Monaten Gefängnis. Die Untersuchung in dem großen politischen Prozeß gegen die Sozialistenführer wurde heute abgeschlossen. Advokat Picard wird wegen Provokation eines "Attentates" gegen den Bürgermeister Buis, Advokat Vanderveelde wegen Anstiftung zum Tumult, Volkers und Elbers, die Redakteure des "Blattes", "Peuple", wegen Anstiftung zur Rebellion gegen die Polizei vor das Justizpolizeigericht verwiesen. Ferner wurden die Redakteure Volkers, Desuet, Elbers und Schend wegen Aufreizung zur Meute und zum Angriff gegen die Armee, außerdem Balde und Raes wegen "Führung bewaffneter Banden und Rebellion" gegen die Polizei vor die Geschworenen von Brabant verwiesen, die Führer Lehrer, Rogier, Bergmann, Janvian wegen "Rebellion und Führung bewaffneter Banden" vor die Geschworenen in Mons gestellt. Es wird nichts so heiß gegeben, wie es gekocht wird, und die belgische Reaktion wird sich bald überzeugen, daß sie sich verrechnet hat, trotz ihrer so schwülstigen wie hinfälligen Anklagen, die aufgepufft sind, um die Spießer zu erschrecken, aber bei kräftigem Zusassen zerrieben wie ein ecker Borscht. —

Das englische Unterhaus debattiert noch immer über Home rule. Ein Unionist, Lord Bolmer, beantragte, die Machtbefugnisse der irischen Legislatur sollten derartig beschränkt werden, daß sie bezüglich der Ausnahmepunkte nicht nur nicht Befehle geben, sondern auch nicht Resolutionen erörtern oder annehmen dürfe. Bolmer drückte, wie der "Vossischen Zeitung" aus London unterm 31. Mai telegraphiert wird, die Befürchtung aus, in Kriegszeiten oder bei auswärtigen Verwicklungen dürfte die Dubliner Legislatur, um weitere Zugeständnisse von der Reichsregierung zu erpressen, eine Resolution zu Gunsten des Feindes Großbritanniens annehmen, auch könnte die irische Legislatur in Gemäßheit der Klausel Gesandte bei fremden Mächten beglaubigen, ferner Resolutionen gegen Freihandel annehmen. Gladstone bekämpfte diese Einwände. Verbote gegen Erörterungen und Resolutionen, zu deren Durchführung dem Reichsparlament die Mittel fehlten, würden dieses nur in eine falsche Stellung bringen und seiner Würde Abbruch thun. Ueberhaupt sollte doch nicht angenommen werden, daß die irische Legislatur stets schlimme Wege einschlagen werde. Der irischen Legislatur könnte doch nicht das Petitionsrecht, das jede Ortsbehörde besitze, verweigert werden. Im weiteren Verlaufe der Erörterung fragte Balfour, ob die Regierung beabsichtige, die irischen Abgeordneten im Hause der Gemeinen zu behalten. Gladstone erwiderte, es läge in der Absicht der Regierung, die Klausel 9 durchzuführen. Auf eine weitere Frage Balfours, ob die Klausel in ihrer gegenwärtigen Fassung angenommen werden solle, antwortete Gladstone, die Regierung beabsichtige, eine Klausel vorzuschlagen, die alle irischen Abgeordneten im Reichsparlament beibehalte. Nachdem noch Chamberlain und andere Redner für den Antrag Bolmer eingetreten waren, wurde dieser mit 259 gegen 238 Stimmen verworfen. —

Die vorgestrigen Wahlen zur serbischen Skupstschina sind ruhig verlaufen. Gewählt wurden, soweit bis jetzt bekannt, 115 Radikale und 8 Fortschrittler. In Semendria wurde der Justizminister Maximovic, in Schabaz der Vizepräsident der früheren Skupstschina, der Radikale Jovanovic, gewählt. —

Russland. Wegen Zugehörigkeit zur polnischen Arbeiterpartei "Proletariat" wurden in Warschau bisher fast zweihundert Personen verhaftet. Die Zitadelle ist überfüllt. —

Die Reichstagswahlen.

Offizielle sozialdemokratische Reichstags-Kandidaturen. Provinz Westpreußen: Danzig Stadt und Land, Gdingen, Marienburg, Dirschau-Berent, Neustadt-Rasthaus, Stuhm, Marienwerder, Graudenz-Strasburg, Söbau-Rosenberg, Schlochau-Platow und Deutsch-Krone: Lithograph Otto Jochim in Danzig; Thorn-Gulm: Zimmerer J. Mikuszinski in Thorn; Schwien: Schuhmachermeister Wilhelm Boggs in Bromberg; Konitz-Luchel: Maler Franz Riefop in Berlin.

Bürgerliche Kandidaturen. 10. hannoverscher Wahlkreis: Birkow (H). 8. hamburgischer Wahlkreis:

von Wiken, Preissner, Halberstadt-Oschersleben: Generalsekretär des Gewerkschafts der Maschinenbauer Mauch (H). Dinst. eisbühl: Volksschullehrer Pinnert in Nürnberg (H). Bochum: G. Richter, Böhmland (H). Stuttgart: gart: Rechtsanwalt Fr. Hausmann (Volkspartei). Olpe: Meschede: Rechtsanwalt Schiele (Z). Durchfallskandidat gegen Fasangel, Nordhausen: Rittmeister a. D. Krufe (H). Kartellkandidat der A. R. R. M. des "Bund. d. Landw.". Fulda: Fabrikant Richard Müller in Fulda (Z).

Oeffentlichkeit der Wahlhandlung. Eine vom preussischen Minister des Innern im vorigen Jahre erlassene Bekanntmachung geben wir hiermit wieder; unsern Genossen und unsern Gegnern zur Beachtung!

Bekanntmachung. Nachdem der Reichstag bei einer Wahlprüfung für erwiesen erachtet hat, daß in mehreren Orten während der Wahlhandlung für den Reichstag Vertrauensmänner der sogenannten Arbeiterpartei, welche sich im Wahllokale eingefunden hatten, ohne in dem Wahlbezirk wahlberechtigt zu sein, aus diesem Grunde ausgemessen worden sind, eruche ich Euer Hochwohlgeboren ergebenst, derartigen, mit der Bestimmung der Oeffentlichkeit der Wahlhandlung in § 9 des Wahlgesezes vom 31. Mai 1869 nicht vereinbarten Vorkommnissen in Zukunft durch entsprechende Anweisung an die Wahlvorsteher gefälligst vorzubeugen. Ich mache hierbei darauf aufmerksam, daß der erwähnte § 9 die Anwesenheit bei der Wahlhandlung allen wahlberechtigten Deutschen gestattet, ohne Rücksicht auf den Wahlbezirk, dem sie angehören.

Berlin, 18. Juli 1892.
Der Minister des Innern,
Herrschut.

An die sämmtlichen Herren Regierungspräsidenten.

Graf Loß, der bisherige ultramontane Abgeordnete für Cleve-Geldern, kandidirt wieder, hat aber in Sachen der Militärvorlage den Drückebeyger gemacht. Darob Empörung vieler Wähler. Wir werden ja sehen, ob ihr Wortspruch sich zur Aufstellung eines offenen Gegners der Vorlage aufschwingen oder mindestens den Grafen Loß zu einer bestimmten Erklärung zwingen wird. —

Landrath v. Bornstedt, der bei der Wahl für Wahlmännern eintrat und deshalb von der Regierung gerächt wurde, tritt jetzt im Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg selbst als Kandidat der konservativen Partei und des Bundes der Landwirthe dem Alwardt gegenüber. Das ist lustig.

Zum Kampfe im Zentrum. Freiherr von Schorlemer-Alst erklärt im "Westfälischen Merkur" die Behauptung mehrerer Landwirthe, sie hätten den Schorlemer'schen Aufruf weder selbst unterzeichnet, noch irgend jemand beauftragt, dies für sie zu thun, für unrichtig. Die Versammelten hätten vielmehr ausdrücklich Vollmacht erteilt, ihre Namen unter den Aufruf zu schreiben. Dazu bemerkt kurz und kernig die "Germania": Da steht also Behauptung gegen Behauptung, und zwar vieler Zeugen gegen einen.

Aus dem Wahlkreis Graudenz-Strasburg wird uns telegraphiert: Eine Versammlung des Bundes der Landwirthe in Lautenburg beschloß, in der Stichwahl Stimmhaltung, damit der Pole v. Rozjki durchkomme, der auf dem Boden des Programms des "Bundes" steht.

Die mecklenburgische Rechtspartei, die Partei der mecklenburgischen Partikularisten, hat einen Wahlaufsatz veröffentlicht. Sie wird in allen mecklenburgischen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen und kämpft gegen die Militärvorlage.

Der Bödel, der gegen den Antrag Huene gestimmt hat und sich als entschiedener Gegner der Vorlage geberdet hat, ist glänzend ungeschlagen. Der Bödel'sche "Reichsberödel" veröffentlicht an der Spitze der neuesten Nummer folgendes: "Wie stehen wir zur Militärvorlage? Die Militärvorlage wird von uns dann bewilligt werden, wenn zuvor 1. die dreijährige Dienstzeit gesetzlich bestimmt und die dreijährige Dienstzeit der Infanterie abgeschafft ist. 2. Die Kosten der Militärvorlage nicht vom Volke, sondern von der Börse und den Großkapitalisten getragen werden. Das Volk darf mit keinem Pfennig Steuern mehr belastet werden. Nur weil die Regierung diese zwei Punkte verweigert, stimmten wir dagegen. Dies ist der Standpunkt der antisemitischen Volkspartei. Damit ist der Kampf des Bödel's zur eingetragenen Thatsache geworden. Er spekulirt auf die Stimmen der Kartellbrüder bei den Stichwahlen und ist militärfremd geworden. Und kommt diese Schwankung gar nicht überraschend. Der Antisemitismus ist bis auf die Knochen reaktionär."

Für eine Verbrüderung der Konservativen mit den Quenelungen und Schorlemer'schen agitirt die "Kreuz-Zeitung". "Es wäre", schreibt sie, "in jedem Falle wünschenswert, daß eine, wenn auch nur aus wenigen Mitgliedern bestehende Gruppe des 'rechten Zentrums' entsteht. Geseht von Freiherrn v. Schorlemer-Alst und Freiherrn v. Huene, würde dieselbe eine weit über ihre Zahl hinausgehende Bedeutung erringen. In Zukunft wäre ihr ein bedeutender Zuwachs sicher. Die Vertreter der Kirche würden sich dem 'rechten Zentrum' zuwenden, sobald sie sähen, daß dasselbe in kirchlichen Fragen mehr erreichen könnte, als die Fraktion Lieber. ... Ueberhaupt würden die konservative Partei und ein rechtes Zentrum gewiß in den weitaus meisten Fragen Hand in Hand gehen."

Die Börse und die Offiziellen. Die Norddeutsche Allg. Zeitung vom 31. Mai schreibt: "An der Börse war heute, wie man uns berichtet, wieder einmal ein Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Wahlen angekündigt, der die Börse verstimmen würde. In der That sei die Börse infolge dessen matter geworden. Die Ankündigung von Artikeln zu den Wahlen kann von den Jobbern bis Mitte Juni ohne Risiko täglich wiederholt werden; vielleicht aber könnte dieselbe, da variatio delectat (Abwechslung ergeht), abweichend für Hauffe und Baiffe in Szene gesetzt werden." Das war also ein Keinsatz solcher Jobber, die nicht zu den "Gewehrten" des Reptilienhums gehören und mit den Offiziellen keine Fühlung haben. Die Spekulant, die täglich von dem kalten Wassertrahl-Artikel der "Norddeutschen" vor seinem Erscheinen Kenntnis hatten, werden mit schmerzhaftem Behagen ihren Mitauguren vom Prophezeien zublinzeln. Sie verrechnen sich nicht. —

Die Presk-Rosaken kommen! Der Russenpopanz kann nur Lobes zu hören. Aber die Regierungsagenten spekuliren nur auf die Thorheit. Im Druck und Verlage der "Post" des Vossischen-Verlags, ist ein Flugblatt erschienen, das sich bezieht: "Die Rosaken kommen", und die Wähler auffodert, nur einen Mann zu wählen, der der Regierung Alles giebt, was sie will. "Wir müssen den Russen über sein, die Kerls müssen wir fürchten", sie "zerstören, verulsten, rauben, verdoernen, was sie kriegen. Eure Häuser, eure Acker, eure Gärten und Güt: Alles dahin! Und Tod oder Gewaltthat ist Euren Frauen und Töchtern gewiss, wenn sie den rohen Siegern nicht zu Willen sind." In dieser blutdürstigen Manier wird weiter geschwafelt, so schreibt ein konservatives Organ über den geliebten "Erbsfreund im Osten", dem das Junkerthum sonst die Stiefel leckt, weil er das Volkwerk der internationalen Reaktion ist. Jetzt aber, obwohl Russland vor dem Bankrott steht, und militärisch und wirtschaftlich unterlegen ist, schwindelt die marktreflexive Wirthschaftskompanie der Offiziellen das Blau vom Himmel. Die Presk-Rosaken des preussisch-deutschen Offizienthums kommen, haltet die Augen auf, Ihr Wähler!

Polizeiliches aus Sonnenburg.
J. Nr. 1064 II.

Sonnenburg, den 29. Mai 1892.
Hiermit bekräftigen wir Ihnen den Eingang der Anzeige vom heutigen Tage, wonach am Sonntag den 4. Juni cr. Nachmittags 3/4 Uhr im B. Greiser'schen Saale hier selbst eine Volksversammlung stattfinden soll.

Wir bemerken jedoch, daß der Gastwirth Greiser uns die persönliche Erklärung abgegeben hat, daß er sein Lokal zu gedachten Zwecken nicht hergiebt.

Die Polizei-Verwaltung.
Autow (oder so ähnlich).
Wie mag es zugehen, daß der Gastwirth sein Lokal verweigert, während doch die Versammlung kaum angemeldet worden sein kann, ohne daß man sich seiner Zustimmung vorher versichert hätte?

Polizei-Stilleben in Breslau. Das am Montag in Breslau verbreitete erste sozialdemokratische Wahlflugblatt hat die Polizei bereits interessiert, noch bevor es ausgegeben war. Wie die "Volkswacht" mittheilt, erschien am Sonnabend der Revier-Kommissar Wiegner im Komtoir der Druckerei der "Volkswacht", erkundigte sich nach dem Druck des Flugblatts und stellte das verwunderliche Verlangen, daß er das Manuskript des Flugblatts zu sehen wünsche. Selbstverständlich lehnte man dies Begehren mit aller Höflichkeit entschieden ab, die Sozialdemokraten selbst unter solchen Umständen sich noch zu bewahren wissen.

Aus dem Hannover'schen. Die Wahlagitator wird seitens der sozialdemokratischen Partei eifrig betrieben. Sowohl im 16., als im 17., 18. und 19. Wahlkreis werden zahlreiche Versammlungen abgehalten, und überall treffen unsere Parteigenossen eine ihnen geneigte Stimmung auch bei der Landbevölkerung. So trat am Sonntag der Kandidat des 19. Wahlkreises, Schmalfeld-Bremervahren, in zwei Versammlungen, vor der Höhe und in Neuenfelde, auf und sand für seine Ausführungen den lebhaftesten Beifall der starkbesuchten Versammlungen. In der ersten Versammlung wurde Schmalfeld unterstützt von Stengele-Hamburg, in der zweiten von Weinheber-Hamburg. Gegner machten sich nicht bemerkbar; selbst Dr. Gahn, der einstige Kämpfer für Bismarck und jetzige nationalliberale Kandidat, ließ sich nicht sehen. Die Aussichten, daß Schmalfeld gewählt wird, sind günstig. Auch der Landrentier ist klar geworden, daß die Wahl Bismarck's einen Schwabenstreich erster Güte gemacht haben, der nur übertrifft werden könnte durch die Wahl des Bismarckklämpers Dr. Gahn.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Wahlbewegung ist im besten Fluss. Bisher sind vom Wahlkomitee unserer Partei allein ca. 80 Wählerversammlungen in beiden Wahlkreisen veranstaltet worden, außer den zahlreichen öffentlichen Versammlungen der sozialdemokratischen Vereine. Am vorigen Mittwoch sprach Bedel im überfüllten Saale der Tonhalle. Seine Rede machte großen Eindruck. Der Ordnungsmißwachs hatte am vorigen Sonnabend, Sonntag und Montag böse Stunden zu bestehen. Das Ministerium erließ in dem amtlichen Organe die vielermähnte Verordnung, die im unverständlichen Bureaualtenteutsch die Einsetzung der Wahlkommissare anordnete. Dabei war u. a. auch Bezug genommen auf die hiesigen einverleibten Vororte und es blieb die Ausnahme offen, daß Ministerium habe die Vororte des 13. Wahlkreises zum 12. geschlagen. Das Stimmverhältniß der letzten Wahl in den Vororten stellt sich etwa so: 21 300 sozialdemokratische und 9200 Kartellstimmen. Die Angst der Ordnungshelben ist also begründlich. In ihrer Seelenangst wandlen sie sich an das Ministerium, und dieses hat denn den Cavalen der biedereren Philister ein Ende bereitet, indem es verfügt, daß die Wahlkreis-Einteilung so bleibt, wie sie bestanden hat. Es wäre in der That zu schrecklich gewesen, wenn die Regierung mit ihrer Verfügung dem zapplenden Liberalismus den Gnadenloß verkehrt hätte. Wir aber werden alles daran setzen, daß auch bei der gegenwärtigen Einteilung der Wahlkreis unser wird. Der Sieg ist dann um so ehrenvoller. — Das "Tagblatt" meldet, es sei gelungen, den Kandidaten der Antisemiten zur Niederlegung seiner Kandidatur zu veranlassen. Jedenfalls aber wird noch ein anderer antisemitischer Kandidat aufgestellt; denn bei der letzten Wahl erhielten die Antisemiten über 2500 Stimmen, die zu zählen sie schwerlich verfehlen werden. — In den benachbarten Wahlkreisen Burzen-Dösch (11.) und Begau-Rochlitz-Lungenan (14.) liegen die Dinge für uns äußerst günstig, und es ist nicht ausgeschlossen, daß Herr v. Frege durchfällt. Die Abneigung gegen ihn ist in ländlichen Gegenden groß.

Aus Wiesbaden wird uns unterm 28. Mai gemeldet: Heute fand hier eine Volksversammlung im "Schwalbacher Hof" statt, in der Liebknecht über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Schon lange vor Beginn war kein Sitzplatz mehr zu haben und in immer größeren Scharen strömten die Genossen aus der Stadt und vom Lande herbei, um ihn sprechen zu hören. Wiederholtes donnerndes Bravo begrüßte Liebknecht und nach kurzen Begrüßungsworten seitens des Reichstags-Kandidaten Fleischmann ergriff er das Wort. Obgleich er schon vor fünfzehn Jahren hier als Kandidat aufgestellt worden sei, wäre es ihm erst heute vergönnt, seinen Dank auszusprechen und überhaupt hier zu reden. Er habe gerade ein Blatt zur Hand, den "Rassauer Boten", aus dem klar hervorgehe, wie unmanierlich die ultramontane Partei ihre Polemik führe. Sämmtliche Führer der Sozialdemokraten würden darin auf die gedächteste Weise persönlich angegriffen, indem man ihnen u. a. schände, auf Kosten des armen Mannes getriebene Selbstsucht vorwerfe. Er selbst solle einen jähelichen Gehalt von 9000 M. und einige Tausend Mark Nebeneinkommen haben. Aber dem sei nicht so. Sein festes Gehalt als Redakteur des "Vorwärts" betrage 7200 M. und von Nebeneinkommen sei wenig die Rede. Und das sei nicht viel, um allen Verpflichtungen nachzukommen, die seine Stellung erforderten und die er seiner Familie schulde. Er habe lange Jahre im Exil geschmachtet und oft genug sei der Hunger bei ihm zu Gast gewesen und 5-6 Jahre habe er im Gefängnis zugebracht. Das Gesamtegehalt, das er im Dienste der Partei bezogen habe, sei durchschnittlich so niedrig, wie es kaum einer der Anwesenden je gehabt hätte. Der rollende Stein seit sein Woss an und wer im Kampfe steht, kann nicht Reichthümer sammeln. Dann kam Redner auf die Debatte über den Zukunftsstaat, die Militärvorlage und die Judenfrage zu sprechen und schloß mit den Worten: Sorgen Sie, daß Kandidat Fleischmann gewählt wird und die sozialdemokratische Partei auch hier siegreich aus dem Kampfe hervorgeht. Nachdem Liebknecht in der Diskussion einen Antisemiten auf glänzende Weise ad absurdum geführt hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Die Versammlung war eine so gut besuchte, wie man es hier überhaupt nicht gewöhnt ist. Wir schätzten die Anwesenden auf ca. 1100 Personen, aber viele mußten wegen Mangels an Raum wieder umkehren. Die Chancen sind für uns infolge der Ferriessenheit der übrigen Parteien und speziell des Freijuns, auf den es hier ankommt, günstiger als je.

Wahlagitator in der Kirche. Die "Paffauer Zeitung" enthält folgendes "Eingekauft": "Hierdurch sei an den hochwürdigsten Herrn Bischof die ergebene Anfrage erlaubt, ob es an zuständiger Stelle bekannt ist, daß im Dom anstalt Predigten, welche das christliche Gemüth erbauen und erheben sollen, Wahreden gehalten werden, welche auf jedes christliche Herz empörend wirken, wie dieses am Pfingstmontag geschehen ist. Von verschiedenen Seiten, welche dieser Predigt anwohnten, kam uns dieses zu Gehör und wurden wir um diese Anfrage ersucht."

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 1. Juni.
Opernhaus. Ballet.
Neues Theater. Das Buch Hiob.
Die Gäste.
Berliner Theater. Dora.
Residenz-Theater. Flatterfuch (La Papillonne).
Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater.
Der Bettelstudent.
Kroll's Theater. Der Waffenschmied.
Victoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Die Directrice.
Alexanderplatz-Theater. Die Geierwally.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 182.
Doppel-Vorstellung zu einfach. Preisen.
Sensationelle Novität!
Die Directrice.
Berliner Sittenbild in 4 Akten von Erich Steffen. Regie: Max Samst.
Hierauf:
Berlin bei Nacht.
Poffe mit Gefang.
Aufführung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten: Vorstellung 1. Ranges.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Neu!
Berlin bei Nacht.
Colossal-Gruppe aus lebensgroßen Wachsfiguren.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Kunststück. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im prachtv. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 80 Pf.

Bockbrauerei Sommer-Theater
SW., Compshofer Berg.
Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 1/2 Uhr.
Täglich:
Lustspiel — Posse — Ballet und Spezialitäten 1. Ranges.
Entrée 50 Pf.
Reserv. Platz 1.—, Num. Sperrst. 1,50, Seitenloge 1,50, Loge 2 und 3 M.

Norddeutsche Brauerei.
58. Chaussee - Strasse 58.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffeeküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L.
Die Felleidigung gegen die Frau Liedrichkeit, Gerichtstr. 74, nehme ich hiermit zurück und erkläre sie als eine ehrliche Frau. Fr. Gejer, Gerichtstr. 74.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Donnerstag, den 1. Juni 1893:
Grosse
Anfang **Elite-Vorstellung.** Anfang 8 Uhr.
Besonders hervorzuheben: Die dreifache hohe Schule, geritten mit den Hengsten Excelstor, Mikado u. Herold, v. Direktor. Chevalier Roberto Alfonso, Jongleur - Malabarist. 4 Geschwister Chiarini, das Non plus ultra der Luftgymnastik. Familie Dichiani, 6 Personen, großartigste Parterre-Akrobaten. Auftreten der Damen Spampami, Leo, Renz u. Kosteletzka, des Jockeyreiters Mr. Jules und Saltomortalkreiters Sign. Felix. Die Soloflowns Gebr. Woldemann, Fantastische Musikal. Klorons Gebr. Kulper u. c. sowie Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- und Freiheitssperde. — Alles Nähere die Abendprogramme.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sängervom Bryll-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Auf. Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Schweizer-Garten
am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Pamera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Verocroa.
Im Saale: **BALL.** (4199L)

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhalde, Bergmannstrassen-Ecke.
Heute, Donnerstag, den 1. Juni 1893: **Erstes grosses Extra-Gartenkonzert**
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf. im Vorverkauf 10 Pf. Pass-partouts gelten.
Diese Konzerte finden von jetzt ab jeden Donnerstag statt. A. Frölich.

Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
Heute, Donnerstag:
Sommerfest — Bal paré.
Von 5 Uhr ab: **Elite-Konzert. Spezialit. 1. Ranges.**
U. N.: Wilh. Lüther, Kolossalmenschen. Mr. Clermont, Menagerie.
Entree 15 Pfg. 2306 **Max Weimann.**

Tabakarbeiter-Genossenschaft
(E. G. m. b. H.)
Hamburg-Gimsbüttel
Schäferstr. 17/19.
Fernsprecher Amt VI No. 513.
Nachstehend geben wir die bis jetzt eröffneten Verkaufsstellen unserer Fabrikate für Berlin und Umgegend bekannt. Wir machen darauf aufmerksam, daß unsere Fabrikate die Schutzmarke der Tabakindustrie seit ihrer Einführung tragen. 320/9

Genossen!
Wir Unterzeichneten erlauben uns hiermit anzuzeigen, daß wir unterm heutigen Tage eine
Genossenschafts-Bäckerei
unter der Firma
Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts“
am Ost-Bahnhof Nr. 3 eröffnet haben und bitten die geehrten Genossen um Unterstützung des Unternehmens.
H. Teupel, Geschäftsführer. G. Spiekermann, Kassirer.
Th. Dockow, Aufsichtsrath.

Altenberg's hem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinigung.
Anstalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. d. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art. Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 M. p. Stück. Herrensanzug gereinigt, gebügelt von 2,50 M. an. Reparaturen billig. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 8716L.*

Zahnarzt Rob. Wolf, Brunnenstr. 4 (Rosenth. Th.). Künstliche Zähne. Schmerzl. Zahnziehen u. Thozzahlung. Sprst. 8-11.

Todesanzeige.
Allen Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmeh
Oswald Steinberger,
verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Juni, Nachm. 5 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain aus, statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht:
286/18
Der Vertrauensmann,

Ostbahn-Park
am Rätliner Platz,
(Hermann Imbs)
Rittersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: **Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Pantomimisten-Truppe Garrettton, u. c. m. Tagameter-Droschkenfahrt, Mr. De Bolts, Regeer-Excentric u. c. Volksbelustigung, jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 80 Pf., referirter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmut Peters.

Etablissement Moritz-Platz, Buggenhagen.
Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u. c.
Bereinszimmer mit Piano, auch als Zahlstelle geeignet, ist noch einige Tage zu vergeb. Paul Weiß, Andreasstr. 77a.

2. Wahlkreis.
2 öffentl. Wählerversammlungen.
1. Am Donnerstag, den 1. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale **Neues Gesellschaftshaus (Reinhard), Hafenside 57.**
2. Am Sonntag, den 4. Juni, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Saale **der Viktoria-Brauerei, Köhowsstraße 111-112.**
Tagesordnung:
I. Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen. Referenten: 1. **Curt Baake.** 2. Reichstags-Kandidat **Richard Fischer.** II. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen bitten!
845/9* **Das Wahlkomitee.**

5. Wahlkreis.
Grosse Wähler-Versammlung
am Freitag, den 2. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale des **„Schützenhauses“, Linienstraße Nr. 5.**
Tagesordnung:
1. Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen. Referent Reichstags-Kandidat **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion.
Alle Wähler sind hierzu eingeladen. 413/4
Das Wahlkomitee.

Frauen und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 1. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Nagel, Schwedterstr. 23.**

Wander-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
Da unsere letzte am 25. d. Mts. einberufene Versammlung durch zu frühes Auflösen nicht tagen konnte, werden die Mitglieder und Gäste gebeten, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.
411/4 **Der Vorstand.**

Achtung! Maurer. Achtung!
Am Sonntag, den 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, in **Spitzig's Lokal, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 193:**
Öffentliche Versammlung für Friedrichsberg, Rummelsburg und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnbewegung in und um Berlin. 2. Berichterstattung vom Potsdamer Kongress. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Jeder hat Zutritt. Kollegen, erscheint Mann für Mann, es gilt die frühere Bewegung wieder aufzurichten. 243/3
Der Vertrauensmann: **Fritz Karg, Rummelsburg, Türschmidtstr. 17.**

Große öffentliche Versammlung
der in Berlin anwesenden Parteigenossen aus dem Wahlkreis **Arnsvalde-Friedeberg**
am Sonnabend, den 3. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Tempel, Langestr. 65.**
Tages-Ordnung:
Die bevorstehende Reichstagswahl und wie agitiere wir in unserer Heimat. — Parteigenossen! Erscheint alle in der Versammlung! 869/3

Achtung! Rummelsburg. Achtung!
Öffentliche Wähler-Versammlung
für Rummelsburg und Umgegend
am Sonnabend, den 3. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **H. Weigel in Rummelsburg, Goethe- und Türschmidtstr.-Ecke.**
Tagesordnung:
1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent Schriftsteller **Curt Baake.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Wähler aller Parteien sind zu dieser Versammlung eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlung statt.
837/12 **Der Einberufer.**

Schmutzige Wäsche
schnell zu reinigen.
Wäsche wird nicht mehr gewaschen.



Kroner's selbstthätiges Waschmittel!
Arbeitsersparnis
und Zeitersparnis im Haushalt.
Schonung der Wäsche.

Nur echt mit dieser Schutzmarke. 252M

Preis pro Packet 25 Pfg.
Kroner's selbstth. Waschmittel ist garantiert frei von allen scharfen Substanzen, worüber das Attest des vereideten **Gerichts-Chemikers Herrn Dr. Bein** in Berlin jedem Packet beiliegt.
Zu haben bei:
J. C. F. Neumann & Sohn, Taubenstraße 51/52.
Franz Schwarzlose, Leipzigerstraße 88, neben den Kolonnaden.
Max Schwarzlose, Königstraße 59, neben der Hauptpost.
Schwarzlose, Friedrichstraße 183.
J. C. F. Schwartz, Leipzigerstraße 112, Ecke Mauerstraße, sowie in allen übrigen Drogen-, Parfümerie-, Seifen- und Kolonialwaren-Handlungen.
Gebrüder Kroner, Berlin SW., chem. Fabrik.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Auch die zweite Breslauer Wählerversammlung, in der Schoenlant aus Berlin sprach, war überaus stark besucht. Hunderte mußten wegen Platzmangels umkehren. Der Verlauf der Versammlung war derselbe vorzügliche, wie der der ersten.

Im hessen-nassauischen Amt Usingen steht die politische Bildung noch sehr tief. Zu Pfingsten unternahm sechs Parteigenossen aus Hedderheim eine dreitägige Agitationstour dahin, die an Widerständigkeit überreich gewesen zu sein scheint. Sie schildern ihre Ergebnisse in der Frankfurter „Volksstimme“ folgendermaßen: „Unsere Aufnahme war gerade keine gute zu nennen, was in ansehnlicher Weise, daß in fast sämtlichen Orten, die wir besucht haben, noch niemals eine sozialdemokratische Stimme abgegeben wurde, ganz erklärlich war. Gleich im zweiten Ort, den wir bearbeiteten, wurde uns ein Willkommen wie: „Stromer, Bogabunden, Landstreicher, Faulenzer!“ und dergleichen mehr zugerufen. Rufe wie: „Geht ham un lest die Bibel, des is gescheiter.“ „Schitt! en e Dippe voll Wasser über'n Kopf“ wurden vielfach laut. In manchen Orten mußten wir uns schleunigst aus dem Glaube machen, um nicht eine Tracht Prügel zu bekommen. In Espa, dem letzten Ort, den wir besuchten, wurde uns bei Anführung der Listen, welche die Annahme der Militärvorlage dem deutschen Volk auferlegen würde, die Antwort zu teil: „Unsere Söhne dienen mit Stolz und wenn wir noch einmal so viel Steuern bezahlen müßten, so würden wir das mit Freuden thun. Steuern bezahlen ist für uns eine Ehrensache.“ Kaum glaublich in einer so armen Gegend! Auch wurde uns gesagt, als wir die Einwohner auf ihre schlechte Lage aufmerksam machten, welche sie auch zugaben: „Mit unserer Lage sind wir vollkommen zufrieden, weil sie uns der liebe Gott so bescheert hat.“ Diese Leute wollen nur für einen Kandidaten stimmen, der für die Militärvorlage eintritt. Trotz dieser im ganzen nicht günstigen Lage sind wir doch der Ueberzeugung, daß bei der demnächst stattfindenden Wahl auch in diesen Orten wenigstens einige Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben werden, und damit der Anfang zum weiteren Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie in diesem dunklen Gebiete gemacht ist. Wir hatten nämlich, neben den geschätzten Unannehmlichkeiten, auch wieder Erfolge, die dieses erwarten lassen.“

Die „Graphische Presse“, das in Schleuditz bei Halle erscheinende Publikationsorgan des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen, des Deutschen Senealder-Bundes, des Verbandes der Formstecher, Tapetenruder und verwandter Berufsgeoffenen etc., schreibt über die Frage: „Welcher Partei geben die Angehörigen der graphischen Berufe bei der Reichstagswahl ihre Stimme?“: „Wer nicht will, daß die Rechte des Volkes immer mehr geschnitten werden, wer nicht will, daß unser deutsches Vaterland zu einer riesigen Kaserne auf der einen und zu einem riesigen Armen- und Irrenhaus auf der anderen Seite werde, der wähle am 15. Juni einen Sozialdemokraten in den Reichstag.“

Totenliste der Partei. Im Kantonspital in Zürich starb am 16. Mai im Alter von 49 Jahren der Schneider Josef Rodius aus Mannheim. Er hat in Deutschland, besonders in Stuttgart, Ulm und München für unsere Sache gewirkt. 1887 siedelte er nach der Schweiz über, wo er bis zu seiner Erkrankung lebhaft für die Sozialdemokratie thätig war.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Von den Exemplaren der Magdeburger „Volksstimme“, worin die militärgerichtlichen Erkenntnisse gegen den Unteroffizier Begut veröffentlicht waren, ist nur je eins von der Polizei mitgenommen worden, eine Beschlagnahme also nicht erfolgt.

— Der Papierfabrikant Louis Staffel in Wippenhausen hatte den Redakteur der „Arbeiter-Chronik“, Grillenberger in Nürnberg, wegen Beleidigung verklagt, weil dieser einen Artikel aufgenommen hatte, worin behauptet war, daß der genannte Fabrikant die Arbeiter durch Versprechungen von hohem Lohn und guter Behandlung nach Wippenhausen lode; seien sie aber einmal dort, dann sähen sie, daß es ganz anders ist; er hindere die Arbeiter an ihrem Fortkommen, mache willkürliche Abzüge und dergleichen. Die Verhandlung vor dem Nürnberger Schöffengericht nahm aber einen andern Verlauf, als der Fabrikant gehofft haben wird. Durch eine Reihe Zeugen wurde erwiesen, daß der Artikel nichts weniger als übertrieben, sondern eher zu milde war. Staffel hat, wie die „Frank. Tagespost“ in ihrem Bericht mittheilt, seine Arbeiter in roher Weise beschimpft, mit Mauthschellen traktiert, aus nichtigen Gründen ihnen Lohnabzüge gemacht u. s. w. Eine Arbeiterin wurde in die Fabrik genommen mit dem Versprechen, daß sie pro Woche 12—15 M. erhalte; in der That erhielt sie 3—4 M.; ein anderer Arbeiter erhielt Reiseentschädigung, wie vereinbart; nach vier Wochen gab es Differenzen; der Mann trat aus der Arbeit und erhielt seinen Lohn; ein Dritter mußte sich ein wahrheitsgetreues Zeugnis erst gerichtl. erkämpfen etc. Das Gericht erachtete den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht und erkannte, da auch nach Form und Absicht des Artikels eine Beleidigung nicht vorlag, auf Freisprechung Grillenberger's und Ueberbürdung aller Kosten auf den Kläger.

Wegen Beleidigung der Vorsteher der Schönkirchener Knochenbrüchle war der Redakteur des „Hamburger Echo's“, Gustav Stengels, vom Schöffengericht zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Das Altonaer Landgericht setzte das Strafmaß auf 150 M. herab.

Tokales.

Unterzeichnetes Wahl-Komitee bittet alle Parteigenossen, welche sich an den schriftlichen Wählerarbeiten betheiligen wollen, ohne auf ein Entgelt dafür rechnen zu müssen, ihre Adressen bei dem Unterzeichneten abzugeben. — Namentlich diejenigen Genossen, deren Versuch ihnen die Abfassung schriftlicher Arbeiten erleichtert, werden dringend gebeten, sich uns zur Verfügung zu stellen und ihre freie Zeit, speziell des Abends, dem Dienst der Partei zu widmen.

Um sofortige Niederlegung der Adressen bittet
Das Wahl-Komitee
des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
J. A. Rob. Drescher, Linienstr. 50.

Nixdorf. Achtung! Die Parteigenossen, welche sich an der Verbreitung eines Flugblattes am Freitag, den 2. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, betheiligen wollen, werden hierdurch ersucht, sich in nachstehenden Lokalen zu melden:

1. B. Schumme, Hermannplatz 4.
2. R. Pappe, Zietenstr. 71.
3. C. Oertgen, Steinmetzstr. 34.
4. E. Biermann, Biergärwengasse, Richardplatz 10.
5. H. Biering, Kniebeckstr. 77.

Evangelisch-Soziales. Am 31. Mai, dem Tage vor dem Zusammentritt des evangelisch-sozialen Kongresses hielt im Saale der Berliner Stadtmission der Ausschuss des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands eine Sitzung ab. Ein Programmentwurf für diese Vereine lag zur Berathung vor. Die Verhandlung ist interessant, weil sie zeigt, wie ängstlich man darauf bedacht ist, alles zu vermeiden, was dem Kapitalisten auch nur im geringsten unangenehm erscheinen könnte, und wie alles darauf hinausläuft, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Der Titel des Programmentwurfs erregte zunächst die Bedenken des Pastors Lic. Weber. Ein festes soziales Programm für die evangelischen Arbeitervereine dürfe indes nicht aufgestellt werden, weil sonst gegen die Vereinsgesetzgebung verstoßen würde. Er empfehle daher den Titel: „Grundlinien für ein evangelisch-soziales Friedensprogramm als Anhalt für Vorträge und Diskussionen in Arbeitervereinen.“

Pastor Raumann bemängelt das Wort Friedensprogramm, das nach Bemängelung ausfähe. Pastor Kalenbed findet den Ausdruck sehr passend, da doch ein friedliches Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstrebt werde. Freilich scheine damit nicht vereinbar, wenn in dem Programm-Entwurf verlangt werde: „Einführung gesetzlich anerkannter Gewerkschaften und Sicherung des vollen Koalitionsrechtes der Arbeiter.“ Das sehe doch nach Begünstigung des Streiks (H) aus.

Auf diese Ausrufung einigten sich die vorsichtigen Herren dahin, daß nicht jeder Streik unbedeutend sei, daß aber die evangelischen Arbeitervereine mit aller Macht gegen unbedeutende Streiks seien. Dr. Lorenz bemerkt dabei, daß er das, was er seiner Zeit in seinem „Handbuch für evangelische Arbeitervereine“ über Streiks ausgeführt hat, jetzt als unhaltbar anerkenne.

Als Gäste nehmen hier das Wort Geheimrath Wagner und Landesökonomierath Robbe. Ersterer warnt vor Frontmachen gegen die Streiks im Allgemeinen; was hätten denn die Arbeiter für ein anderes Mittel als die Streiks, um ihre Lage zu verbessern?

Kandidat Ebert ist gegen das Wort Friedensprogramm: in Hamburg, seinem Wohnorte, würden die Sozialdemokraten die Evangelisch-Sozialen damit anlachen. (Das thun sie auch so.)

Da Geh. Rath Wagner eine Erklärung zu den finanziellen und Steuerfragen in dem Programm vermisst hatte, schlug Pastor Krudt vor: Forderung einer in geometrischer Progression steigenden Einkommensteuer, Aenderung des Erbrechts und neben Minimal-Einkommen auch Festsetzung eines Maximal-Einkommens. Da warnte aber sofort Herr Geheimrath Wagner vor Eingehen in Einzelheiten, und es wurde nun der ganzen Anregung weitere Folge nicht gegeben.

Eine weitere Diskussion schließt sich an den Satz des Programms: „Wir halten es für unsere Pflicht, die im Großbetrieb beschäftigten Arbeiter im Kampfe um die Erhöhung und Veredelung ihrer Lebenshaltung . . . zu unterstützen.“

Lic. Weber beantragt, statt Kampf zu setzen: Streben. Pastor Kalenbed meint, wenn die Herren für „Kampf“ seien, so bedeute das einen Bruch mit der bisherigen Praxis der evangelischen Arbeitervereine.

Ein Breslauer Prediger wirft ein: „Wenn wir „Kampf“ sehen lassen, jagen wir in Schrecken die Arbeitgeber aus unseren Vereinen.“

In der Abstimmung wird das Wort „Kampf“ mit 19 gegen 12 Stimmen und auch ein Vermittlungsvorschlag: „Berechtigter Kampf“ mit 16 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Bei der Forderung des Programms: „Angemessene Kürzung der Arbeit (Maximal-Arbeitszeit)“ wünscht Lic. Weber: Regelung statt Kürzung.

Kandidat Ebert-Hamburg ersucht um Aufnahme des Achtstundentages. Wenigstens solle es als letztes Ziel gesetzt werden; die Forderung sei doch ungemein beliebt. Eisenbahnsekretär Schulte wünscht Aufnahme der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung in das Programm.

Generalsekretär Göhre erklärt sich hiergegen. Die Nationalökonomie stehe auf dem Gebiete der Arbeitslosen-Statistik noch zu sehr im Anfange.

Dietrich (selbständiger Handwerker): Die Aufnahme der Forderung: „Kürzung der Arbeitszeit“ werde bei den Arbeitgebern Mißverständnisse hervorrufen. Die Arbeitszeit regelt sich durch Angebot und Nachfrage.

Pastor Raumann hält die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung auch nicht für reif und ist auch nicht für die Aufnahme des Achtstundentages. Dasselbe sehe zu sehr nach einem Hand-in-handgehen mit der Sozialdemokratie aus, wenn er selbst auch für den Achtstundentag sei.

In der Abstimmung wird das Wort Kürzung mit 16 gegen 15 Stimmen angenommen. Nach kurzer Diskussion wird die Forderung von 36 Stunden Sonntagruhe angenommen. Pastor Raumann hatte dazu bemerkt, daß in der betreffenden Reichstags-Sitzung die sozialdemokratische Fraktion die einzige war, welche für die vollen 36 Stunden stimmte; alle bürgerlichen Parteien hätten dagegen gestimmt.

Die Aufnahme des Befähigungsnachweises in das Programm wird abgelehnt. Die Programmberathung schließt mit einer Diskussion darüber, ob neben Förderung der Liebe zu Kaiser und Reich auch noch zu „Fürst und Vaterland“ gesetzt werden soll, was in der Abstimmung gegen 6 Stimmen angenommen wird.

Stadtpfarrer Traub-Stuttgart vertritt dann den Antrag des württembergischen Verbandes: „Der Gesamtverband erklärt seine Zustimmung zu den Gedanken, welche Paul Lehler über die Lösung der Wohnungsfrage in einer Broschüre niedergelegt hat. Dabei setzt der Gesamtverband voraus, daß dem Arbeiter der ihm in eigenen Angelegenheiten zukommende Einfluß zuerkannt und gesichert bleibe.“ Redner bemerkt, daß auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge private Maßnahmen eine Besserung schwerlich erzielen könnten; auch Pastor Bodelschwingh habe ihm mitgeteilt, daß er diese Hoffnung ausgegeben habe.

Kandidat Ebert-Hamburg tritt lebhaft für Förderung der bereits vorhandenen Baugenossenschaften ein. Jede Lösung der Arbeiterwohnungsfrage auf eine andere Weise, als daß den Arbeitern Eigentum an Grund und Boden gegeben werde, sei verfehlt. Die Gelder der Invalidenversicherungsanstalten müßten den Baugenossenschaften gegeben werden. Damit werde sich dann in einigen Jahren sehr viel erreichen lassen. Er wisse, daß bereits mit den Sozialdemokraten Unterhandlungen gepflogen sind, ob sie dann in die Genossenschaften eintreten wollten. Auf diese Weise müßten die Sozialdemokraten auf den gefährlichen Boden gedrängt und darauf festgehalten werden.

Fabrikant Paul Lehler: Die Frage lasse sich auf privatem Wege nicht mehr lösen; eine über ganz Deutschland ausgebreitete Organisation führe besser zum Ziele. Wo indessen Baugenossenschaften bereits gegründet seien, da sollten diese auch weiter wirken.

Der Antrag Traub wurde schließlich mit dem Zusatz angenommen: „Der Ausschuss behält sich vor, der Regelung der Grund- und Bodenfrage besonders näher zu treten. Von dem Beschlusse soll sämtlichen deutschen Ministerien Kenntniß gegeben werden.“

Die Mitglieder, welche dem evangelisch-sozialen Kongress an-

gehören, wurden beauftragt, dahin zu wirken, daß dieser nächstes Mal in Süddeutschland zusammentrete.

Einem Antrage des Bezirksverbandes Rassel, für nachhaltige staatliche Unterstützung der Baugenossenschaften einzutreten, wird zugestimmt.

Ebert-Hamburg führt noch aus: die Evangelisch-Sozialen müßten versuchen, in die sachvereinlichen Organisationen der Sozialdemokraten einzutreten, was zunächst durch Vordringen in dem Rassenwesen zu geschehen habe. Durch Gründung von Zuschuß-Lassen werde man vielleicht im Stande sein, die in den Händen der Sozialdemokraten befindlichen freien Rassen matt zu setzen.

Hierauf wurde eine Kommission von fünf Pfaffen gewählt zur Auswahl neuer Bundeslieder für das Niederbuch der evangelisch-sozialen Arbeitervereine. Nachdem dann noch das bisherige geschäftsführende Komitee wiedergewählt und um einige Mann verstärkt worden war, wurden die Verhandlungen mit dem unvermeidlichen Gebet geschlossen.

Die Angst unserer Gegner vor den geistigen Waffen zeigte sich, für Jedermann ersichtlich, auch wiederum in der am 30. Mai Abends im „Gästehaus“ zu Friedrichshagen stattgehabten Versammlung der konservativen und gemäßig liberalen Wähler, welche durch das zahlreiche Erscheinen der Sozialdemokraten zu einer „großen“ geworden war. — Da der gemeinsame Reichstagskandidat der „Konservativen und gemäßig Liberalen“, Prof. Dr. Jzmer, dessen Rede sich nicht im geringsten über das Niveau der seitlichen Phrasen der konservativen Wahl-Literatur erhob, besonders stark in „Antisemitismus“ machte und sich dabei — von häufigen Zwischenrufen unterbrochen — schließlich in den gewohnten Anspielungen und persönlichen Angriffen auf Stadthagen, Singer u. a. erging, verlangten einige Genossen, besonders Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlkomitees, das Wort. Aber weder eine Erwiderung auf die Angriffe, noch eine allgemeine Diskussion wurde von den „muthigen“ Gegnern zugelassen und die an Professor Dr. Jzmer unter Versicherung vollster Redefreiheit persönlich gerichtete Einladung, in unserer nächsten Versammlung am künftigen Sonnabend zu erscheinen und dort seine Verdächtigungen und Angriffe zu wiederholen, lehnte der tapfere konservativ-liberal-antifemische Mischmasch-Kandidat von vornherein ab. — Selbst manchem Anhänger gestiel das Abschneiden der Diskussion nicht. Interessant war noch die Erklärung von Jzmer auf die gelegentlich seiner Verherrlichung von Bismarck ertönenden Zurufe hin, daß er nur den Bismarck von 1849 gemeint habe, nicht den heutigen. — Dies genügt wohl zur Charakteristik. Die Antwort auf solches Gebahren wird am 15. Juni gegeben werden.

Von den Antisemiten nimmt das amtliche „Zeltower Kreisblatt“ keine Inzerate mehr auf. Das Kreisblatt erklärt dies wie folgt: „Der Verleger glaubt es mit seiner entschiedenen Stellung zur konservativen Sache nicht vereinigen zu können, in den redaktionellen Spalten mit aller Wärme für den konservativen Kandidaten einzutreten, und im Inzeratenheile „gegen Bezahlung“ dem Gegner desselben Vorschub zu leisten.“ — Wir erinnern uns aber — so bemerkt dazu ein anderes Vorortblatt —, daß noch bis vor kurzem gerade im redaktionellen Theile des „Zeltower Kreisblattes“ die schönsten Nekrolog-Artikel für den Antisemitismus erschienen sind.

Unbekannte Wohlthäter, schreibt uns ein Solalberichter, versehen die Vorortblätter des Niederbarnimer Kreises in diesen Tagen mit Druck-Beilagen, welche sich Reichstagsler Graf von Caprivi und die Wehrfrage“ (aus den Reden des Reichstagslers in der Reichstagsession 1892/93) betiteln. Sehr komisch wirken die einzelnen Kapitel-Überschriften des Druckwerkes, die sensationell aufgedunsen, lebhaft an die Kapitelfanfänge eines Schauerromans erinnern. Da heißt es u. A.: „Die Franken fliegen über unsern Hof“, oder „Väter und Söhne; schwere Zeiten und ein kleines Geschlecht!“ Sollen wir unsere Grenzprovinzen preisgeben? Vertheidigungskrieg heißt das Schreckliche des Krieges im eigenen Lande.“ „Landwehrrufen, paßt auf! Die verkrüppelte Wehrpflicht.“ Ein Beispiel dafür, was wir durch die Verweigerung erreichen. Die Redaktionen.“ — Als Druck- und Verlag dieses sonderbaren Agitationsflugblattes ist W. Möser, Berlin, Stallschreiberstraße 34/35, angegeben.

Auf Veranlassung des Kultusministers werden im Institut für Infektionskrankheiten hier selbst von Mitte Juni d. J. ab unentgeltliche Vorlesungen für praktische Ärzte über Cholera abgehalten werden. Jeder Cyklus dieser Vorlesungen ist auf eine Woche und auf täglich zwei Stunden berechnet. Es können dazu etwa 50 Zuhörer zugelassen werden. Anmeldungen wolle man an den Direktor des Instituts, Geh. Medizinalrath Koch, Chariteest. 1 hier selbst, richten.

In der Juni-Session des Schwurgerichts am Landgericht I wird der Landgerichts-Direktor Hoppe den Vorsth führen. Unter den zur Verhandlung anstehenden Sachen befindet sich auch die Anklage gegen den Schriftsteller Johannes Berndt wegen verübten Mordes. Auch die Anklagesache gegen den Steuerheber Kluth wird das Schwurgericht noch einmal beschäftigen, da die Revision des Angeklagten in einigen Punkten von Erfolg gewesen ist.

Eine Nacht im Kirchthurm zugebracht haben kürzlich hier fünf Kinder aus der Müllerstraße. Der 17 Jahre alte Gymnasiast A., dessen Vater ein in den Ruhestand versetzter Eisenbahnbeamter ist, holte am Sonntag Nachmittag kurz vor 6 Uhr die 17- und 13jährigen Töchter und den 13 Jahre alten Sohn des Sekretärs Sch. aus der elterlichen Wohnung zu dem Gottesdienste in der Neuen Nazarethkirche ab. Ihnen schloß sich die 17jährige Tochter der Witwe M. an. Nach dem Gottesdienste stieg die kleine Gesellschaft mit Erlaubniß eines Kirchendiener's auf den Thurm bis zur Glockenstube und ergögte sich an der schönen Aussicht. Als die Kinder wieder hinabsteigen wollten, merkten sie, daß sie eingeschlossen waren. Sie mußten daher einige lange Nachstunden in dem Thurme zubringen, bis es ihnen bei Tagesanbruch gelang, sich nach außen hin bemerkbar zu machen und die Befreiung aus dem Thurme zu bewirken.

Dem Dienstmädchen Elli B. ist es offenbar ernst um den Selbstmordversuch gewesen, den es vorgestern aus noch nicht aufgeklärten Gründen gemacht hat. Die B. hat zuerst eine Dosis Schweinsfurter Grün verschluckt, darauf sich die Fußtädern aufgeschnitten und ist schließlich aus dem zweiten Stockwerk auf den asphaltirten Hof gesprungen, wo man sie schwer verletzt gefunden hat. Als die B. im Krankenhaus eingeliefert wurde, befand sie sich noch am Leben.

In dem Selbstmörder, der am Montag im Westender Forst erschossen aufgefunden wurde, ist der Militärspekulationshändler und Reisende der Liqueurfabrik von J. Burghelm Nachfolger in Stettin, Otto Nielsen, der mit seiner aus der Ehefrau und zwei Kindern im Alter von neun und fünf Jahren bestehenden Familie im ersten Stock des Hauses Alte Leipzigerstraße 21 wohnte, ermittelt worden. Die Veranlassung zu seinem freiwilligen Tode scheint in dem schlechten Gange seines Geschäftes gesucht werden zu müssen. Nielsen hat oft

von dem geringen Kassenbestande zu seiner Gattin gesprochen und in der letzten Zeit Zeichen von Schwermuth zur Schau getragen. Als er am Montag fortging, um angeblich zu erforschen, ob er in einer Zeitung jemand für ein von ihm abzuvermietendes Zimmer fände, verabredete er sich von der Ehefrau mit den Worten: „Adieu, Mama“, ohne sie indessen dabei anzusehen. Die Waise muß er sich eigens zu dem Zwecke gekauft haben.

Bezüglich eines entführten Kindes werden eingehende Nachforschungen nach einer angeblichen Frau Lofser aus Amsterdamm angeheilt. Auf eine Annonce, daß ein armes Mädchen ein Kind verschleppen wolle, ist am 8. d. M. das 3/4 Monat alte Mädchen Johanna Tegel von der Frau Klähn, Zwinglistr. 20, wo es in Pflege war, von einer fremden Person, die sich Lofser nannte, abgeholt worden und seitdem verschwunden. Die betreffende Frau war klein und schwächlich, dunkelblond und hatte ein blaßes Gesicht, das auffällig mit Podennarben bedeckt war, wie trotz des Schleiers deutlich wahrzunehmen war. Sie trug ein rothes Mieder, darüber einen kurzen hellgrünen Kragenmantel und einen schwarzen steifen und niedrigen Männerfilzhat. Ihre Sprache war langgezogen und singend. Eine unbekante Frau, angeblich aus Nixdorf, hat vorher angezeigt, daß die Lofser das Kind abholen werde. Ein an die vorgebliche Lofser nach Amsterdamm gerichteter Brief ist als unbestimmbar zurückgekommen.

Vom Stadtbahnzuge gerammt wurde am Mittwoch Morgen gegen 6 Uhr in der Nähe des Wohnhofes Zoologischer Garten ein Streckenarbeiter, der bei dem Umbau des Stadtbahnkanals, beschäftigt war. Er wollte am Mittwoch Morgen zwei Minuten vor 6 Uhr, nachdem er Hut und Ueberzieher abgelegt, die Bahngleise überschreiten, um sich nach der Arbeitsstelle zu begeben, bemerkte dabei aber nicht, daß der Bahnkörper gerade hier eine scharfe Kurve beschrieb, daß ein Nordringzug vom Zoologischen Garten herandrängte. Der Arbeiter wurde von der Maschine erfaßt und die Räder derselben gingen über beide Beine des Unglücklichen fort und schnitten solche buchnäblich bis zum Knie ab. Außerdem wurden dem Verunglückten der Zeigefinger der linken Hand abgetrennt und er litt er noch infolge des Sturzes eine schwere Kopfverletzung; in besinnungslosem Zustande wurde der 35jährige Mann, in welchem der Streckenarbeiter August H. festgestellt wurde, mittels Krankenforders nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Das Unbeaufsichtigte Verbleiben von Kindern in der Wohnung, hat wiederum traurige Folgen gehabt. Am Dienstag Nachmittag ging die Mantelkassette 39 wohnende Frau Hegener auf kurze Zeit fort und ließ ihren fünfjährigen Sohn bei seinem im Bett schlafenden 2 1/2 Jahre alten Schwesterchen allein zurück. Der Knabe hat nun mit Streichhölzern gespielt und dabei wahrscheinlich ein brennendes Jändholz auf das Lager des jüngsten Kindes geworfen. Die Betten standen alsbald in Flammen. Durch den sich entwickelnden Qualm und das Kindergeschrei herbeigekommen, eilten Nachbarn in die Wohnung, und gleich darauf trat auch die Mutter ein. Es gelang noch, das Kind zu retten, doch hat es im Gesicht und am Körper derartige Brandwunden davongetragen, daß seine Ueberführung nach Bethanien erforderlich wurde.

Eine Bluttat ist gestern Morgen in dem Hause Frankfurt Allee 127 verübt worden. Dort wohnt der Schuhmacher W. G. mit seiner seit Jahren gelähmten Frau und zwei Töchtern im Alter von 13 und 9 Jahren. Er wird als ein ordentlicher und fleißiger Mann geschildert, der jedoch zeitweise an Wuthausfällen leide. In solchem Zustande wendet er sich dann gegen die fränke Frau, während er die Kinder gut behandeln soll. Als gestern Morgen um 8 Uhr die 13jährige Tochter aus dem Konfirmandenunterricht nach Hause kam, fand sie die Mutter im Bett liegen, während der Vater sehr erregt und Thränen vergießend auf einem Stuhle saß und das Kind gleich wieder fortjagte, um Einkäufe zu machen. Etwa eine halbe Stunde später kehrte das Mädchen zurück. In der Hausthür trat ihm der Vater entgegen und ließ ohne Stoppbedeutung die Straße entlang in der Richtung nach der Spree. Als das Kind in die Stube trat, fand es die Mutter mit schweren Kopfverletzungen liegend vor. Die Wunden waren mittels eines Schusterhammers beigebracht worden. Die Frau wurde besinnungslos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Der Mann ist bisher in die Wohnung nicht zurückgekehrt; es scheint nicht ausgeschlossen, daß er Hand an sich gelegt hat.

Die Sammelliste Nr. 15 zum sozialdemokratischen Wahlkassensatz für den Leitow-Beetlow-Storlow-Charlottenburger Wahlkreis ist am Montag, den 28. d. M., in Berlin verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe in der Expedition des „Vorwärts“, Weuthstraße 3, abzugeben.

Polizeibericht. Am 30. v. M. Morgens versuchte ein Mädchen in der im 2. Stock des Hauses Steglitzerstr. 79 belegenen Wohnung seiner abwesenden Dienstherrschaft sich das Leben zu nehmen, indem dasselbe sich die Pulsadern öffnete, darauf Gift (anscheinend Schweinsfurter Grün) nahm und sich dann auf den Hof hinabstürzte. Das Mädchen wurde noch lebend nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Vormittags wurde ein Droschkentaxi in seiner Wohnung, in der Memelerstraße, erhängt vorgefunden. — Auf der Bahnhofsung in der Straße Alt-Moabit wurde Mittags die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Nachmittags gerieth der Dachstuhl des Neubaus Alt-Moabit 89 in Brand und wurde zum großen Theil zerstört. — Außerdem fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Genosse Stadthagen hatte sich gestern vor der Strafkammer des Landgerichts zu Sagan wegen angeblicher Beleidigung des dortigen Polizei-Inspektors, verübt bei Gelegenheit einer Rede am 31. Juli 1892 (Nachwahl in Sagan-Sprottow), zu verantworten. Der Polizei-Inspektor hatte den Redner unterbrochen und verlangt, daß die anwesenden Frauen aus dem Saal entfernt würden, widrigenfalls er zur Auflösung schreiten werde. Um eine Auflösung zu vermeiden, wurden die Frauen entfernt. Stadthagen führte dann an, daß Beschwerden eingelegt werden würde und fehle, an den Verfall anknüpfend, daß Weiteren auseinander, daß allein die Sozialdemokratie alle Verantwortlichkeit der Beamten — mögen dieselben auch nicht absichtlich, sondern nur aus Unkenntnis das Gesetz verletzt haben, zu dessen Schutz sie angestellt seien — verlange. Aus den nun folgenden Weisungsbelegungen schlossen der Polizei-Inspektor, zumal vieler Blide sich auf ihn richteten, und andere Zeugen, daß er habe beleidigt werden sollen. Der Polizei-Inspektor meinte in der Gerichtsverhandlung, seine Aufforderung sei berechtigt gewesen, da der Enderuser der öffentlichen Versammlung Vorsitzender des Wahlvereins gewesen wäre. Der Staatsanwalt beantragte dreihundert Mark Geldstrafe, Stadthagen begehrte Freisprechung. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß von einer Beleidigung, zu der er übrigens, wenn ihm die Person des Polizei-Inspektors nicht sehr gleichgültig gewesen wäre, wegen der nicht ganz höflichen Unterbrechung der Rede Veranlassung gehabt, keine Rede sein könne. Schlimmstenfalls bitte er Beweis darüber zu erheben, ob die Versammlung als öffentliche Wählerversammlung einberufen war. War dies der Fall, wie er annehme, so folge aus § 21 des preussischen Vereinsgesetzes und § 17 des Wahlgesetzes zweifellos, daß der Beamte mit Unrecht die Frauen entfernt und mit Auflösung gedroht habe. Danach müsse gegen den Beamten nunmehr das Strafverfahren eingeleitet

werden. Erst nach Beendigung desselben könne dann gegen ihn weiter verhandelt werden, wenn nicht ohne weitere Verhandlung aus Freisprechung erkannt würde. Das Gericht sprach darauf ohne weitere Beweisüberlegung frei, weil aus den von dem Zeugen angeführten Momenten auf eine Beleidigung nicht zu schließen sei. — Gestern hatte sich Stadthagen vor dem Landgericht Berlin II wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, Beleidigung des Polizei-Präsidenten in bezug auf das „Komplotz gegen die Arbeiterklasse“ und wegen Beleidigung des Potsdamer Regierungspräsidenten zu verantworten. Am 6. Juni sieht gegen ihn Termin wegen Beleidigung eines Landgerichtsdirektors aus Anlaß einer Verteidigung in Konig an. Am 19. Juni soll gegen ihn und dem Redakteur Fischer in Hamburg der Prozeß Roman in Hamburg verhandelt werden. Ueberdies schweben vor dem Landgerichte Zörgau, Stendal, Magdeburg und Berlin einige aus Anlaß von öffentlichen Reden und aus Anlaß der Verteidigungen Peuß und Frische und Genossen gegen Stadthagen erhobene Anklagen. Etwa sechs andere Anklagen sind abgelehnt.

Eine für die gesamte Presse wichtige Entscheidung in Sachen des Zeugnisschwanges bei Prozeßvergehen fällt am 8. Mai d. J. der Strafkammer des königlichen Kammergerichts zu Berlin. Die Strafkammer des Landgerichts zu Potsdam hatte am 7. April d. J. die Schriftsteller-Brüder Adolph Chemnitz und Karl Rottstock, welche in der Buchdruckerei der Potsdamer Nachrichten thätig sind, durch Beschluß in je 50 M. Ordnungstrafe event. zehn Tage Haft wegen unberechtigter Zeugnisverweigerung genommen, weil sie, gestützt auf die neuere Reichsgerichts-Entscheidung, der zufolge bei Beleidigungen durch die Presse die Segher eines inkriminierten Artikels mit verantwortlich gemacht werden können, ihre Aussage darüber, ob ihnen der Verfasser eines beleidigenden Artikels bekannt sei, verweigerten. Auf die Beschwerde der beiden Belehrlinge hat nun das Kammergericht den Beschluß der Strafkammer aufgehoben, indem es ausführt, daß die Beschwerdeführer im Hinblick auf die fragliche Reichsgerichts-Entscheidung wohl berechtigt gewesen seien, auf Grund des § 64 des Straf-Prozessordnung (Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung im Falle der Beantwortung der Fragen) das Zeugnis zu verweigern. Die Konsequenz dieses Beschlusses ist die, daß in Zukunft zur Ermittlung des Verfassers eines Zeitungsartikels, in welchem eine strafbare Handlung erlitten wird, nicht mehr das Personal der Druckerei wird herangezogen werden können.

Bei der Verhandlung von Anklagen wegen Uebertretung der Polizeiverordnung betr. den Verkehr in Schauplätzen mit weiblicher Bedienung wird von den Gastwirthen häufig der Einwand erhoben, daß sie nicht verantwortlich gemacht werden können, weil das Placieren der Kleinerinnen an den Tischen der Gäste u. in ihrer Abwesenheit geschehen sei. Das Schöffengericht hat gestern wieder einmal in der Lage, einem Gastwirthe begreiflich zu machen, daß ein solcher Einwand nicht durchgreifen könne. Wenn der Gastwirth aus seinem Geschäft abwesend sein müsse, so habe er die Pflicht, einen zuverlässigen Stellvertreter, der dann seinerseits verantwortlich werde, zur Oberaufsicht über den Geschäftsbetrieb einzusetzen. Wenn er dies nicht thue, so müsse er entweder sein Lokal schließen oder die in seiner Abwesenheit vorgekommenen Verhältnisse auf sein Konto übernehmen.

Ein zwanzigjähriger Messerstecher wurde gestern der achten Strafkammer des Landgerichts I in der Person des Schriftführers Martin Schulz vorgeführt. Am Abende des verflohenen Palmsonntags kam Schulz mit seiner „Braut“ und einer ganzen Anzahl gleichaltriger Freunde von der Hasenheide. In der Bergmannstraße begegneten ihnen vier ältere Leute. Schulz rebete sie im Vorübergehen mit den Worten an: „Was seid Ihr denn für Lausche?“ Als einer der Angeredeten sich dies verbat, war die gesuchte Gelegenheit zu einer Mausei vorhanden. Schulz ließ den vier Personen, die in zwischen weiter gegangen waren, mit den Worten nach: „Die Jungens muß ich mit kaufen.“ Er hieb ohne weiteres einen der Männer ins Gesicht. Dieser wehrte ihn mit seinem Stock ab. Jetzt kam die ganze Kotte, die sich in der Begleitung des Angeklagten befanden, angefüllt und es entspann sich eine allgemeine Schlägerei. Schulz hieb mit gekümmtem Messer auf seine Gegner ein, einem derselben brachte er vier Stiche in Kopf und Rücken bei. Im Termine entschuldigte sich der Angeklagte mit Trauerheil. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Raubhieb eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, der Gerichtshof beschloß aber die Jugend des Angeklagten und beließ es bei einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Ein Lotteriegewinn hat einen armen Bäckergehilfen in einen schweren Verdacht und ins Gefängnis gebracht. Ein dritter Versicherungsgenosse betreibt nebenbei einen Handel mit Lotterielosen, darunter auch sächsischen. In seine kleine Kollekte fiel bei der letzten Hauptziehung der sächsischen Lotterie ein Hauptgewinn von 100 000 M. An dem betreffenden Gewinnloose war ein blutarm junger Bäckergehilfe mit einem Zehntel theilhaftig. Nach Abzug der Procente erhielt derselbe 8500 M. ausgezahlt. Ohne Rücksicht auf die „vielen Gelde“ hin solle, damit es ihm nicht geföhnen werde, gab er seiner Braut, einem ehelichen Dienstmädchen, 7500 M. zur Aufbewahrung, in dem herrschaftlichen Hause hielt er das Geld für sicherer geberger, als in seiner Wadstube. Die Braut vermochte sich jedoch auch nicht wohl in die Rolle des Schatzhüters zu finden, das Geld machte sie ängstlich, deshalb hat sie ihre Herrschaft um Aufbewahrung unter der Angabe, dasselbe stamme aus einem Lotteriegewinn ihres Bräutigams. Die Herrschaft setzte Mißtrauen in diese Angabe; in Berlin passiren so viele Verbrechen und die Verdreher wissen mit großem Raffinement ihre Leute in der harmlosesten Weise in unerdächtigen Händen unterzubringen. Konnte das Geld nicht aus einem Einbruche oder gar aus schlimmeren Verbrechen stammen? Diese Erwägungen veranlaßten die Herrschaft, sofort die Kriminalpolizei zu benachrichtigen. Diese griff den Faden eilig auf, die Dienstmagd wurde vernommen und als sie den Namen ihres Bräutigams genannt, wurde bei diesem eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dabei wurden in einem alten Kiste, der in der Wadstube hing, lose in der Tasche stehend, noch 900 M. in Papier und Gold gefunden. Der Geselle erklärte den Besitz mit seinem Lotteriegewinn, da er aber das Loos nicht vorzeigen konnte — dasselbe hatte selbstverständlich der Kollekteur bei der Auszahlung des Geldes an sich genommen — so glaubte ihm die Polizei nicht, er wurde nach dem Präsidium geführt und in vorläufiger Haft behalten, bis der Kollekteur zur Stelle geschast war und den realen Erwerb des Geldes brühätigt hatte. Nunmehr hat der glückliche Gewinners gemeinsam mit dem Kollekteur noch eine Anklage wegen Spielens in einer verbotenen Lotterie zu erwarten.

Dem Kammergericht liegt zur Zeit die Entscheidung der Frage ob, ob die Herausforderung zum Zweikampfe, welche ein Zivilbeamten an seinen Dienstherrn richtet, einen ausreichenden Grund zur außerordentlichen sofortigen Entlassung eines Zivilbeamten bildet. Diese Frage ist in einem Zivilstreitverfahren aufgeworfen worden, welches zwischen dem Grafen von Hedern und seinem früheren Forstmeister G. B. Berthold, zur Zeit königl. Forstassessor in Neuhausen bei Minden, entstanden ist. Der Prozeß — welcher am Dienstag von dem achten Zivilsenate des Kammergerichts entschieden werden sollte — hat folgende altentmähliche Vorgeschichte. Als der alte Graf von Hedern starb und sein Neffe, der jetzige Graf, die bedeutenden Besitzungen erbte, bestellte dieser den Herrn Brunner als Generaldirektor und seinen Freund, den Forstassessor Berthold,

als Forstmeister, den einen als Verwalter der Güter, den anderen als Oberleiter seines ausgedehnten Forstwesens. Daraus entwickelte sich zunächst ein Konflikt mit dem Oberförster Kauffmann, welcher vom alten Grafen testamentarisch für Lebenszeit als selbständiger Oberförster in Venke angestellt worden war und sich in dem neuernannten jugendlichen Forstmeister einen Vorgesetzten nicht aufstrotzen lassen wollte. Es kam zu einem langjährigen Prozesse, dessen Aussichten hin und her schwanken; zwei mal durchwanderte der Prozeß alle Instanzen bis zum Reichsgericht, und als sich die Sache für den Oberförster K. sehr günstig gestaltete, ließ sich Graf Hedern zu einem (für den Gegner) sehr günstigen Vergleich herbei. Generaldirektor Brunner und Forstmeister Berthold hatten ihrem Herrn, dem Grafen, in dem Konflikt mit Oberförster K. fest zur Seite gestanden. Beide erreichte sehr bald ebenfalls das Geschick. Direktor Brunner wurde ebenfalls entlassen, klagte und erstritt sich im Vergleichswege eine lebenslängliche Pension. Dann kam der Jugendfreund, Forstmeister Berthold, an die Reihe. Der Herr Graf schrieb einen Brief an seinen neuen Generaldirektor Hahn, in welchem er schwere Vorwürfe gegen den Forstmeister erhob und denselben sogar den Bruch des Ehrenwortes vorwarf. Als Direktor Hahn dem Forstmeister Vorhaltungen machte, kam es zu einem erregten Disput und um die Vorhaltungen zu begründen, ließ sich der Direktor in der Aufregung hinreißen, dem Forstmeister den Brief des Grafen im Original vorzulegen. Das mag eine Indiskretion gewesen sein, jedenfalls aber erhielt der Forstmeister Kenntniss von dem für ihn nicht bestimmten Wortlaute des Briefes. Der Forstmeister schrieb darauf an den Grafen, daß es zum Ausgleich der Differenzen nur den einen Weg gebe, daß der Graf die Vorwürfe zurückziehe und in Gegenwart von Zeugen seinen Irrthum bedauere, widrigenfalls er — der Forstmeister — die Angelegenheit dem militärischen Ehrengericht unterbreiten müsse. In dieser Drohung mit dem Zweikampfe als letzter Konsequenz fand der Graf einen Grund mehr, den Forstmeister vom Amte zu suspendiren. Später haben sich alle erhobenen Vorwürfe gegen den Forstmeister als hinfällig erwiesen, da aber anderweitige Genugthuung nicht folgte, forderte der Forstmeister den Grafen, es kam zu einem Pistolenduell, welches jedoch unblutig verlief. Der Forstmeister hat nun den Grafen zunächst wegen des Schalles für die nächste Zeit nach der Entlassung (Theilforderung) verklagt und vor dem Landgericht, welches alle Einwendungen des Grafen für hinfällig erklärte, ein obliegenden Urtheil erstritten. Auf die Berufung des Grafen hob das Kammergericht das erste Urtheil auf und erkannte auf Abweisung des Klägers, weil in der Herausforderung ein grober Verstoß gegen die pflichtschuldige Hochachtung dem Dienstherrn gegenüber liege. Das Reichsgericht hat dagegen wiederum das Urtheil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung in die Vorinstanz jurisdiktorverwiesen, weil zu prüfen sei, ob der Herausforderung zum Zweikampfe nicht Umstände zu Grunde liegen, welche diese Handlung in mildem Dichte oder gar als berechtigt erscheinen lassen. Um diese Frage bewegte sich die Verhandlung. Justizrath Stubenrauch hob als Vertreter des Forstmeisters hervor (die Gegenpartei vertrat Justizrath Wille), daß beide Gegner Neutnant der Reserve seien und sich dem Ehrenkodex des Offiziersstandes unterwerfen müssen. Hätte sein Klient die Beschuldigungen auf sich sitzen lassen, würde er mit schlichem Abschied entlassen und damit als ehrlos erklärt worden sein. Der Senat kam jedoch noch nicht zur Fällung des Schlussurtheils. Die Verkündung desselben wurde auf den 7. Juni angeetzt.

Soziale Ueberblick.

Herr Karl Flegel, Zylinderfabrikant, Straßburgerstr. 29, theilt uns mit, daß er seine Arbeiter nicht entlassen habe; dieselben hätten vielmehr die Arbeit niedergelegt, weil er „den von ihnen gestellten Lohnforderungen zu entsprechen nicht im Stande“ sei. Er brauche aber Gott sei Dank niemanden Sklave zu sein und werde ruhig abwarten, bis ihm Gelegenheit werde, Wahl zu treffen unter den zur Zeit bei ihm um Arbeit Nachsuchenden. Die Streikenden werden hoffentlich den Herrn Flegel nicht allzu tragisch nehmen.

Der Streik der Zimmerer Oberbergs in der Mark dauert unverändert fort. Sendungen sind zu richten an W. K. K. in Oberberg.

In Magdeburg legten 7 Wöthtergesellen der Firma Weichsel u. Co. wegen Herabsetzung des Lohns des ersten Wöthters die Arbeit nieder und ersuchen um Vermeidung des Zugangs.

Die Tabakarbeiter der Schweiz halten am 11. Juni in Otten eine außerordentliche Delegirtenversammlung ab.

In Saint Imier, dem Hauptorte der Uhrenfabrikation im Berner Jura, wurden die Fenster der Uhrenfabrik von Bogar, von einer Volksmenge eingeworfen die aus einer Versammlung kam, in der angeblich anarchische Reden gehalten worden sein sollen. Der Bürgermeister ließ um 11 Uhr Abends die Sturmglöde läuten und rief die Feuerwehr herbei, die die Menge durch Wasserstrahlen aus den Hydranten zerstreute. In der dadurch entstandenen Verwirrung wurden 20 Personen verlegt. Einer Person wurde durch einen Arthieb der Schädel gespalten. Die Berner Polizeidirektion sandte eine Abtheilung Gendarmen nach Saint Imier. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die „Frankfurter Zeitung“, der wir diese Mittheilungen entnehmen, giebt als Grund der Zumuth die Abfuhr der Arbeiter an, die sogenannten freien Arbeiter durch Drohungen zum Eintritt in den Gewerksverein zu zwingen“. Wahrscheinlich hat der Fabrikant, dem die Fenster seiner Fabrik eingeworfen wurden, sich durch Mahregelung der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter besonders hervorgethan.

Die Bäckergehilfen in Vordeuz beschloßen in einer von 800 Personen besuchten Versammlung den sofortigen Streik.

In Verdiers sollen die Arbeiter der mechanischen Bandwebereien den Ausstand beschloßen haben.

Krankenkassenwesen. Das Reichskanzleramt hat der Krankenkasse des Kaufmännischen Vereins in Ravensburg (E. S.) zu Ravensburg, der Krank- und Begräbniskasse des Kaufmännischen Vereins (E. S.) zu Annaberg in Erzgebirge die Bescheinigung ertheilt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Versammlungen.

Die öffentliche Wählerversammlung des 1. Wahlkreises, welche am Dienstag in Schffel's Salon tagte, war so zahlreich besucht, daß das Lokal bereits um 9 Uhr polizeilich abgeperrt wurde. Reichstagskandidat August Tatorow ging nach einleitender Rede zur eingehenden Erläuterung unseres Programms über, und schloß seinen Vortrag unter brausendem Beifall mit der Aufforderung, am Tage der Wahl nur einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben, da nur durch die Sozialdemokratie bessere, menschenwürdiger Zustände geschaffen werden können. Hieraus verlas der Vorsitzende Lim ein Schreiben des Herrn Dr. Langerhans, worin derselbe sein Nichterscheinen in der Versammlung entschuldigte. Sodann hatte Herr

Wolmer zum § 8 der **Domänen-Gesetze** verworfen. Dasselbe bezweckte das Verbot von Geldbewilligungen durch die irische Legislatur für Gegenstände, über welche die irische Legislatur Befehle nicht erlassen kann. Ausgenommen sollten nur diejenigen Fälle sein, in welchen dies auf Antrag des britischen Ministeriums geschähe. Gladstone bekämpfte den Antrag und erklärte, er sei bereit, dem § 10 Worte einzuschalten, welche klarmachen würden, daß die irische Legislatur nur Kredite bewilligen könne, wenn sich dieselben auf Gegenstände beziehen, welche nicht durch die Bill von der Kompetenz der irischen Gesetzgebung ausgeschlossen sind.

Briefkasten der Redaktion.

Otto. Sie müssen entweder persönlich beim Meister anfragen, ob Sie einen Lehrling brauchen oder in den Zeitungen nachsehen, wo ein Lehrling gesucht wird, oder Sie müssen selbst annoncieren.

P. K. Der Wahlvorstand wird Gelegenheit geben, die einzelnen Posten prüfen zu lassen. Wenden Sie sich mit Ihrem Vorschlag an denselben.

Flugblatt. Das Flugblatt ist sehr unklar gehalten. Auf einen Umsatz von 4 Millionen würden die erwähnten 26 000 M. Unkosten nur etwas über 1/2 pCt. ausmachen, also wenig ins Gewicht fallen.

H. Vgr. Beantragen Sie auf Grund des § 35 Str.-Pr.-O. kostenfreie Abschrift des Urtheils.

Russia 25. Zweck Naturalisierung möchten Sie bei der Polizeibehörde einen dahingehenden Antrag stellen: ein Recht auf Naturalisation giebt es nicht, deshalb läßt sich über einen Erfolg des Gesuchs nichts vorher sagen: „politisch un-auffällig“ müßten Sie jedenfalls sein.

E. D. 1. 1 Jahr. 2. Das Mädchen hat sich des Ehebruchs schuldig gemacht.

C. K. St. Zur Beschwerde ist zu raten, lesen Sie die Agitationsworte des Central-Wahlkomitees für die Provinz Brandenburg im „Volksblatt für Teltow-Beetzow-Storow u.“ (in der letzten Sonntagsnummer) nach.

H. W., Friedrichshagen. Ihr Gegner hat Recht. Solche Verordnung hat nicht bestanden.

Eichelmann. Sie können auf Verichtigung des Zeugnisses und event. auf Schadenersatz klagen.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum **Wahlsond's** ferner folgende Beiträge ein:

C. Schlegler 3.-, Porzellaner d. M. 1.50. Vom Sonipeltisch bei Schmutzen 2.-, 3 Solche und so heißt er, 3. Kate, 6.50. **Rothes Ehepaar 1.-, Sellwig - 50.** Amerik. Auktion, Krausstr. 2 bei Kiewerter 10.05. Verunglückter Kunststein 2.50. Von den rothen Maschinenbauern b. d. antifeimitischen Chef, gef. d. Neumann 3.05. Nach der Flugblattvertheilung beim Gen. Kleinert für ein Proletarierfrühstück, durch eine amerik. Auktion gef. 8.-. Von den grünen Jungen und Mädchen aus d. Stall-schreiberstr. 23 1.10. Uhrmacher, Schönhauser Allee, 1.-. Gef. in der Adolf Wertheimer'schen Goldleistenfabrik 11.20. Gef. in Friedrichshagen b. Hl. J. 1.40. M. Sch., Ebenloben - 55. Kunstgewerbe 3.-. Geburtstagsfeier, Reichenbergerstr. 24, 2.55. Sach'se's photographische Tischlerei 3.-. S. L. 40.-. Tischlerwerkstatt Dehowsky, Blumenstr. 33, 1.-. Arbeiter-Presse, Buda-pest 2.90.

Summa 105,80 M. Bereits quittirt 5243,10 M.; in Summa 5348,90 M.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Für den Wahlkampf.

Die Thätigkeit des Deutschen Reichstags

Preis 20 Pfg.

176 Seiten elegant geheftet.

1890-1893.

Mit einem Anhang, enthaltend: Die wichtigsten Beschlüsse der Wahlprüfungs-Kommission, die für die Agitation und die Wahlen wesentlichen Bestimmungen des Strafgesetzes und des Wahlgesetzes für den Reichstag nebst Reglement.

In Partien und für Wiederverkäufer Rabatt.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Als vorzügliche Agitationsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf

empfehlen wir den Parteigenossen folgende Erscheinungen unseres Verlages:

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie.

Erläuterungen zum Erfurter Programm

von Karl Kautsky und Bruno Schönlanck.

Groß-Oktav 64 Seiten.

Zweits durchgesehene Auflage.

Preis geheftet 10 Pf., in Partien zum Massenvertrieb Rabatt.

Im ersten Theil ist die Prinzipien-Erklärung des Programms behandelt. In den Kapiteln - Kleinbetrieb und Großbetrieb, Kapitalist und Proletarier, Privatmonopol und Staatsmonopol, die Erhebung des Proletariats, der Sozialismus - sind die grundlegenden sozialdemokratischen Lehrsätze populärwissenschaftlich niedergelegt, während im zweiten Theil unsere Programm-Forderungen, die von dem Klassenbewußten Proletariat als Mittel aufgefaßt werden, um das schlechteste Ziel, die sozialistisch organisierte Gesellschaft, zu erreichen, erläutert sind. Es handelt sich bei dieser Broschüre darum, allen Parteigenossen, die sich in den Dienst der Partei-Organisation gestellt haben, den „Massen-Vertrieb“ besonders zu empfehlen, da mit dieser Schrift die Möglichkeit gegeben ist, immer neue, ungezählte Anhänger für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen. Der Preis ist aus dem Grunde so niedrig gestellt worden.

Sozialpolitisches Handbuch.

von Dr. H. Lux-Magdeburg.

Groß Oktav, XX und 888 Seiten mit einer Tabelle: Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterschuh-Bestimmungen in den einzelnen Ländern.

Preis: broschirt 1,50 M., in Päckchen geb. 2 M. Auch in Forderungen à 30 Pfennig. Einbanddecken 20 Pfennig. 400/5

Mit dem „Sozialpolitischen Handbuch“ hat der Verfasser, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, ein gedrängtes Kompendium geschaffen, das für unsere Genossen, die sich der Agitation widmen und dem Gegner gegenüber immer schlagfertig sein müssen, ein willkommenes Hilfsmittel sein wird. Das Thatsachen- und Zahlenmaterial aus unserer Parteiliteratur, die bei ihrem steten Wachstum geistig durchgearbeitet immer schwieriger wird, findet sich in demselben in praktischer Weise zusammengestellt, so daß Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte und ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können. Nicht zuletzt werden auch unsere Redaktionen, sowie alle an der geistigen Verfertigung unserer Presseerzeugnisse Thätigen ein geeignetes Nachschlagebuch mit obigem Werke erhalten.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteur* und Zeitungsbedeute nehmen Bestellungen entgegen. - Bei Aufträgen von außerhalb erfuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Der Kuhhandel.

Zur Wahl 1893. Preis 10 Pf. 32 Seiten illustriert. Zu beziehen durch alle Spediteure u. Kolporteurs, sowie vom Verlag: H. Baake, City-Passage. [42681]

Die Sperre über die Marmorwarenfabrik G. Find, Berlin, Lindenstraße 20-21, später am Blücherplatz, dauert fort.

Orts-Frankenkaße der Möbelpolierer.

Das revidirte Statut tritt am 1. Juli 1892 in Kraft. Die Statuten können im Laufe dieses Monats in den Zahlstellen in Empfang genommen werden. Berlin, den 1. Juni 1893. Der Vorstand.

Achtung, Steinmehlen!

Ich gebe bekannt, daß während der Wahlbewegung, sofern nicht dringendes Bedürfnis vorliegt, keine Versammlung stattfinden. Stellt während der Wahlbewegung eure ganze Kraft der Partei zur Verfügung.

Ich fordere diejenigen auf, welche noch Generalfondsmarken von 1890, 1891, 1892 haben, solche sofort an den Unterzeichneten abzuliefern, da die Säumnigen in der nächsten Versammlung, welche den 25. Juni stattfinden, bekannt gemacht werden. 256/12

Der Verirrensmann Joseph Buchmann, Willibald-Merisstraße 39, Hof 1. 6B.

Roh-Tabak

Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämmtl. anderen Sorten. 4085L*

G. Elkhuyzen, Alte Schönhauserstr. 5.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 8806L* am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Nothtabak sind am Lager.

A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.



Schutzengel!

Deutsch. Reichs-Pat. a. bei L. Littauer, Berlin, Landsbergerstr. 25/26.



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte 4181L* „Helm-Putzpomade“ ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

amerikanische beste Heizkraft, wenig Asche gebd., Marke Centrum 3,80 M., beste Senftenberger Mariekohle 4,50 M. ab Platz, frei Haus Keller 50 Pf., frei Boden 70 Pf., pro Tausend mehr.

Frischeisen & Co., Kottb. Ufer 30. Probekohlen frei ins Haus. [107b]

Presskohlen

Den Parteigenossen empfehle mich zur Anfertigung elegant. Herrngarderobe. 1115*

Otto Beckurts, Seydelstr. Nr. 25, Hof 3 Tr.

Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.

W. Griess, Restaurant, Saal und schattiger Garten. NB. Einziges Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.

Meinen werthen Kunden und Geschäftsfreunden zur Nachricht, daß ich von heute ab ein B. Geschäft in Halle VII (Ludauerstraße) Stand Nr. 46 errichtet habe. Ich verkaufe daselbst ebenso wie in meinen anderen Geschäften meine Waaren zu solidesten Engros-Preisen. 254M

H. Seltmann, Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren.

1. Geschäft: Prinzenstraße 30. 2. Geschäft: Marheidekhallo Stand 53.

Gutgepökelte Eisbeine .. Pfd. 30 Pf. Würstschmalz .. 30 Pf. Nudelfett und Piesen .. 55 Pf. Frische Schwarten .. 15 Pf. Prima Speck von 5 Pfd. an .. 70 Pf. verkauft die 225b

Wurstfabrik mit Dampfbetrieb Wilhelmstraße 56 nahe der Leipzigerstraße.

Vereinzimmer: Hlad, Simeonstr. 23.

Altes Schankgeschäft, Inventarwerth 2000 M., Billard u. Vereinslokal für 600 Thlr. krantkeitshalber zu verkaufen, Lothringersstr. 68. 226b

Arbeitsmarkt.

Seifensieder gesucht.

Eine Kopenhagener Seifenfabrik sucht sofort als Meister einen tüchtigen Seifensieder, der in Riegel-, Kern- und Toilettenseifen selbständig arbeiten kann. Offerten mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche unter Chiffre „X 4334“ an Aug. J. Wolf u. Co., Ann.-Bur., Kopenhagen K. 253M

Selbständig. Monteur

welcher schon in großen Bronze-gießereien gearbeitet hat u. möglichst auch eisernen kann, wird zum sofortigen Eintritt auf dauernde Beschäftigung gesucht von der 61/12

Rupp'schen Eisengießerei, München.

Ein Kammachergehilfe verl. 2296 M. Epanenberg, Lübben.

Stepdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)

Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere dunkelblau

Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenlocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm.

per Stück 4,50 M. sonstiger feine Stepps- und Schlafdecken gratis und franko. 8783L*

Stoppdecken-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

3000 Pfd.

von 6000 jung. dießj. Gänsfedern, meist weiß, reine Gänsfedern, à Pfd. 1 M., bessere kleine à Pfd. 1,30 M., Gänsfedern à Selbststr. à Pfd. u. 40 Pf. (Pr. können vorh. eingel. werden.) Verf. von 10 Pfd. ab. 3881L* Fritz Ebel, Zehdenick.

Kinderwagen, größtes Lager, bestes Fabrikat, auch Theilzahlung, nur allein Oranienstr. 3 in Korngeschäft.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Eimmsstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Restaurant „Lindenhof“ Stolpe

am kleinen Wannensee hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Besichtigungen aller Art. Regelmäßig u. Raffinirte zur Verfügung. Krenker am Bahnhof Wannsee. 4193L* H. Mattausch.

Empfehle Genossen m. Restauration, Vereinsg. J. Lanz, Alte Jakobstr. 60.

Staare, alte 1,50, junge Eichelhär, Kreuzschnäbel 1,25, Heißge 1,00 M. Papageien, ausländische Vögel billig, Schnelle, Zubalidenstr. 7. 233b

Kinderwagen

Größtes Lager Berlins unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren, C. Wunsch, u. d. Oranienplatz

Röbl. Schlafst. für 1 o. 2 Pers. zu verm. Memelerstr. 81, v. H. Hoffmann. 207*

Neue Poststr. 3. Zahnarzt Cohn. Schmerzlos: Zahnziehen von 1.- M. Füllen u. Zahnerfab. Theilzahlung. Poliklinik. 8633L*

Parteinachrichten.

Die Wahlkomitees der Provinz Brandenburg werden ersucht, umgehend die Zahl der gewünschten polnischen Flugblätter dem unterzeichneten Komitee einzusenden, damit diese rechtzeitig verteilt werden können.
Zentral-Wahlkomitee der Provinz Brandenburg.
J. A.: G. Koopmann.

Von der Agitation. Aus Altenberg im Erzgebirge wird der „Sächs. Arb.-Ztg.“ geschrieben: Im südwestlichen Zipfel des 6. Reichstags-Wahlkreises, im benachbarten auf dem Ramm des Erzgebirges dicht an der österreichischen Grenze gelegenen Georgenfeld fand am Sonntag eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Noch niemals war uns das in dieser Gegend möglich gewesen, obwohl die ganz in der Nähe befindlichen Städte Altenberg und Geising bei der letzten Wahl immerhin schon etwa 180 sozialdemokratische Stimmen geliefert haben. Umso mehr mußte man erfreut sein von dem zahlreichen Besuch der Versammlung und von der allgemeinen Zustimmung, die unseren Rednern, den Genossen Horn und Wehler, zu teil wurde. Es waren mindestens 200 Personen, Arbeiter, kleine Handwerker und kleine Grundbesitzer, darunter eine Anzahl Frauen aus Altenberg, Geising, Zinnwald, Georgenfeld, Pleße und Schellerhaus amwesend. Horn entwickelte namentlich seine Stellung zum Militarismus, wofür er den lebhaftesten Beifall der Versammlung erntete; dies machte sich besonders bemerkbar, als die Forderung der Abrüstung und der Einrichtung einer Volkswacht erläuterte. Ganz besonders enthusiastisch wurde aber die Zustimmung, als Wehler auf die soziale Lage der in großer Anzahl erschienenen Bergleute (Zinnbergbau) einging, ihnen klar machte, in welcher rücksichtsloser Weise sie ausgebeutet werden (6, 7, 8 Mark Wochenlohn bei nicht bloß 12, sondern vielfach 18stündiger Arbeitszeit), wie erbärmlich das Leben ist, das sie bei ihrer harten Arbeit zu führen gezwungen sind, während ihre Unternehmer reich und immer reicher werden, und was die heutige Kultur bietet und was sie da entbehren — wie er schilderte, wie die Sozialdemokratie die Organisation der Arbeit gestalten wolle und welchen Teil dann der Arbeiter an den Erträgen seiner Arbeit und an der ganzen Kultur haben werde. Trotzdem der Direktor des Werkes amwesend war, ließen die Bergarbeiter sich an fortwährenden Beifallsbezeugungen nicht hindern. „Su is racht!“ „Racht hot er!“ so ging es immer flüsternd von Mund zu Mund und als dann die Versammlung zu Ende war, da kamen gar viele auf den Redner zu mit dem Ausrufe: „Aber Sie noch racht gesproche!“ Wir haben diese Versammlung als einen bedeutenden Erfolg zu betrachten. Der 15. Juni 1893 wird ein anderes Resultat aufweisen als die 1890er Wahl.

Ueber die sozialdemokratische Bewegung in dem böhmischen Organisationsbezirk Rumburg, Warnsdorf, Schönlinde und Umgebung veröffentlicht der in Reichenberg erscheinende „Freigeist“ folgenden Bericht: Die Bewegung ist im ganzen Bezirk als eine sehr gute zu bezeichnen. Vorwiegend ist die politische, während die gewerkschaftliche viel zu wünschen übrig läßt. Bisher besteht nur in Rumburg ein Fachverein der Drechsler; er ist ein tüchtiges Glied der lokalen Organisation. Die Textilarbeiter von Rumburg sind ebenfalls an die Gründung eines Fachvereins gegangen. Die ständige Abmosenenzahl der Arbeiterblätter ist eine befriedigende. In Rumburg werden abonniert: 200 Arbeiterblätter, davon sind politische 120, gewerkschaftliche einige 80. Für Warnsdorf, Schönlinde und den kleineren umliegenden Ortschaften liegt ein genaues Verzeichnis nicht vor, doch dürfte im Verhältnis zur Arbeitererschaft der Stand der Abmosenenzahl ein günstiger sein. Volksversammlungen fanden im Bezirke 5 statt, und zwar 4 in Warnsdorf und eine in Rumburg. Der Verkauf war jedesmal ein imposanter. Gegner traten höchstens nur in Warnsdorf auf und auch da höchstens nur von literarischer Seite. Die nationalen Streithähne haben bereits abgewirtschaftet, die Literaten werden es binnen kurzem. Als jüngster Sieg der Sozialdemokraten wäre zu verzeichnen, daß die Rumburger und Schönlinder Genossen die Verwaltung der Bezirks-Krankenkasse ganz in ihre Hände brachten, worüber Peter und Morbio bei den Deutschnationalen.

Todtenliste der Partei. Gestorben ist in Breitenbach bei Reiz der Tischler Alban Päßler; in Würzburg der Parteigenosse Georg Friedel.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Die Parteigenossen Redakteur Herbert und Stok in Stettin sollten den Gendarmen Bamberg in Grabow beleidigt haben. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, auf die das Gericht auch erkannte.

— Wegen Beleidigung des in der Maschinenfabrik Augsburg angestellten Ingenieurs Kranz wurde der Redakteur der Augsburg. „Volks-Zeitung“, Karl Breder, vom Schöffengericht zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Kosten hat er zu 2/3 zu tragen, das übrige Drittel muß Kranz bezahlen. Breder wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

— Eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten ist dem Wahlkomitee der Sozialdemokratie Magdeburgs natürlich nicht gestattet worden. Das Polizeipräsidium beschließt aus der Abhaltung einer solchen Versammlung „Gefahr für die öffentliche Ordnung“. Da das Wahlkomitee diese Befürchtung durchaus nicht theilt, will es Beschwerde beim Regierungspräsidenten erheben.

— Wegen Beleidigung des Gendarmen Berger in Bernburg haben der Redakteur des in Dessau erscheinenden „Volksblatts für Anhalt“, Paul Schoeps, und der Verleger Franz je 20 M. Geldstrafe und die Kosten zu zahlen. Von der ihnen zur Last gelegten Beleidigung der herzoglichen Kreisdirection in Bernburg sprach das Gericht sie frei.

— Der fromme evangelische Pastor Dr. Lorenz in Erfurt hatte in einer Versammlung des Evangelischen Arbeitervereins behauptet, unser Parteigenosse Reichmann besitze zwei Häuser, müsse sich von Arbeitergroßchen und habe den Erlös einer im Kuenkeller abgehaltenen Versammlung in seine Tasche gesteckt. Wegen dieser unverkennbaren Unwahrheiten verurtheilte das Schöffengericht den Pastor zu 15 M. Geldstrafe oder 8 Tagen Gefängnis. Er hat Ursache, den Richtern für dies milde Urtheil dankbar zu sein. Ein Sozialdemokrat, der einem Geistlichen dergleichen nachgesagt hätte, wäre übel dran gewesen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 1. Juni, Nachmittags 5 Uhr.

Eine große Anzahl von Urlaubsanzeigen wird bekannt gegeben.

In die Steuerdeputation wird Stadtv. Wernau durch Juroz gewählt.

Aus Anlaß der Vorlage des Magistrats, betr. die Vertheilung der für 1892/93 beim Lehrpersonal der Gemeindeschulen neu geschaffenen Stellen auf die einzelnen Gehaltsstufen wird auf Antrag des Stadtv. Schwallbe eine Resolution angenommen, welche den Magistrat auffordert, zum System der Dienstalterszulagen für die städtischen Beamten allgemein baldmöglichst überzugehen und im nächsten Etat bezügliche Vorschläge zu machen.

Die Stadtgemeinde ist Eigenthümerin der Grundstücke Prinzen-Allee 62—63. Dieser Grundstückskomplex umfaßt 11 480 Quadratmeter. Herr Louis Kueppstet bietet der Stadt auch das Grundstück Prinzen-Allee 66, im Umfange von 6509 Quadratmetern, für 185 000 M. zum Kaufe an; während seine frühere Forderung von 226 100 M. abgelehnt ist, empfiehlt jetzt der Magistrat die Annahme der Offerte.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte dem Vorschlage des Magistrats zu.

Ein Theil des Platzes vor dem Stralauer Thore 42 soll mit einem Kostenaufwand von ca. 7000 M. als städtischer Kohlenplatz eingerichtet, d. h. umzäunt und gepflastert werden. Die Versammlung erklärt sich ohne Debatte damit einverstanden.

Die Entschädigung für das durch den Bahnbau Schönholz-Kremmen von dem Park-Areal der Irren-Anstalt zu Dalldorf in Anspruch genommene städtische Grundeigentum von 9000 Quadratmetern wird auf 0,20 M. für den Quadratmeter festgesetzt.

Beim Umbau der Bade-Einrichtung im städtischen Odbach sind 14 Schmiedeeisene, verzinkte Brause-Arme mit kupfernen Brausen übrig geblieben und in einem Räume der Gemeinde-schule Schönhauser Allee 166a untergebracht worden. Diese 14 Arme sollten beim Neubau der dreifachen Schule in der Stephanstraße Verwendung finden. Im Depot fanden sich aber nur noch 8 Arme vor; 6 fehlten und sind nicht wieder zu ermitteln gewesen. Vermuthet wird Entwendung durch Arbeiter, welche aus dem Räume, in welchem noch andere Utensilien lagerten, auf Veranlassung der Bau-Inspektion Gegenstände abholten; doch ist nichts Bestimmtes konstatirt. Da den beteiligten Beamten ein vertretbares Versehen nicht nachgewiesen werden kann, soll der Restbetrag von 49,50 M., den das Baukonto für die fehlenden Stücke zu fordern hat, auf den Fonds für unvorhergesehene Ausgaben übernommen werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Für die Unterhaltung des Neubaus eines Operationshauses auf dem Grundstück des Krankenhauses Moabit bewilligt die Versammlung 7000 M.

Die Stadtv. Meyer I, Strud und Gen. hatten am 16. Mai den folgenden dringlichen Antrag eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob der in den öffentlichen Blättern vom 16. Mai enthaltene Bericht über die Unterhaltung der Delegirten der Vororte mit dem Oberbürgermeister, betr. die Eingemeindung der Vororte, auf Wahrheit beruht. Der Antrag kommt erst heute zur Verhandlung, da die letzte Sitzung wegen eingetretener Beschlussunfähigkeit vorzeitig abgebrochen werden mußte.“

Stadtv. Meyer I: Im Monat April wurde hier in der Versammlung geltend gemacht, daß die exorbitanten Ausgaben, welche die Eingemeindung der Vororte erforderte, auch gegen diese Maßregel sprächen. Damals bemerkte der Oberbürgermeister, daß diese Frage an die städtischen Behörden vielleicht gerichtet, jedenfalls aber nur in höchst bescheidenen Grenzen herantreten würde. Diese Aeußerung hat die gesamte Bürgerschaft Berlins und der Vororte in den Glauben gesetzt, daß die Frage im allgemeinen als erledigt zu betrachten sei, daß sie zunächst ruhen und vielleicht erst nach Jahr und Tag gelegentlich wieder angerührt werden würde. Dem entsprechend hörte man auch von der Deputation für diese Angelegenheit und von ihrer Subkommission seitdem fast gar nichts mehr. Demgegenüber mußte der Bericht der Tagesblätter über die Unterhaltung des Oberbürgermeisters Zelle mit der Deputation der Vororte allgemeines Erstaunen erregen. Was der Oberbürgermeister dort und was er hier gesagt hat, steht zwar nicht eigentlich im Widerspruch, aber der Eindruck, den seine Antwort an die Abordnung der Vororte macht, ist doch der, daß die Sache keineswegs ruht. Noch viel deutlicher in dieser Richtung sind die Aeußerungen, welche der Ministerpräsident gemacht haben soll. Bei dieser Sachlage ist es dringend erwünscht, authentisch zu erfahren, ob diese Mittheilungen auf Wahrheit beruhen. Ja es wäre, daß der Minister erklärt hat, das betr. Gesetz in nächster Session einzubringen, dann fragt sich sehr, ob die Stadtverordneten-Versammlung überhaupt in der Sache noch gehört werden wird. Ich fasse die Sachlage nicht dahin auf, daß es gleichgültig sei, ob wir darüber befragt werden oder nicht. Vor den Herren haben wir doch offenbar keine Zeit, diese wichtigsten aller Materien noch zu besprechen. Wir wollen dem Magistrat keineswegs Unbequemlichkeiten mit der Anfrage bereiten; wir meinen aber, daß durch diese Antworten, wenn sie authentisch sind, in die Vororte ein ganz anderer Geist hineingetragen wird, daß das Verlangen nach Eingemeindung in allen diesen Vororten sich wieder energischer geltend machen wird. Wir wollen erfahren, ob der damalige Ausspruch des Oberbürgermeisters, daß die Sache auf lange Zeit hinaus vertagt sei, heute noch richtig ist oder nicht.

Oberbürgermeister Zelle: Den Vertretern unserer Vororte, welche bei mir eine Unterredung über die Eingemeindungs-Angelegenheit nachsuchten, habe ich brieflich geantwortet, ich wüßte Neues über dieselbe nicht zu sagen, was die öffentlichen Blätter nicht schon gebracht hätten. Ich habe die Herren dann empfangen und konnte natürlich auch nichts weiter sagen, als was schon in dem Herrn Land. Von dem, was darüber hinaus gesprochen wurde, nämlich seitens der Herren von den Nachtseiten, welche sie durch die Nachbarschaft Berlins hätten, meinerseits von den Vortheilen dieser Nachbarschaft, ist nichts weiter in die Blätter gekommen. Was mitgetheilt wurde, ist lediglich von jenen Herren redirt. (Hört! hört!) Jedenfalls war die Unterredung nicht derart, daß irgend etwas Neues darin zu Tage kam. Ich habe auch keinen Anlaß gehabt, dem Magistrat von dieser Unterredung etwas mitzutheilen. Der Antrag kann also nicht eigentlich auf Annahme rechnen. Wie die Sache selbst augenblicklich liegt, ist ja doch der Versammlung nicht unbekannt. Der Gedanke einer großen Eingemeindung war in der Deputation ausgegeben worden, die Subkommission sollte berathen, was als Allerhöchste an Eingemeindung vorzunehmen sein würde. Die Subkommission hat neuerdings Beschluß gefaßt und im nächsten Dienstag wird die Deputation Sitzung haben. Es wird ihr vorgeschlagen werden, über die Eingemeindung von Städten einzelner Vororte, also über eine Eingemeindung in thatsächlich sehr bestehenden Maße, Beschluß zu fassen. (Beifall.)

Stadtv. Meyer I verzichtet nach dieser Auskunft auf eine Beschlussfassung über seinen Antrag. Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Ueber die Vorlage betr. den Ankauf der Rittergüter Gätergoh bei Potsdam zu Rieselwerden berichtet namens des niedergesetzten Ausschusses Stadtv. Dr. Strud. Der Ausschuss hat eine Lokalbeschäftigung vorgenommen und ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß der geforderte hohe Preis von 1 400 000 M. für das Gut immerhin als für die Stadtgemeinde

angemessen anzusehen ist. Die Vorlage ist mit allen gegen drei Stimmen angenommen worden. Das Kaufgeld sowie die Kosten des Vertrages, der Auflassung und des Stempels sollen aus Anleihemitteln entnommen werden.

Stadtv. Vincusohn: Im Ausschuss ist man einstimmig der Meinung gewesen, daß der geforderte Preis für das Gut, wenn es landwirthschaftlich bewirthschaftet werde, absolut zu hoch sei. Die Stadt macht also mit dem Ankauf kein gutes Geschäft, zumal das Schloßgebäude kaum veräußert sein wird und auch der sonstige Zustand des todtten Inventars nicht wahrscheinlich macht, daß die dafür geschätzten Summen auch wirklich eintommen. Ich beantrage nunmehr, den Besitzern ein Angebot von 1 200 000 M. zu machen; die Reichröder'schen Erben sind gewiß enorm reich, werden aber geschäftlich auch klug genug sein, auf ein Angebot einzugehen, welches ihnen von anderer Seite kaum gemacht werden dürfte.

Stadtrath Struve führt aus, daß das Gut vom Magistrat ganz ohne Rücksicht auf das Schloß abgekauft worden sei. Ähnliche Preise wie hier, 500 Mark pro Morgen, seien schon vielfach für Rieselgüter, und zwar für ganz bewasirte Terrains ohne Forsten und ohne Schloß, seitens der Stadt gezahlt worden. Der Magistrat könne bei der besonderen Lage der Sache nicht empfehlen, einen Beschluß auf Erhebung des Kaufschillings zu fassen, da damit der Ankauf überhaupt vereitelt würde. Für die Veriefelung brauche die Stadt notwendig eine Fläche von etwa 500 Hektaren, und ein günstiger für das spezielle Bedürfnis gelegenes Terrain werde sich überhaupt nicht ermitteln lassen. Eine besondere Druckrohrleitung für Gätergoh sei nicht erforderlich; eine solche würde allein 1/2 Millionen kosten.

Stadtv. Sachs II. wünscht vor allem größere Sicherheit bezüglich des von der Stadt Potsdam gegen die Anlage des Rieselgutes in Gätergoh erhobenen Protestes. Das Gut sei landwirthschaftlich höchstens 700 000 M. werth (hört!), ein kleiner Ueberpreis möge gerechtfertigt sein, aber 1 400 000 M. sei doch exorbitant. Der Verkäufer habe, namentlich wenn er von solcher Bonität und von so weit ausschauendem Blick sei, gewiß sein allerletztes Wort noch nicht gesprochen. Man solle also zunächst einmal 1 200 000 M. bieten.

Stadtrath Marggraff hält es für sehr bedenklich, sich über solche Geschäfte öffentlich auszulassen. Der Preis sei absolut genommen sehr hoch, für die Stadt aber relativ sehr billig, weil die Bewässerung, sowie die Aptrung eine billige sei. Auf das Risiko, das noch ein allerletztes Wort gesprochen werden könne, sollte die Versammlung es nicht ankommen lassen. Man müsse sich doch den Verkäufer ansehen; der gehöre doch zu denjenigen, die im Begriffe sind, zu ertrinken, mit denen man also anders reden könne. (Hört, hört!) Der Potsdamer Protest sei definitiv abgethan.

Stadtv. Vincusohn kann sich mit den Ausführungen der Magistratsvertreter nicht zufriedengeben. Weshalb man sich fürchte, mit einem reichen Manne weiter zu verhandeln, während man dem weniger gut situirten energisch zu Leibe zu gehen scheine, begreife er nicht. (Sehr gut!), jedenfalls könne er dieses so feierlich vom Magistrat proklamirte Prinzip nicht billigen. (Zustimmung.)

Stadtrath Struve bleibt dabei, daß Gätergoh sich in sehr guten banlichen Wärdern befinde, niemals habe die Stadt ein Gut in besserem Zustande gekauft.

Stadtv. Meyer II: Von einer Fortsetzung des Handelns über das Kaufobjekt kann ich mir keinen Erfolg versprechen. Der Verkäufer versteht allerdings zu rechnen, aber auch mit den Vortheilen, welche gerade die Stadt Berlin als solche bei dem Geschäft macht. Jetzt noch Rückfragen zu stellen, ob etwas abgelaufen werden kann, ist nicht ganz unbedenklich. Die Stadt muß ihre Arbeiten fördern, der Verkäufer kann eine Million ein paar Jahre länger zinslos liegen lassen.

Stadtv. Sachs II: In diesem Falle hat man ja mit dem Handeln und Bieten noch nicht einmal einen Anfang gemacht. (Zustimmung.) Der Magistrat scheint hier nicht die Interessen der Stadt Berlin voll zur Geltung gebracht zu haben, wenn er es apodiktisch abgelehnt hat, sich auf ein geringeres Angebot einzulassen.

Stadtrath Marggraff bestreitet dies auf's Allerentschiedenste und lehnt den darin liegenden Vorwurf energisch ab.
Der Ausschussantrag wird mit schwacher Mehrheit angenommen.

Eine weitere Vorlage des Magistrats betrifft die Angelegenheit der Umgestaltung des Schloßplatzes und eines Theiles der Königsstraße. Die Anfragen an die in Betracht kommenden Grundstücksbesitzer hat der Magistrat ergehen lassen. Die für die einzelnen Grundstücke gestellten Forderungen überschreiten nach der Ansicht des Magistrats theilweise alles Maß. Es sind gefordert für die Grundstücke Schloßplatz 7—15 im Ganzen 2 765 000 M., der Eigenthümer des Grundstücks Schloßplatz 16 (an der Brücke) hat es abgelehnt, eine Forderung zu stellen; für die Grundstücke Königsstr. 63—68 (Nordseite) 1 425 000 M., vom Grundstücke Königsstr. 69 wollen die Eigenthümer nur den zur Verbreiterung erforderlichen Streifen freilegen und abtragen und zwar für 250 000 M. Das Grundstück Heilige Geistsstr. 23, Ecke Königsstraße, kann freihändig überhaupt nicht erworben werden. Die „alte Post“ will der eingetragene Eigenthümer nur im Ganzen und zwar für 4 Millionen Mark der Stadt überlassen. Auch die für die übrigen Grundstücke auf der Südseite der Königsstraße geforderten Preise von 880—2 118 M. pro Quadratmeter erachtet der Magistrat durchweg für viel zu hoch und hält an seine früher über den Werth der sämtlichen fraglichen Grundstücke abgegebenen Erklärungen fest. Er ersucht die Versammlung, nunmehr über die Vorlage vom 9. Februar 1893 Beschluß zu fassen, indem er wiederholt hervorhebt, daß im Interesse der Spreeregulirung die baldige Beschlussfassung dringend notwendig ist. (Beheres ist auch in der Vorlage gesperrt gedruckt.)

Stadtv. Meyer I beantragt, die Vorlage an den bestehenden Ausschuss zu verweisen. Der Ausschuss habe überhaupt noch nicht berathen, sondern Informationen verlangt, welche der Magistrat auf Beschluß der Versammlung dann gegeben hat. Der Ausschuss müsse jetzt auf Grund des gegebenen Materials die Vorlage selbst berathen und seine Anträge an die Versammlung stellen. Die gegebenen Zahlen seien außerdem neues Material, welches der Vorprüfung bedürfe.

Stadtv. Selle schließt sich diesem Antrage an.

Der Antrag Meyer I wird einstimmig angenommen.

Der noch vorhandene Restbestand des Reichenhauß-Baufonds im Betrage von ungefähr 25 721 M. soll der Bartholomäus-Kirchengemeinde zum Zweck der Errichtung einer Reichenhalle auf ihrem neuen Begräbnißplatz bei Weißensee unter den bezüglich der Zuwendungen aus diesem Fonds generell festgesetzten Bedingungen überwiesen werden.

Der Magistratsantrag wird nach unerheblicher Diskussion genehmigt.

Beschluss Regulirung und Pflasterung der Straße 42c sollen die alte Reichenhalle und das Wächterhaus auf dem Grundstücke des ehemaligen Armenfriedhofs Friedenstr. 86 zum Abbruch gelangen und zwar erstere sofort, letzteres eventuell nach Vollendung

des Baues der Auferstehungskirche. Für die Leichenhalle hat die Lage des Stadtbau-Inspektors 276 M. ergeben.

Die Versammlung beschließt nach dem Magistratsantrag. Im Anschluß an die bei der Staatsberatung von der Versammlung beschlossene Resolution, welche eine bessere Ausnützung der Markthallen beim eine stärkere Heranziehung der Käufer und Verkäufer, namentlich in den Außenbezirken als notwendig bezeichnet, theilt der Magistrat mit, daß er in der Markthalle XII (Gesundbrunnen) eine Fleischuntersuchungsstation zu eröffnen beabsichtigt. Er hofft, daß diese Maßregel zur Hebung des Verkehrs beitragen wird. Eine bessere Ausnützung, die nur durch Heranziehung von nicht zum Marktorberlehr gehörigen Verkehrszweigen erfolgen könnte, sei zur Zeit nicht möglich, da nach einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts mit anderen als Wochenmarktartikeln in den Markthallen nicht gehandelt werden dürfe. Der Magistrat ersucht hiernach die Versammlung, die erwähnte Resolution für erledigt zu erachten.

Stadt. Schmeißer beantragt eine Resolution, welche die Herabsetzung des Marktstandgeldes als das geeignetste Mittel zur Hebung des Verkehrs empfiehlt. Die Versammlung nimmt diese Resolution an.

Das vor den Grundstücken Urbanstr. 42-50, 96 und 70 belegene alte städtische Wegefeld soll zu Vorgärtenanlagen an die Eigentümer der Grundstücke zum Preise von 26 M. pro Quadratmeter verkauft werden.

Ein Antrag des Stadt. Wallach will der Stadt das Recht vorbehalten, wenn später etwa die Vorgärten eingezogen werden müssen, nur denselben Preis zurückzugewähren, den sie heute für das Wegefeld erhält.

Stadt. Härtl begründet einen Antrag gleicher Tendenz. Der Magistratsantrag wird mit dem Antrage Härtl angenommen.

Zur Verbreiterung der Mühlenstraße sind ca. 4387 Quadratmeter von den Grundstücken Nr. 5, 14-16, 20-23 erforderlich, die dem Eisenbahnbau gehören. Dieselben sollen freihändig erworben werden; für den Quadratmeter Grund und Boden sollen 55 M. gezahlt, für die abzubehrenden Baulichkeiten eine Entschädigung von 53 549 M. gewährt, als Beitrag zu den Umzugskosten der 5 Dienstwohnungsinhaber ein Betrag von 1000 M. bewilligt und die erwähnten Baulichkeiten öffentlich meistbietend auf Abbruch veräußert werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Schluß 7 1/4 Uhr.

Tokales.

Die Parteigenossen und Genossinnen des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises werden ersucht, sich Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, zwecks Verbreitung eines Flugblattes in folgenden Lokalen recht zahlreich einzufinden:

- Hermann Werner, Bülowstr. 59.
- J. Raumann, Gilmstr. 56.
- Loege, Fährbringerstr. 22.
- Sak, Marktgrafenstr. 102.
- Leopold, Marktgrafenstr. 88.
- Grube, Ecke Mariendorfer- und Solmsstraße.
- Otto Klein, Schöneinstr. 6.

Das Wahlkomitee.

Achtung! Nixdorf. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Parteigenossen, welcher trenn zur Sache hält, an der heute, Freitag Abend stattfindenden Flugblatt-Vertheilung sich zu beteiligen. Der Zentral-Treffpunkt befindet sich bei Pappe, Zeitbestr. 71, Abends 7 1/2 Uhr. Auch muß daselbst sämtliches übriggebliebenes Material zurückgeliefert werden. Die Vertrauensperson: Robert Köppen.

Achtung! Schöneberg. Am Sonnabend, den 8. Juni, kommt hier ein Flugblatt zur Vertheilung. Hilfsbereite Genossen mögen sich in den nachbenannten Lokalen um 7 Uhr Abends einfinden:

- Hoffmann, Sedanstr. 10.
- Siegler, Goltzstr. 43.
- Binger, Hollendorferstr. 18.
- Schäpe, Helm- und Erdmannstraßen-Ecke.

Ferner fordert das Lokal-Wahlkomitee zu reger Betheiligung zu der am Sonntag, den 4. Juni stattfindenden Agitationsstunde auf. Genossen, welche daran theilnehmen wollen, müssen sich am Sonntag spätestens 7 1/2 Uhr früh bei Hoffmann, Sedanstr. 10, einfinden. J. A.: G. Schmidt.

Zur Kreise Nieder-Barnim gelangt am Sonntag, den 4. Juni, ein Flugblatt zur Verbreitung. Wir ersuchen daher sämtliche Genossen und Genossinnen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Friedrichsherg: Treffpunkt Oskar Schulze, Friedrich Karlstr. 34, und Bernhard Lange, Wartenbergstr. 67. Abmarsch früh 6 Uhr.

Weißensee: Treffpunkt Pfeifenmüller. Abmarsch früh 6 1/2 Uhr.

Pankow: Treffpunkt Böttcher, Seefischbänke. **Rainow:** Treffpunkt Hermann Sontag, Wollankstr. 115. Abmarsch 6 Uhr.

Achtung Luckauer! Alle Parteigenossen, welche am Sonntag, den 4. Juni, nach Luckau zum Schützenfest fahren, werden gebeten, sich am Freitag Abend 9 Uhr von Tempel, Langestr. 65, Agitationsmaterial abzuholen. Parteigenossen, agitiert in Curer Heimath!

Achtung! Oranienburg. Genossen, welche gewillt sind am Sonntag, den 4. Juni, an der Verbreitung eines Wahlflugblattes für Nieder-Barnim in Oranienburg und Umgegend theilzunehmen, ersuche ich, zu dem hier früh 8 Uhr 20 Min. oder 6 Uhr 55 Min. einfindenden Zuge sich einzufinden zu wollen. Die Zahl der zu begleitenden Ortschaften ist 20. Da die Zahl der zielbewußten Genossen hier sehr schwach ist, so ersuche ich die Berliner Genossen sich recht zahlreich hieran betheiligen zu wollen. Meine Wohnung ist Kanalstr. 67. Theodor Mohaupt, Vertrauensmann.

Charlottenburg. Alle Genossen, welche sich bei der am Sonntag, den 4. Juni, stattfindenden gewissenhaften Verbreitung von Flugblättern betheiligen wollen, werden ersucht, sich am oben genannten Tage morgens pünktlich 8 Uhr beim Genossen J. Bernicke, Krummstr. 19, einzufinden. Das Lokal-Wahlkomitee. J. A.: G. Wegner, Wollstr. 48.

Der evangelisch-sozialer Kongress trat heute im Besaale der Stadtmission zum vierten Male zusammen. Es hatten sich etwa 250 Prediger mit sehr würdigen Gesichtern eingefunden, außerdem auch ein paar Nichtgeistliche. Die Regierung konnte unter diesen in Arbeiterzufriedenheit und Arbeiterbeschäftigung machenden Herren natürlich auch diesmal nicht fehlen. Verschiedene Ministerien und Reichsämter hatten daher Vertreter entsandt. Vom Reichsamt des Innern war Geheimrath Regierungsrath Caspar in Vertretung des Staatssekretärs von Büttcher erschienen. Der Handelsminister hatte die Geheimräthe Lohmann und Renhanz entsandt, der Kultusminister die Räthe von Mollke und Schwarzkopf. Der Reichskanzler Graf von Caprivi, der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths von Barthhausen, der Handels- und der Kultusminister, der Ober-Bürgermeister Jelle hatten sich entschuldigt, theilweise mit Abwesenheit von Berlin. Die Minister theilten mit, daß sie auch ihren sämtlichen Räten Mittheilung von dem Stattfinden des Kongresses gemacht hätten.

Nachdem Stöder ein Gebet gesprochen, in welchem er u. a. wünschte, daß auch in unserem öffentlichen Leben Gerechtigkeit, Wahrheit und Friede wieder zum Siege komme, begrüßte der Vorsitzende, Landes-Dezernent Rath Nobbe, die Erschienenen, verlas die von den Ministern eingegangenen Schreiben und berief Geheimrath Professor Wagner wieder zum Ehrenpräsidenten, ferner die Herren Paul Wehler, Amtsrichter Kulemann-Braunschweig, Reichsprediger Paul Seifert aus Schlesien, Verbandsagent Fischer-Gelsenkirchen, Buchbindermeister Walter-Mannheim und Schriftseher Schmidt-Kassel zu Velsigern.

Präsident Nobbe theilte mit, daß die Absicht bestehe, das Arbeitsfeld zu erweitern; es soll im Herbst ein evangelisch-sozialer, volkswirtschaftlicher Kursus eingerichtet werden. Redner schloß seine Ansprache mit der Behauptung, daß eine Frucht des Strebens der Evangelisch-Sozialen bereits zu merken sei, es beginne der nackte Egoismus, das satte Lächeln und die kalte Herzlosigkeit bereits zu schwinden.

Generalsekretär Schörrer gab hierauf den Jahresbericht, aus dem wir folgendes hervorheben: Mit Hilfe der evangelischen Geistlichen hat das Aktionskomitee eine Enquete über die Lage der ländlichen Arbeiter aufgenommen. Es sind an 15 000 evangelische Geistliche Fragebogen, die mit Hilfe von national-ökonomischen Sachverständigen aufgestellt waren, versandt worden. Von diesen Geistlichen dürften nur 7000 in Landgemeinden antworten. Tausend Antworten, welche zum größten Theile sehr ins Einzelne gehen, sind eingekommen und hatten der Bearbeitung. Den Geistlichen war mitgetheilt, daß nur die Arbeiter vernommen werden sollten, wodurch sich die Enquete von derjenigen des Vereins für Sozialpolitik unterscheidet. Was den evangelisch-sozialen Kursus betrifft, so soll derselbe vom 10. bis 20. Oktober dauern. In diesen 10 Tagen soll den Teilnehmern Information über die Zustände des heutigen wirtschaftlichen Lebens gegeben werden; der Gedankengang der Vorträge mit Literaturangaben soll den Teilnehmern vorher zugesandt werden. Es sind 9 Vorlesungskomplexe in Aussicht genommen, die in täglich 4 Stunden erledigt werden sollen. Acht ganze Stunden sollen die Herren über Elemente der Nationalökonomie unterrichtet werden, 4 Stunden über Systeme der Volkswirtschaft, 8 Stunden über Agrarpolitik, acht über Gewerbepolitik, 4 über Handelspolitik, 4 über Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, einige über Arbeitergesetzgebung und einige über Missionstätigkeit. Die Vorträge sollen Vormittags stattfinden, die Nachmittage sind zu Exkursionen auszuweisen, wo die Herren praktische evangelische Sozialpolitik kennen lernen sollen. Abends beabsichtigt man, Aussprache zu pflegen. — Zur Presse übergehend, theilt der Generalsekretär mit, daß einzelne neue Organe der evangelischen Arbeitervereine entstanden sind, so daß mit den „evangelisch-sozialen Zeitungen“ bereits fünf Blätter bestehen, die evangelisch-sozial gefärbt sind. — Die Auskunftsstelle in evangelisch-sozialen Angelegenheiten hat 1800 Briefe und Karten zur Erledigung empfangen und 28 000 Drucksachen verschickt. Der Generalsekretär ist zur Förderung der evangelisch-sozialen Bestrebungen mit den Predigerseminaren und einigen Studentenverbindungen in Verbindung getreten. — Die Kassenführung weist zum ersten Male ein Defizit auf, das nach Aufhebung der Ueberschüsse aus den beiden vorangegangenen Jahren noch 1000 M. beträgt und das sich noch erhöhen wird, wenn der Kursus abgehalten wird. Dabei belaufen sich die ganzen Jahresausgaben nur auf 5000 M. Redner fordert deshalb die reichen Gesinnungsgenossen auf, höhere Beiträge als den statutenmäßigen von 5 M. zu zahlen.

Hierauf begannen die auf der Tagesordnung stehenden Vorträge.

Professor Dr. Raftan-Berlin sprach über Christenthum und Wirtschaftskräfte und stellte dabei folgende Sätze von einigem Interesse auf:

1. Christliche Religion und wirtschaftliches Leben sind an und für sich getrennte Gebiete. Mit jener ist es auf das ewige Leben in Gott, mit diesem auf die zweckmäßige Befriedigung zeitlicher Bedürfnisse abgesehen.

2. Das Christenthum ist unabhängig von der Wirtschaftsordnung und mit jeder Form des wirtschaftlichen Lebens verträglich. Wiederrum trägt dieses seine eigenen Geleise in sich, durch die es dem Christenthum selbständig gegenübersteht.

3. Es ist Christenpflicht, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß sie eine Grundlage für die Pflege der sittlichen Ideale des Christenthums bietet.

4. Gegenüber der heute bestehenden Wirtschaftsordnung führt diese Pflicht sowohl zur Vertheidigung ihrer wesentlichen Grundgedanken gegen Umsturzgeleise, als zu einschneidenden Forderungen mit bezug auf ihre Umgestaltung.

In seinen Ausführungen zu diesen Sätzen betont Redner u. a.: Es bedarf großer Vorsicht, auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens etwas im Namen des Christenthums zu fordern. Das Christenthum vertritt sich mit jeder Wirtschaftsordnung, es hat sich sogar mit der Sklaverei vertragen, ohne direkt auf deren Abschaffung zu dringen. Redner legt in seinen weiteren Erörterungen große Sicherheit auf dem Gebiete der theologischen Dogmatik und bodenlose Unwissenheit auf dem Gebiete der Volkswirtschaft an den Tag. Er fordert schließlich zur Gesundung unserer sozialen Verhältnisse als einziges Mittel die ständige Erneuerung des ganzen Volkes. Um sein Ziel, ein sittliches Leben, zu erreichen, hält er es für nöthig, Allen zum Eigentum und Besitz zu verhelfen, ließ aber nicht im geringsten erkennen, ob er nur Besitz an die den eigenen Bedarf bestimmenden Genußmitteln oder aber Besitz an reinen Produktionsmitteln meine. Um die erforderliche „gehobene Atmosphäre“ zu erhalten, sei, so meint Redner, die Gliederung in Berufsstände nöthig, was wohl so viel heißen sollte, als daß eine herrschende und eine beherrschte, eine ausbeutende und eine ausgebeutete Schicht und dazwischen event. eine Mittelschicht bestehen muß. Hiernach ist es selbstverständlich, daß der Vortragende schließlich nur Palliativmitteln zur Gesundung der sozialen Verhältnisse zu empfehlen wußte.

Die fromme Versammlung der von der kapitalistischen Gesellschaft angehaltenen Geistlichen klatschte begeistert Beifall.

In der Diskussion stimmte Pastor Raumann-Frankfurt am Main den Ausführungen des Referenten im allgemeinen bewundernd zu. Nur hielt er die sogenannte heutige Wirtschaftsordnung nicht in dem Sinne für eine Ordnung, als die Ordnung eine Entwicklung darstelle. Nun merke man heute nichts von Entwicklung, sondern nur von Zerstückung, nichts vom Heiligthum des Eigentums, sondern nur von einer Vertheilung desselben. Er wolle freilich keineswegs mit den Sozialdemokraten gehen, schon wegen der Feindschaft derselben gegen die Religion, eine Feindschaft, die er selbst vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus für unpraktisch hielt. (Ein Evangelisch-Sozialer muß ja den Standpunkt der Sozialdemokratie am besten kennen.) Den heutigen Verhältnissen gegenüber müsse der christlich-soziale Gedanke eine selbständige Idee bilden und sich nach drei verschiedenen Richtungen betheiligen: gegen den Jins des Kapitals müsse vorgegangen, die Versorgung der Nothleidenden im engeren Sinne müsse durchgeführt und christliches Gemeinheitsleben müsse gepflegt werden. Ganz lasse sich das Gland nicht beseitigen, — weil die Sünde unter der Menschheit herrscht.

Prof. Harnal-Berlin meint: Die Sozialdemokratie ist nicht, sondern giebt sich nur in 99 pCt. ihrer Erklärungen antichristlich (christenthumsfeindlich). In der christlichen Gemeinde war die ersten Jahrhunderte hindurch der Gottesdienst mit dem Nächstdienst eins. Das hat später aufgehört, der Gottesdienst wird seitdem allein gepflegt. Nöthig wäre es, jene frühere Gewohnheit wiederherzustellen.

Prof. Wagner-Berlin warnt davor, daß bei den jüngeren

Theologen eine bedenkliche Neigung aufkommt, bei gewissen sozialen Forderungen radikalen Theorien zu folgen.

An der Diskussion betheiligten sich noch Prof. v. Nathusius-Greifswald, Schörrer, Stöder, Ebert-Hamburg. In seinem Schlussworte empfahl Prof. Raftan vor allen Dingen den Fortkommen, in sich gegen das Anlaute zu kämpfen, dabei polemisierte er hauptsächlich gegen Stöder.

Nach einer halbstündigen Frühstückspause nahm hierauf

das Wort Pastor Cronmeyer-Bremerhaven zu einem Referate über Heimath-Kolonien. Redner weist darauf hin, daß während im Anfang die Arbeiterkolonien den bei weitem größten Theil ihrer Besucher wieder in Arbeit bei Privaten z. brachten, in den Jahren 1887 bis 1889 nur noch 20 pCt. der Besucher nach dem Verlassen der Anstalt in Arbeit traten. Es müsse daher ein Fehler in den Arbeiterkolonien stecken, der sie hindere, das zu wirken, wozu sie gegründet seien. Die arbeitslosen, aber arbeitswilligen Leute gehen nicht mehr in die Arbeiterkolonien, und Arbeitgeber stellen nicht gern Leute aus der Arbeiterkolonie ein. Es müßten daher Ergänzungen der letzteren nach zwei Richtungen erfolgen. Einmal müßten vom Staate für die Arbeitslosen Verbesserungs- beziehungsweise Strafkolonien geschaffen werden, denen alle die zu überweisen wären, welche öfter als zweimal arbeitslos betroffen werden. Nach der anderen Seite sollten die Anstalten der Arbeiterkolonien, wenn sie anderswie nicht Arbeit finden, in die Heimathkolonie kommen. In unseren Mooren solle ihnen Gelegenheit geboten werden, sich ein eigenes Heim zu gründen. Redner stellte folgende Sätze auf:

1. Sollen die Arbeiterkolonien an der Heilung des großen sozialen Schadens, durch den sie ins Leben gerufen wurden, mit Nachdruck und Erfolg arbeiten, so bedürfen sie zu ihrer notwendigen Ergänzung der Heimathkolonien.

2. Die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Heimathkolonien ist festzustellen.

3. Da als Inassen der Heimathkolonien (mit und ohne ihr Verschulden) arbeits- und erwerbslos gewordene Männer in Aussicht genommen sind, so bedarf es zu ihrer allmählichen Ausbildung in der Moorbearbeitung verschiedener Klassen von Heimathkolonien.

4. Der zur Heimathkolonie gehörende Grund und Boden bleibt unüberäußerliches Eigentum der Gesamtheit; die einzelnen Inassen erhalten ihr Kolonat in Dauerpacht.

5. Den Heimathkolonisten ist in umfassender Weise Gelegenheit gegeben, sich die Vortheile der Assoziation für Verbrauch und Erwerb zu eigen zu machen.

Die Dauerpacht soll so verstanden werden, daß der Kolone zwar jedes Jahr kündigen dürfe, ihm aber nicht gekündigt werden kann, wenn er seinen Verpflichtungen nachkommt. Den Verkauf der Erzeugnisse soll eine Genossenschaft der Kolonen besorgen. Redner hofft, daß die Kosten der Gefangenenerziehung dadurch zum großen Theile erparat werden können.

In der Diskussion begrüßte Pfarrer Jollmann den Vorschlag als willkommenen Verwirklichung der Wünsche der Bodenbesitzer-Reformer. Seminarlehrer Biegler-Wensheim empfahl den Anwesenden den Verein für gemeinnützigen Grunderwerb, welcher Herrn Pastor Cronmeyer vor 3 Jahren Geldmittel zur Gründung einer Heimathkolonie, wie er sie geschildert, hergegeben hat. Die Versammlung billigte in einem Beschlusse die Ausführungen des Referenten und ging dann auseinander, um morgen weiter zu tagen.

In Groß-Lichterfelde sieht den Genossen nur ein Saal zu Versammlungen zur Verfügung. Folgende Blicke weigerten sich, ihre Säle zu Wählerversammlungen herzugeben: An der Anhalter Bahn Heimig und Krehold (fr. Granow), und an der Potsdamer Bahnseite Fichtel, die Inhaber des Pavillon und Massurat. Letzterer benahm sich den bei ihm vortretenden Genossen gegenüber allerdings in einer wahrhaft erschrecklichen Ungegenwart. Ledrigens betheueren sämtliche Herren, daß ihnen die Arbeiterkundschaft die liebste sei; aber die Furcht vor der Polizei lasse ihnen ein selbständiges Handeln in ihren eigenen vier Pfählen nicht zu. Den Herren Antisemiten und allen anderen Parteien dürften sie ihre Räumlichkeiten ausnahmslos zur Verfügung stellen. Wir bitten die Genossen, speziel die des zweiten Berliner Wahlkreises, auf oben genannte Lokale streng zu achten und nur das Lokal von Wilhelm Greiß zu Wiesendort, Berliner- und Osdorferstraßen-Ecke an der Anhalter Bahn, zu veräußern. Daselbst ist ein großer, schattiger Garten, Spielplätze u. s. w., und Herr Greiß stellt seinen Saal zu allen Arbeiterversammlungen zur Verfügung.

Zur Diensthörsen-Sklaverei. Vor uns liegt das Anfang 1889 angefertigte „Gesinde-Dienstbuch“ eines zwanzigjährigen Mädchens. Die in demselben enthaltenen ersten fünf Zeugnisse lauten der Reihe nach: Führung gut, Führung gut. War fleißig und höflich im Betragen. Betragen bescheiden, ehrlich und fleißig. War ehrlich, fleißig und arbeitsam, Betragen gut. Derart empfohlen trat die Inhaberin des Buches am 1. November vorigen Jahres bei dem Apotheker O. Peterfon, Berlin, Klopstockstr. 39, in Stellung und verblieb dort bis zum 1. Mai dieses Jahres. Beim Abgange hatte die „Gnädige“ nun die Gewogenheit, dem wohlgeleiteten vollen 6 Monate bei ihr im Dienst gereisenen Mädchen das folgende Zeugnis auszustellen: War unzuverlässig und unfauler und zeigte zuweilen ein großes Betragen. Am letzten Sonntag ihres Dienstes blieb sie ohne Erlaubnis bis 12 Uhr Nachts fort.

Mit diesen wenigen Federstrichen war dem Mädchen mithin ein Mafel angehängt, der es ihr wahrscheinlich unmöglich macht, fortan ihr Leben als Dienstmädchen triten zu können, ein Mafel, der der bis heute noch Stellunglosen ihr bischen Lebensglück für immer rauben kann!

Wir wollen nicht weiter erörtern, ob die Angabe des durchaus bescheiden erscheinenden Mädchens zutrifft, daß der „Gnädigen“ die schon lange beabsichtigte Kündigung eben unangenehm gewesen sei und daß das im Zeugnis vermerkte Fortbleiben bis 12 Uhr Nachts in einer etwas spät benutzigen Theatervorstellung seinen Grund habe, welche von ihr am freien Sonntag besucht worden sei. Die Thatsache, daß es in der Hand einer theilweisen Herrschaft liegt, die Erziehung eines Dienstmädchens durch ein schlechtes Dienstabtrittszeugnis derart zu untergraben, diese Thatsache spricht allein schon für sich und drängt zur Erfüllung der von allen human denkenden Menschen unterstützten Forderung: Fort mit der zopfigen, der heutigen Zeit durchaus unwürdigen Institution der Diensthörsen und der ganzen, die Diensthörsen zu Menschen zweiten Grades erniedrigenden Gesinde-Ordnung!

Zu dem Fall selber führen wir noch an, daß das Mädchen in ihrer Hilflosigkeit sich an die Polizei wandte und dort vom Regen in die Traufe kam. Der Fall wurde in der üblichen Weise pflichtgemäß untersucht, der rednerische Schatzmann fand die Angaben der Herrschaft durchaus bestätigt, und das Ende war, daß das königliche Polizeipräsidenten Abth. V im Dienstbuch bemerkt: „Nach den angefertigten Ermittlungen ist das Zeugnis als ausreichend gerechtfertigt anzusehen!“ Punktum.

Mögen Diensthörsen sich wohl bedenken, bevor sie sich in ähnlicher Lage an die Polizei wenden.

Um die Roblesse der zwei Millionen, darunter der Inhaber der Bankfirma Gebr. Schindler, welche in der Generalversammlung der Pachtjahr-Aktien-Gesellschaft dagegen protestierten, daß man die Dividende auf nur 18 pCt. festsetze, während man 20 000 M. an Gratifikation für die Angestellten der Gesellschaft fortverze, recht zu würdigen, muß man die Gehaltsverhältnisse der Angestellten ins Auge fassen. Die Sammelbriefträger erhalten ein Gehalt von 45 bis 60 Mark steigend monatlich! Die Briefträger,

Ruischer, Badefabrikant haben als Anhangsgeld 60 Mark, als Höchstgehalt (nach 10jähriger Dienstzeit) 90 M. monatlich. Die Dienstzeit erstreckt sich von Morgens 6 resp. 7 Uhr bis Abends 8 resp. 9 Uhr. Die meisten der Beamten sind verheiratet und Familienväter; bemerkenswert ist, daß von den Gehältern noch Kostenabzüge gemacht werden und daß die Beamten erst seit wenigen Monaten Rod und Beste unentgeltlich geliefert werden, während sie die Kosten eigener Tafeln bezahlen müssen. Den „armen Millionären“ wird es übrigens zum Troste gereichen, daß ihren Beamten Mäntel im Winter nicht geliefert werden!

Nach London entflohen ist kürzlich der Agent Robert Herz, der auf allen Hauptplätzen des In- und Auslandes bekannt war und mit fast allen Sportsleuten enge Beziehungen unterhielt. Seine Hauptbeschäftigung bestand darin, Sportsleuten Geld auf Wechsel zu verschaffen; und er genoss ebensowohl bei seinen Auftraggebern wie in den Kreisen der Geldmänner eines gewissen Vertrauens. Dieses hat er zu Fälschungen in sehr bedeutendem Umfange gemißbraucht: man sagt ihm Fälschungen im Betrage von 150 000 M. nach. Die falschen Papiere hat er bei verschiedenen Bucherern untergebracht, unter denen sich der Inhaber eines bekannten Sammelpunktes der Sport-Aristokratie befindet, der mit nicht weniger als 60 000 M. hineingefallen sein soll. Die erhaltenen Gelder belaufen sich naturgemäß auf eine weit niedrigere Summe. Auf den gefälschten Wechseln befindet sich unter anderen der Name eines Grafen S. — Die Geschädigten haben bis jetzt vorgezogen, keine Anzeige gegen den Fälscher zu erstatten, wie sich versteht, aus sehr nahegelegenen Gründen.

Durch Selbstmord geendet hat dem „Zelt, Kreisbl.“ zufolge die seit Sonnabend vor acht Tagen spurlos verschwundene dreizehnjährige Tochter eines Weichenkellers in Rowawes. Am Sonnabend wurde die Leiche des Kindes in einem Sumpfsloch auf den Auhewiesen bei Neuendorf, dem sogenannten Auhewies, aufgefunden. Vor drei Jahren hat sich ein im gleichen Alter stehender Bruder des Mädchens das Leben genommen. Unter den Einwohnern von Rowawes herrscht große Entrüstung, weil es heißt, daß die Behandlung der Stiefmutter Schuld daran trage, daß das Kind freiwillig in den Tod gegangen sei.

Arbeiter-Misik. Der bei seinen Eltern in der Stromstraße wohnende 19jährige Lehrling Otto Diefert des Tachzedermeisters Schröder, Wandelsstraße, fiel am 31. Mai Morgens gegen 9 Uhr, vom Tache des Höflichen Neubaus Schlesswigerstr. 72 in Wilmsdorf auf den Hof, wo er mit klaffender Wunde am Hinterkopf verunglückte liegen blieb und noch vor Eintreffen des schnell herbeigekommenen Arztes verstarb. Die Leiche wurde nach der Wilmersdorfer Leichenhalle gebracht. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt. Die Beachtung der hauptsächlichlichen Vorschriften soll, wie einige Maurer erklärten, viel zu wünschen übrig lassen. Der Abgestürzte hielt in der einen Hand eine kurze Leiter und ein Stück Pappe krampfhaft fest, an welchen Gegenständen er sich vermutlich festhalten wollte.

Der Kaufmann Domke, einer der Mitinhaber der Bier-Großhandlung Domke u. Gehring, Ruffenplatz 6, wurde heute von seinem Kompagnon mit mehreren Schusswunden im Kopf aufgefunden und noch lebend in die Charitee gebracht. Gelov- verlegentlich, die es ihm unmöglich machten, 600 M., die er einem Agenten schuldet, zu bezahlen, sollen ihn zu der That getrieben haben. Als diese in der Weinhandlung unter den Linden, wo D. früher in Stellung war, bekannt wurde, erbieten sich sofort Stammgäste zur Tilgung der Schuld.

Einem freien Geschäftskniff hat sich ein Vertreter des im Verlage der Buchdruckerei von Oskar Brandt erscheinenden Geschäftsplanes für das Berliner Gewerbegericht zu schaden kommen lassen. Er ging in die Wohnung eines Gewerbegerichts-Mitgliedes und machte dessen Frau weiß, ihr Mann habe einen solchen Plan bestellt, denn jedes Mitglied des Gewerbegerichts müsse einen solchen kaufen. Er hatte mit diesem Schwindel Glück. Die Frau bezahlte ihm für ein Exemplar 35 Pf., während dessen Preis, wie wir hören, 20 Pf. beträgt und beim partii- weisen Bezug sich noch niedriger stellt. Selbstverständlich giebt es keine Verpflichtung für die Mitglieder des Gewerbegerichts, sich den Plan zu kaufen, der übrigens auch nichts enthält, was ihm — nach unserer Ansicht — den Schutz des Gesetzes über das Urheberrecht verleihen könnte, den er durch die Worte „Nachdruck verboten“ sich zulegt.

Der Klempner Karl Grün sollte nach einer Mitteilung, die wir am 11. Mai brachten, infolge übermäßigen Genusses von Alkohol gestorben sein. Nach einem Schreiben seiner Mutter wäre diese Thatsache nicht richtig, sondern ihr Sohn sei am Herzschlag gestorben.

Ein Revolverattentat auf seine Braut, die unverheiratete Amalie M., hat der 29 Jahre alte Schneider Paul Wilhelm ausgeführt. Das Mädchen hatte das Verlöbniß mit ihm am 21. v. M. aufgelöst. Als sie sich gestern früh allein in ihrer Wohnung befand, stellte sich Wilhelm bei ihr ein, um die erhaltenen Geschenke zurückzugeben. Während die M. die Sachen in eine Kommode legte, wurde sie von dem verabschiedeten Bräutigam mit einem Revolver in den Kopf geschossen. Sie rief, daß Blut herunterfloß und gab aus Angst, es möge noch weber Schüsse auf sie abfeuern, gute Worte, versöhnte sich auch scheinbar mit ihm, dann verließen Beide die Wohnung, die M. wollte zunächst einen Arzt, dann ein Krankenhaus aufsuchen. Die Verletzungen scheinen nicht gefährlich zu sein. Wilhelm ist aus Furcht vor den Folgen seiner That geflüchtet, und hat auf einem feinen Verwandten übermittelten Brief mitgeteilt, daß er sich das Leben nehmen werde.

Zu der Missethat in der Frankfurter Allee wird mitgeteilt, daß der Schuhmacher Wagner im Forst von Friedrichshagen an einem Baum hängend todt aufgefunden worden ist.

Verbandschreiben. Die Festspiele zu dem Sommerfest der „Freien Volkshäuser“ müssen an Herrn Julius Türk, Bureau der Freien Volkshäuser, SW. Solmsstr. 24 adressiert werden.

Marktpreise in Berlin am 31. Mai, nach Ermittlungen des königlichen Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—16,20 M., mittlerer von 16,10—16,80 M., geringer von 15,70—15,40 M., Roggen per 100 Kg. guter von 14,90 bis 14,70 M., mittlerer von 14,60—14,50 M., geringerer von 14,40 bis 14,20 M., Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M., Hafer per 100 Kg. guter von 17,20—16,70 M., mittlerer von 16,90—16,20 M., geringer von 16,10 bis 15,60 M., Stroh, Nichts per 100 Kilogr. von 6,40—5,90 Mark. Heu per 100 Kilogr. von 9,90—9,90 M., Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M., Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 30,00—20,00 M., Sinsen per 100 Kg. von 30,00 bis 30,00 M., Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M., Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M., Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M., Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,10 M., Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M., Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M., Butter per 1 Kg. von 2,80—1,80 M., Eier per 60 Stück von 4,00—2,20 M., Hühner per 1 Kg.: Karpen von 2,40—1,00 M., Aale von 3,00 bis 1,00 M., Fander von 2,40—1,00 M., Hechte von 2,00—1,00 M., Barsche von 1,80—0,60 M., Schleie von 2,80—1,00 M., Weiße von 1,40 bis 0,70 M., Krebse per 60 Stück von 12,00—1,75 M.

Polizeibericht. Am 31. v. M. Vormittags verlor der Schneider Wilhelm ein Mädchen in dessen Wohnung, Streifger-

straße 56, durch einen Revolvererschuss am Kopfe. Das schwer verletzte Mädchen wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Der Täter entkam. — In seiner Werkstatt, in der Rosenthalerstraße, wurde ein Graver mit einer Schusswunde im Munde todt aufgefunden. Es liegt ungewiss ob Selbstmord vor. — Nachmittags wurde die Schuhmacherfrau Wagner in ihrer Wohnung, Frankfurter Allee 127, mit schweren Verletzungen am Kopfe aufgefunden, die ihr der Gemann mittels eines Hammers beigebracht hat. Sie wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht; der Mann hat sich geflüchtet. — An der Großbeerstraße sprang Nachmittags ein Droschkenkutscher in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — Vor dem Hause Neue Königstr. 10 gerieth ein obdachloser Arbeiter mit mehreren Personen in Streit und wurde durch einen Steinwurf am Auge so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Abends fiel ein Handelsmann an der Ecke des Tempelhofer Ufers und der Ludenwalderstraße zur Erde und brach den Vorderarm. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Im Friedrichshain verfuhr ein Tischler sich mittels Kleefalzes zu vergiften. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Nachmittags fand ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Beifung.

Gewerbegericht. Wegen Ungebühr vor Gericht wurde am 30. Mai der Maurer Sattner zu einem Tage Haft verurtheilt. Der Maurer Jentsch hatte gegen ihn geklagt auf Zahlung von 15 M. Lohnrest. Am genannten Tage fand der erste Termin, ein sog. Vergleichstermin, d. h. eine Verhandlung ohne Zeugen, statt. Gegen ihn fungierte als Zeuge des Klägers ein Herr Neumann, der ihm kurze Zeit vorher als Kläger — er beanspruchte 187 M. — gegenüber stand. Noch bevor Neumann seine Aussage beginnen konnte, schleuderte Sattner diesem einen ordinären Ausbruch „Du ...!“ ins Gesicht. Außer auf die Haftstrafe wurde auf sofortige Verweisung aus dem Gerichtssaal erkannt und dann das Urtheil gefällt; er hat danach die 15 M. dem Kläger zu geben. Es ist das erste Mal seit Bestehen des Berliner Gewerbegerichts, daß eine Haftstrafe wegen ungebührlichen Betragens verhängt wurde.

Kammer II, Sitzung vom 31. Mai. Der ehemalige Werkführer eines Schäftefabrikanten verlangte von diesem 60 M. Entschädigung, weil ihn derselbe ohne vorherige Kündigung entlassen hat. Der Beklagte machte geltend, der Kläger habe in seiner Abwesenheit von seinem, des Beklagten, Schinken gegessen und sich während der Arbeitszeit Schäfte gemacht (so hatten in einem früheren Termin einige Zeugen ausgesagt) und dadurch sei er der Meinung geworden, daß er den Kläger berechtigter Weise entlasse, wenn er es thue. Der Beklagte wurde gemäß dem Klageantrag verurtheilt, die 60 M. zu bezahlen. Der Gerichtshof nahm an, daß es keine Entwendung sei, wenn der Kläger von dem Schinken gekostet, wobei in Betracht komme, daß er mit dem Beklagten auf vertrautem Fuße gestanden, und was das Fertigmachen der Schäfte während der Arbeitszeit betreffe, so hätte der Chef dafür Abzüge machen und dem Kläger kündigen können.

Kammer I. Vom Schneidermeister Rosenkranz klagte der Schneider Schulze einen rückständigen Lohnbetrag von 23 M. ein. Rosenkranz erlaubte die Forderung an. Er verpflichtete sich, das Geld in Raten von pro Woche 3 M. abzugeben. Nach dem so geschlossenen Vergleich wird der ganze Betrag sofort fällig, wenn eine Rate nicht pünktlich dem Kläger übermittle wird. Nehliche Vergleiche schloß der Beklagte mit noch vier anderen Schneidern, die ohne direkt geklagt zu haben, zum Theil als Zeugen, erschienen waren und ihr Verzeihen darüber offenbarten, daß man von M. kein Geld bekommen könne. Der eine der Geschädigten hatte sich für sorgfältiger Weise ein Paket einhalten, daß er gegen den entsprechenden Lohnrückstand dem Meister Rosenkranz zurückgeben wird. Uebrigens ging Rosenkranz willfährig auf die vorgeschlagenen Vergleiche ein, indem er von vornherein anerkannte, daß er das Geforderte seinen Bedrängern schulde; er hätte nur kein Geld gehabt, meinte er, ihre Arbeit gleich zu bezahlen.

Kammer V. Gemäß dem Klageantrag des Schlossers Kraft gegen die Firma Rammlow und Gemisch wurden erhem 60 M. dafür zuerkannt, daß er ohne Kündigung plötzlich entlassen wurde, angeblich weil er am Montag erst Mittags zur Arbeit gekommen ist. Die Firma besteht nicht mehr; ihre Liquidation ist einem Rechtsanwalt übertragen. Kraft soll aus der Liquidationseinnahme befriedigt werden. Im Falle aus derselben nicht soviel herauskommen sollte, verpflichtete sich Rammlow, dem Kläger das Geld später zu zahlen, da er sich in schlechter Lage befindet. M. dürfte wohl so leicht nicht zu seinem Gelde kommen. — Der Schlossermeister Mürr klagte gegen den Lokomotivführer Müller, dessen Sohn bei Mürr in der Lehre gestanden hatte. Der Beklagte brach den Lehrvertrag, wogegen 100 M. Strafe vereinbart waren, weil Mürr von der Kaufstraße nach der Mohrenstraße verziehen war. Beklagter glaubte sich berechtigt, den Vertrag ausüben zu können, da sein Sohn den weiten Weg nach der Kesselstraße in der kurzen Mittagsstunde nicht unternehmen konnte und deshalb sein Mittag bekam. Müller wurde verurtheilt, dem Kläger die 100 M. Konventionalstrafe zu zahlen.

Drei Fälle von fahrlässiger Körperverletzung, begangen durch Kurpfuscherei, wurden dem Priester Johann Wenzel zur Last gelegt, der gestern dieserhalb vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte, der nicht einmal Heilgehilfe ist, hat verschiedenen seiner Kunden mitgeteilt, daß er im Besitze eines Geheimmittels sei, womit er die an Frostbeulen Leidenden innerhalb dreier Tage unsehbar von ihrem Uebel befreien könne. Drei Personen, ein alter Herr und zwei junge Damen, haben von diesem Mittel Gebrauch gemacht. Der Angeklagte gab ihnen ein Fläschchen mit einer klaren Flüssigkeit, womit die Frostbeulen eingepinselt werden sollten. Die Wirkung dieser Mittel war eine fürchterliche. Die Patienten empfanden entsetzliche Schmerzen und das war erklärlich, denn die angewandte Flüssigkeit bestand aus verdünnter Salpetersäure. Anstatt der Frostbeulen entstand eine fast bis auf den Knochen gehende Wunde. Die Patienten haben längere Zeit ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen, die Wunden sind theilweise noch nicht völlig geheilt. Der Angeklagte behauptete, daß er mit dem Mittel schon ausgezeichnete Fälle erzielt habe und der als Sachverständiger vernommene Arzt gab zu, daß Salpetersäure in gehöriger Verdünnung gegen Frostbeulen, die noch nicht aufgebrochen seien, wohl angewendet werden könne. Während der Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 20 M. beantragte, machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gohmann, geltend, daß der Mangel an Bildung in diesem Falle zu gunsten des Angeklagten ausschlaggebend sei. Das Urtheil lautete auf eine Geldstrafe von 90 M.

Um sich ein Unterkommen im Gefängnisse zu verschaffen, hatte der Arbeiter Alexander Bräutigam eine Sachbeschädigung begangen, die ihn gestern vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. In der Mittagspause des 17. März ging der Angeklagte über den Werberischen Markt. Vor dem großen Schaufenster eines Restaurants blieb er stehen, machte mehrere vorübergehende Personen darauf aufmerksam, daß sie logisch etwas erleben würden, schwang dann einen Hammer und zertrümmerte mit wüthendem Schläge das Schaufenster. Er richtete dadurch einen Schaden von 400 Mark an. Nach der That blieb der Angeklagte ruhig stehen und erklärte, daß er eingesperrt sein wolle. Sein Wunsch wurde erfüllt. Im gestrigen Termine entschuldigte sich der Angeklagte mit sinnloser Trunkenheit. Er bedauerte seine That umso mehr, als er jetzt Arbeit und Wohnung habe. Der Gerichtshof fand

sich nicht veranlaßt, dem Angeklagten Milde zuzuwenden, sondern verurtheilte ihn zu einem Jahre Gefängniß. Derselbe wurde sofort in Haft genommen.

Bochum, 20. Mai. Die Polizeidiener Behr und Bohlheid aus Becklinghausen hatten sich vor der hiesigen Straf-kammer wegen Mißhandlung des Bergmanns H. Tillmann daselbst zu verantworten. Bei Gelegenheit einer Festlichkeit war Tillmann berath misshandelt worden, daß er ein halbes Jahr lang arbeitsunfähig gewesen ist. Die Beweisaufnahme ergab, daß Behr der Hauptthäter gewesen war. Es wurde gegen ihn auf 200 M. Geldstrafe erkannt, während Bohlheid freigesprochen wurde.

Soziale Ueberblick.

Am Graz wird und gemeldet: 1200 Bauarbeiter befinden sich nun schon die sechste Woche im Lohnkampf. Der Stand des Streiks ist wie am ersten Tage. Die Maurer halten unentwegt an ihren Forderungen fest, und die Bauunternehmer machen auch nicht das geringfügigste Zugeständniß. Im Gegentheil verlangen sie, daß die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert werden soll. Sie würde dann von 8 Uhr früh bis 6 Uhr Abends währen. Da die Unterhütungen infolge der großen Anzahl von Streiks, die jetzt in Oesterreich schweben, sehr spärlich fließen, so greift die Noth von Tag zu Tag mehr um sich. Die kleineren Geschäftsteile, wie Wirthe, Kaufleute etc., klagen bereits über den Rückgang ihres Baureumsatzes. Alles bleibt zurück, und die Bauunternehmer erklären, sie können nicht bewilligen, weil ihnen der Streik bereits zu viel Schaden verursacht habe. Sie scheuen im Verein mit der ihnen blind gehorchenden Polizei vor keinem Mittel zurück, um die Streikenden zu demüthigen. Fremde Bauarbeiter werden unter Versprechungen, die nicht gehalten werden, aus Böhmen, Mähren, selbst aus Italien nach Graz gelockt. Sind sie einmal hier, so werden sie auf die schamloseste Weise geprellt. Statt der versprochenen 2—3 fl. erhalten sie im besten Falle 1,50 Gulden pro Tag, sie sind — einmal hier — gezwungen, dafür zu arbeiten, ob sie wollen oder nicht. Dem es einfällt, sich den Streikenden anzuschließen, der wird auf den Schuss geschickt. In Graz herrscht noch nie ein so reger Schubwehr, als während der Streikzeit. Eine Anzahl von Genossen wurde nach wochenlangem Untersuchungshaft in Sträf- lingskleidern vor ein Fünfrichterkollegium geführt und von diesem wegen Theilnahme an Aufzügen vor den Bauten mit schwerem Kerker bis zu 4 Monaten verurtheilt. Schwerer Kerker ist gleichbedeutend mit Zucht haus! Von zwei Bau-Unternehmern dagegen, die auf die Streikenden geschossen und dabei fünf Arbeiter verwundet hatten, wurde erst einer vor das Bezirksgericht zitiert. Die Verhandlung wurde vertagt. Er wird mit einigen Tagen Arrest davon kommen. Das Ende des Streiks ist nicht abzusehen. Einzelne Bauderren verlängerten bereitwilligst den Termin zur Fertigstellung ihrer Bauten. Alles verichwört sich gegen die Arbeiter. Die Stimmung unter diesen wird jedoch um so entschlossener. Sie wollen unbedingt ausharren und hoffen, daß die Genossen allerorts in diesem Kampfe nach Kräften unterstützen werden. Unterhütungen sind an die Redaktion des „Arbeiterwille“ in Graz, Josefsgasse 18, zu senden.

1500 Kohlenstößer, darunter 1000 Frauen, streiken in Aussig. Ursache des Ausstandes ist, daß die Frei- lohn, die die Frauen bisher mit nach Hause nehmen durften, jetzt für „Diebstahl“ erklärt worden ist. Da die freilohe traditionell eine Zubuße zu dem niedrigen Lohn bildete, so verlangen die Frauen jetzt für das Verladen des Waggon Kohlen 20 Kreuzer mehr. Das wollen ihnen die Unternehmer selbstverständlich nicht gutwillig geben und so bleibt den Frauen nur der Streik übrig, um ihr bisheriges Einkommen zu erhalten.

Die Maler, Lackier und Ausreicher Innendruck streiken seit 20. Mai, um an stelle der einstündigen Arbeitszeit den Gehaltendtag zu erlangen. Sie ersuchen die deutschen Kameraden um strenge Vermeidung des Zugangs.

Versammlungen.

Charlottenburg. Am 30. Mai fand hier selbst eine leidet nur schwach besuchte öffentliche Versammlung der Löhner statt. Dieselbe beschäftigte sich in erster Linie mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten. Besonders wurde über die Firma Jandke viel debattiert und den Kollegen empfohlen, die Art von „Kunf- Löhner“, welche Herr Jandke ausführen läßt, absolut nur im Lohn anzufertigen, da ein geregelter Allford-Lohnsatz für derartige Oefen sich überhaupt nicht aufstellen läßt. Ueberhaupt mögen alle Kollegen soviel wie möglich für Lohnarbeit agitieren, um diese Artlang nächsten Jahres zur Einführung bringen zu können. Hieran hielt Laurod einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Organisations-Formen und empfahl zum Schluß den 8. deutschen Löhner-Kongress nur durch solche Delegirte zu beschicken, die auf dem Boden der Lokal-Organisation stehen. Sodann wurde Nicolaus zum Delegirten der Löhner Charlottenburg gewählt, nachdem durch Thiem noch eingehend die Gründe, welche für eine solche Organisationsform sprechen, erläutert worden waren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltung Berlin). Generalversammlung Sonnabend, den 2. Juni, bei Schöning (Zentrum), Stadtschreiberstraße 23.

Auswahl, chirurgische Grundsätze. Da vor Beendigung der Wahlen keine Versammlungen stattfinden, werden die Wahlberechtigten ersucht, behufs Abrechnung am Sonntag, den 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, bei Voltpop, Rosen- thalstraße 25 (im Garten) zu erscheinen. Mitglieder können ebenfalls dort ihre Beiträge einreichen.

Verwaltungsgemeinschaft „Grolina“. Jeden Freitag, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Zur Bleiche“, Andreasstr. 26: Sitzung. Nach derselben Tanz-Abende stattfinden.

Arbeiter-Gildungsschule. Der Sonntags-Unterricht in der National-Defensions fällt am 4. und 11. Juni der bevorstehenden Reichstagswahl wegen aus.

Kameradklub „Kohle Lohner“. Freitag, Abends 9 Uhr, Georgstr. 48 bei Kriegerhoff.

Demisches.

Eine lustige Episode aus der Wahlbewegung wird der „Frankl. Tagespost“ aus dem Bayreuther Kreise gemeldet. Im Würthshaus saßen an einem Tisch der Baron (ein Gutsbesitzer aus der Nachbarschaft des betreffenden Dorfes), der Pfarrer, der Lehrer, der Förster und ein kleiner Bauer. Die ersteren vier haben den Bauern lebhaft „in der Kur“, um ihm die sozialdemokratischen Mucken auszutreiben, die er sich durch die Lesüre mehrerer, ihm gratis zugestellter, sozialdemokratischer Broschüren und des Wahlflugblattes von der letzten Nachwahl her angeeignet hat. Er hatte ihm der Pfarrer zugeredet „wie einer kranken Kuh“ und ihm die Schichtigkeit und Gottlosigkeit der Sozialdemokraten vorgezeigt, die den Glauben vernichten und die Ehe abschaffen wollten. Auf diese Argumente hatte der Bauer lachend mit dem Kopf geschüttelt und gesagt: „Die Religion hat mit der Politik und ganz besonders mit der Reichstagswahl gar nichts zu thun; die Sozi lassen jeden nach seiner Façon selig werden und legen ihm nicht das Mindeste in den Weg, zu glauben was er mag, die Religion wird uns immer bloß von denen als Wankmuth vorgemacht, die selber nichts glauben, und solche“ — fügte er mit einem sehr bedeut- samen Blick auf den Pfarrer und den Baron hinzu — „gibt es sogar unter den Geistlichen eine ganze Menge. Bei

denen ist's auch bloß Geschäft. Und was die Chevernickung betrifft, so habe ich bis jetzt nicht gelesen, daß irgendwo auch nur ein einziger Sozialdemokrat wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit verurtheilt worden wäre. Alle Augenblicke aber liest man so was von geistlichen und anderen Herrn. Darauf große Verurteilung bei den vier Ordnungssäulen. Nun aber nahm der Lehrer das Wort, welcher Eugen Richter's „Sparagone“ und dessen Reichstagsrede über den „Zukunftstaat“ gelesen hatte. In wohlgeleiteter Rede legte er dem Bäuerlein dar, daß der sozialistische Zukunftstaat ein „Zwangstaat“ sei, ein „Zuchthaus“ sei, in dem Jeder arbeiten müsse. Des Morgens müßten sich alle beim Aufsteher melden, der die Arbeit vertheile und die Leute, unter Umständen mit der Peitsche, zur Arbeit antreibe. Unser Bäuerlein lächelt auch dazu und sagt: „Die Sache verhält sich zwar ganz anders; aber selbst wenn es so war, was war denn nachher? Ich muß jetzt doch auch arbeiten, und zwar sehr lang und schwer, früh um 4 Uhr, wenn andere noch lange schnarchen und ihre Weinräusche ausschlagen, bin ich schon auf dem Feld. Und Abends bei Sonnenuntergang komm' ich oft erst heim. Wenn im „Zukunftstaat“ alle arbeiten müssen, hätte ich erstens das Vergnügen, Leute mit vollstehenden Bäuchen, die bis jetzt gar nichts gethan haben, auch antreten und angetrieben zu sehen, und auf mich käm' dann viel weniger Plage. Ich glaub' sogar, acht Stunden täglich wären dann mehr als genug.“ Hierauf versuchte es der Lehrer noch mit dem „allgemeinen Fratrertrog“, aus dem alle die gleiche Suppe essen müßten. „Ja“, meinte da unser biederer Landmann, „das wäre mir recht lieb. Jetzt habe ich meistens nur eine schwarze Bremsuppe, oft sogar eine Wafferschmalze. Aber droben beim Herren Baron giebt's so viel gutes Ochsenfleisch, Gänse, Hühner, Tauben, Eier u. s. w. — wenn das Alles in die allgemeine Suppe hineingelocht würde, dann belämen wir kleinen Bauern doch auch was Ordentliches in den Leib und der Herr Baron könnte sich trotzdem auch noch satt essen.“ — Da räusperte sich der Herr Baron, trank sein Bier aus und empfahl sich. Mit den Belehrungsversuchen an dem halbstarrigen Landmann war's vorbei. Der Mann sagte noch den anderen, bevor sie sich entfernten: „Wenn unsere Buben auch bloß ein Jahr zu dienen brauchten wie die Herrenjöhnden, und wenn man an den 700 Millionen, die das Militär alle Jahre frisst, 300 ersparen thät' und thät' unsere Hypotheken von Staatswegen damit ablösen, dann würden wir uns „a wie viel leichter thun.“ Vor dem Zukunftstaat grüßelt's uns gar nicht, denn der dürfte so schlimm sein, wie er wolt', für uns Bauersleute' würde er nur Besserung bringen. Und daß Sie's wissen: diesmal wird für'n Sozi g'stimmt. Punktum!“

Aus Wahn berichtet die „Rheinisch-Westfälische Arb.-Ztg.“: Ein netter Militärbeamter. Ein längere Jahre im Dienst stehender Kasernen-Inspektor, welchem die Verwaltung auf dem Artillerie-Schießplatze zu Wahn übertragen war, ist seit dem 23. Mai, unter dem Vorgeben, nach Köln zu reisen, spurlos verschwunden. Ein höherer Intendanturbeamter, welcher zur Zeit in Wahn anwesend war, öffnete mit einem anderen aus Köln herbeigerufenen Kasernen-Inspektor die Kasse. In derselben befanden sich 40 Pf. Wie man bis jetzt festgestellt hat, fehlen an n a h e r n d 15 000 M a r k. Seine Frau hatte der Entwichene einige Tage vorher unter Vorpiegelung falscher Thatsachen mit den Möbeln in ihre Heimath geschickt.

Der gräßliche Selbstmord, den in Chemnitz ein Arbeiter dadurch beging, daß er in einen mit geschmolzener Eisenmasse gefüllten Schmelzofen sprang, hat seine Ursache lediglich in den schlechten Erwerbsverhältnissen des Arbeiters gehabt. Dieser, der Ruher Daniel, beschäftigt in der Gießerei von Georg Döring, Blankenauerstraße, verdiente, wie wir dem „Chemnitzer Beobachter“ entnehmen, in der Woche vor seinem Selbstmord noch nicht 10 M. Er schiedte vor seinem schrecklichen Ende das

Geld seiner Familie, die aus Frau und — wie es heißt — nicht weniger als sieben Kindern besteht. Das national-konservative „Chemnitzer Tageblatt“ berichtet über den Vorfall mit dem diplomatischen Bemerkung, „daß die näheren Umstände, welche den Mann zum Selbstmord veranlaßten, unbekannt seien“. Es that klug daran, denn die einfache Angabe der Ursache wäre ja eine vernichtende Anklage gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung gewesen, die jenes Blatt aufrecht erhalten sehen will.

Aus Sachsen wird der „Berliner Abendpost“ berichtet: In einem kleinen sächsischen Städtchen, in M u h s e n bei O s a h, ist kürzlich der Verleger des dortigen Amtsblattes auf einen sonderbaren Gedanken gekommen, um sich jede Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Er richtete nämlich an den dortigen Stadtrath das mehr als kuriose Gesuch, es möchte dem zweiten in M u h s e n erscheinenden Blatte, dem „M u h s e n A n z.“ das fernere Erscheinen verboten werden. Der Stadtrath, dem dieses wunderbare Gesuch in seiner letzten Sitzung vorlag, ging natürlich über dasselbe zur Tagesordnung über. — Wir würden diese Nachricht für ganz unwahrscheinlich halten, wenn es sich nicht um ein sächsisches Amtsblatt handelte.

Der Hamburger Schnelldampfer „Normannia“, welcher am vorletzten Donnerstag 4 Uhr Nachmittags New-York verlassen hatte, ist am 1. Juni früh um 9 Uhr 25 Min. bereits vor Southampton eingetroffen und hat damit die schnellste Reise zurückgelegt, welche je zwischen New-York und Southampton gemacht worden ist. Die Reisedauer war 6 Tage 12 Stunden 20 Minuten.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Brüssel, 1. Juni. Die Repräsentantenkammer berief die Verfassungskommission-Vorlage und beschloß mit 98 gegen 84 Stimmen, daß die Stimmenabgabe bei den Wahlen eine obligatorische sein solle mit Ausnahme der vom Gesetze zu bestimmenden Fälle.

London, 1. Juni. In dem Prozeß gegen den Arbeiter Townsend, der vor einiger Zeit einen Drohbrief an Gladstone gerichtet hatte, lautete das Urtheil auf nichtschuldig, da Townsend nicht zurechnungsfähig sei. Townsend wird in einem Irrenhause untergebracht werden.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Wien, 1. Juni. Der Streik der Zimmergehilfen ist beendet. Auf Anrathen des Streikkomitees werden die Gehilfen am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Dagegen bereitet sich ein allgemeiner Streik der Wiener Gutarbeiter-Gehilfen vor.

Kopenhagen, 1. Juni. Der verhaftete Journalist Ipsen, Mitarbeiter des „Sozialdemokraten“, ist gestern gegen die verlangte Kaution von 2000 Kronen, die von seinen Verwandten aufgebracht worden ist, auf freien Fuß gesetzt worden.

Sens, 1. Juni. In Montfontaine brach ein Streit zwischen italienischen und französischen Arbeitern aus, weil letztere Spottlieder auf Frankreich sangen. Mehrere Italiener schossen auf die Franzosen, von denen einige verwundet wurden. Die Thäter wurden verhaftet.

Literarisches.

„Die Reischwinger“, Monatschrift für Volkbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Verlag von J. Beranek, Reichenberg, Böhmen, Friedländerstraße 12. Preis pro Heft

40 Heller = 40 Pf. Probehefte gratis. Die weitere Annahme von Heften gilt als Abonnements-Zusage. Geben erschien das 5. Heft des 4. Jahrgangs. Inhalt: „Unsterblichkeit“, Gedicht von Robert Seidel. — Die soziale Bedeutung der elektrischen Kraftübertragung. I. Von Paul Breitung. — „Etwas über Tolstoi“. Von M. Rogilewski. — „Philosophie der Zahlen“. Von Dr. H. Zug. — Die moderne Weltanschauung und der Mensch. Von Prof. Dr. W. Vetter (Fortsetzung). — Feuilleton: „Mens tekel!“ Gedicht von Emanuel Geibel. — Ein namenloser Held. Skizze von S. D. Friedländer. — Literatur.

Von Fontane's Führer durch die Umgegend Berlins ist nach dem „Osten“ jetzt der „Nordost“ erschienen (Preis pro Band mit guten Karten, ca. 120 Seiten Text, 50 Pf.). Da gerade in diesen beiden Himmelsrichtungen die Gebiete liegen, in welchen der Arbeiter seine Sonntags-Erholung sucht, so wollen wir nicht unterlassen, auf diese Werke besonders hinzuweisen. Der Herausgeber, der hiesige Touristen-Klub für die Mark Brandenburg, verfolgt den Zweck, daß die Ausflügler an der Hand ihres Führers von jedem Ausflugs-Orte Spaziergänge in die nähere Umgegend unternehmen können. Die Einnahmen sollen im Sinne der Gebirgsvereine zur Aufstellung von Beamerisern u. verwandt werden und dürften den Genossen aus Nordwesten, die die Jungfernhäde besuchen, die Thätigkeit des Klubs nach dieser Seite hin nicht unbekannt sein.

Briefkasten der Redaktion.

Kückschiff. Besten Dank! Wird bald abgedruckt.
W. W. Br. Nicht zu verwenden.
A. J. 55. Sie haben kein Recht, eine Ermäßigung zu beanspruchen.
Die Notiz über Soldaten als Rückkompagnie kann nur berücksichtigt werden, wenn Sie sich persönlich in der Redaktion legitimiren.
Anzel, Agram. Arbeitersekretär Hermann Greulich in Zürich.
Arbeiter-Bildungsschule. Schicken Sie den Stundenplan gefälligst ein, genau wie Sie ihn haben wollen.
Krankenkasse 1000. Eine derartige Manipulation kann als Betrug aufgefaßt werden. Die zur Verfolgung zuständige Behörde ist die Staatsanwaltschaft.
O. F. Sie ist zur Zahlung verpflichtet.
R. Madit. Ihr Abonnement läuft bis Ende September etc.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum Wahlsond's ferner folgende Beiträge ein:
Einige Arbeiter der Röllsch'schen Fabrik 2,40. Bgh. — 50. Rauchklub „Kolumbus“ 5.—. Malerwerkstatt Gebhard, Rigdorf d. Böhm. II R. 4,65. Rauchklub „Sultan“ 10.—. Ch. 1.—. Gesammelt in der Fischerstraße 4,25. G. M. Panlow 2.—. R. V. M. 5.—. Einige noch nicht proletaristische Kaufleute 5,30. Von zwei sozialdemokratisch angehauchten Bourgeois d. J. Heller 15.—. J. u. Ch. 8.—. Gesammelt auf einer Hochzeit in der Kulestraße 1,30. F. U. — 60. Gesammelt durch Winkelmann und seine Kunden 7.—. G. Meyer u. Baierson Christiana 5,60. Agit.-Komm. d. Holzarbeiter 20.— M.
Summa 92,60 M. Bereits quittirt 5248,10 M.; in Summa 5385,70 M.
Tanzlehrerverein „Solidarität“. Geben Sie uns gefälligst Lokal, Straße und Beginn der Versammlung an.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Für den Wahlkampf.

Die Thätigkeit des Deutschen Reichstags

von
1890-1893.

Mit einem Anhang, enthaltend: Die wichtigsten Beschlüsse der Wahlprüfungs-Kommission, die für die Agitation und die Wahlen wesentlichen Bestimmungen des Strafgesetzes und des Wahlgesetzes für den Reichstag nebst Reglement.

In Partien und für Wiederverkäufer Rabatt.

Taschenformat,
176 Seiten
elegant geheftet.

Preis
20 Pfg.

Der Kuhhandel.

Zur Wahl 1893. Preis 10 Pf. 32 Seiten illustirt. Zu beziehen durch alle Speditoren u. Kolporteurs, sowie vom Verlag: H. Baake, City-Passage. [42688.]

Oranien-Bad
Oranienstrasse 44.
Abonnements I. Kl. 80 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.
Dampfbäder.
Einpachung und Massage.
Leitungswasser. 4910L*

Gutgepöckte Eisbeine . . . 30 Pf.
Burschmalz 30 Pf.
Rüdensett und Linsen . . . 55 Pf.
Frische Schwarten 15 Pf.
Primo Speck von 5 Pfd. an . . 70 Pf.
verkauft die
228b

Wurffabrik mit Dampfbetrieb
Wilhelmstraße 56
nahe der Leipzigerstraße.

Willibald Alexiostraße 40 sofort
2 Stuben, Küche, Korridor, Boden und
Keller, 830 M. 236b

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. 50

Alle Werkzeuge für
Stuhlere, Bildhauer, Töpfer
Liefere unter Garantie
Invalidenstraße Nr. 107
Karl Kurze.

Umsonst einwohnen k. anst. wbl. Pers.
Blumenstraße 62, v. 2 Tr. geradzg.

Arbeitsmarkt.

Tücht. Gärtler auf chirurg. Instrumente, nur beste Arbeiter, sind dauernde und lohnende Beschäftig. Löwenstein, Gr. Hamburgerstr. 3. 55P

Ein Gesanglehrer wird gesucht zum Donnerstag oder Freitag, welcher nach Geige übt. Zu erfragen bei W. Meyer, Lübbenerstr. 30. 238b

Reitschneiderei
für seine Kinderreitstühle gesucht in
Münsterberg. Offerten unter G. 560
an Haasonstein & Vogler A.-G., Nürn-
berg. 61/11*

Centralverein deutscher Böttcher.
Sonabend, den 3. Juni 1893,
Abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Heise, Lichtenbergerstr. 21.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. H. Winter.

Verband der Bauarbeiter und Gefasogenossen Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 4. Juni, Vorm. 11 Uhr,
bei Säger, Grüner Weg 29:
Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion.
3. Stellungnahme zum Stiftungsfest.
4. Verbandsangelegenheiten.
Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
404/10 Der Vorstand.

Stenographie. Moabit.
Freitag, den 2. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
beginnt ein unentgeltl. Lehrgang
(Lehrmittel 1,50 M.) im Lokale
Alt-Moabit Nr. 122
mit einem Vortrag über die vereinfachte Krennd'sche Volksschrift.

Meinen werthen Kunden und Geschäftsfreunden zur Nachricht, daß ich von heute ab ein B. Geschäft in Halle VII (Fudauerstraße) Stand Nr. 46 errichtet habe. Ich verkaufe daselbst ebenso wie in meinen anderen Geschäften meine Waaren zu solidesten Engros-Preisen. 2542M

H. Seltmann,
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren.
1. Geschäft: Prinzenstraße 30.
2. Geschäft: Marktschloßhalle Stand 53.

Bruchbänder,
chirurg. Gummivaaren, Gummi-Strümpfe, Geradhalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc. Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt
J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist,
Berlin, 30 Linienstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

Freundl. Schlafstelle Schützenstr. 14,
Hof rechts 2. Eing. 3 Tr. 235b

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 3806L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Kinderwagen-Bazar,
Jerusalomerstr. 42
u. Brunnenstr. 6.
Großartig Auswahl jeder Art, billigste Preise. Viele Anerkennungen. Musterbuch grat. u. franko.
(Nach Theilzahlung.) 4311E*

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantase, Gobelin, Plüsch und bunten Moquettos spottbillig!
Proben franko!
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Brauerei Wedding.
48 Reinickendorferstr. 48
empfehlen feinstes Werdersch, Weiß-, Weizen- und Malzbier in Flaschen und Gebinden: 1/18 T. à 1 Mk., 1/9 T. à 2 Mk. [42518*]
Bestellungen frei ins Haus.

Bitte lesen Sie!
Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. ferner Hüten, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzkoffer, Waschkefel etc. Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pjänder verkauft.
A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 5768L*
127 Skaligerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.